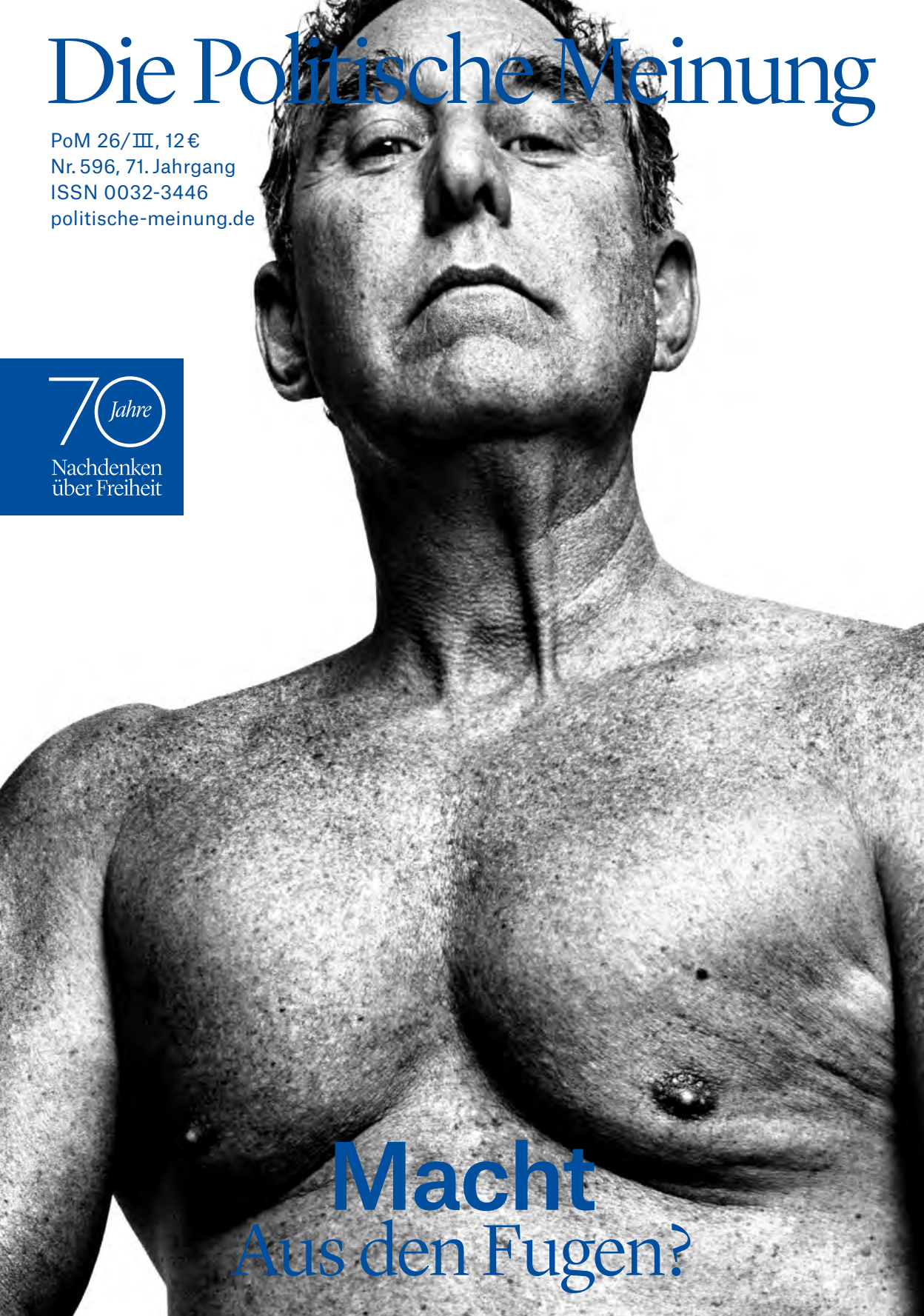


Die Politische Meinung



PoM 26/III, 12 €

Nr. 596, 71. Jahrgang

ISSN 0032-3446

politische-meinung.de

70 Jahre

Nachdenken
über Freiheit

Macht

Aus den Fugen?



Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung vor 250 Jahren war der epochale, neue Maßstäbe setzende Anspruch, vorgefundene Machtverhältnisse in eine verlässliche freiheitliche Ordnung zu überführen.

Die als fern und willkürlich erfahrene Herrschaft der britischen Krone sollte enden, staatliche Gewalt an Prinzipien gebunden und auf legislative, exekutive und judikative Institutionen verteilt werden. Heute, zweieinhalb Jahrhunderte später, wirkt dieser Anspruch historisch fest etabliert und zugleich labil – auch und gerade in der ältesten verfassten Demokratie der Welt.

Weltweit verdichtet sich der Eindruck, dass Macht ihre zugewiesenen Bahnen verlässt und sich jenen Mechanismen entzieht, die sie einhegen sollen. Autoritäre und illiberale Tendenzen gewinnen an Boden. Einmal mehr sieht sich die Demokratie mit dem Vorwurf konfrontiert, großen Krisen nicht gewachsen zu sein. Schwer steuerbare Willensbildungsprozesse und langwierige Entscheidungsfindung lassen sie nicht selten schwach erscheinen. Auf internationaler Bühne zeigen sich die Großmächte zunehmend unbeeindruckt von den Normen der regelbasierten Ordnung und setzen ihre Machtmittel rücksichtslos ein. Einige Staaten sind existenziell bedroht, andere fürchten, machtpolitisch ins Hintertreffen zu geraten. Selbst Bündnisse wie die Europäische Union stehen unter Druck und sind den Erpressungspotenzialen der großen Mächte ausgesetzt.

Die junge Bundesrepublik verstand sich als Gegenentwurf zu den totalitären Machtansprüchen des Nationalsozialismus wie des Kommunismus. Ihre freiheitliche Entwicklung beruhte nicht zuletzt auf der Einsicht, dass sich Macht nicht in Herrschaft oder Gewalt erschöpfen darf, sondern sich vielmehr aus ethischen und intellektuellen Ressourcen legitimieren muss.

Mit der vorliegenden Ausgabe begeht diese Zeitschrift ihr 70-jähriges Bestehen. Die Gründung verdankt sie wesentlich der Absicht, jener gleichermaßen anspruchsvollen wie freiheitswahrenden Spannung zwischen „Geist und Macht“ einen publizistischen Ort zu geben. Dass dieser Ansatz im Jubiläumsjahr fortgeschrieben wird, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die neue Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Annegret Kramp-Karrenbauer, in das Herausbergremium der *Politischen Meinung* eingetreten ist.

Dass unser Jubiläum mit dem gewichtigeren Jahrestag der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung zusammenfällt, ist reiner Zufall. Aber ausdrücklich verorten wir uns in dieser republikanischen Tradition.

Ihr Norbert Lammert

1 Editorial

Thema:
Macht - aus den Fugen?

14 Mut zur europäischen Macht

Friedrich Merz
Deutschlands Stärke im Dienst Europas

18 „Whenever any form of government becomes destructive“

Emily Haber
Die USA nach 250 Jahren
Unabhängigkeitserklärung

28 Völkerrecht heute

Matthias Herdegen
Im Wechselspiel von Macht und normativer Ordnung

34 Interview: „Wo sich Europa zusammenschließt, sind wir mächtig“

Manfred Weber über die Europäische Volkspartei und die neue Welt(un)ordnung

41 Macht im Umbruch

Herfried Münkler
Deutschlands Verantwortung für die Zukunft Europas

50 Die Kraftprobe

Patrick Keller
Europa im Wettstreit der Großmächte

56 Interview: „Mehr Demut wäre hilfreich“

André Hoffmann über wirtschaftliche Macht und einen nachhaltigen Kapitalismus

65 Mehr Achtung als Einfluss

Norbert Seitz
Parteiintellektuelle in der CDU

72 Wissen, was zu tun ist

Christian Bermes
Die Macht der Politik

78 Religion und Macht – Macht der Religion

Stephan Schaede
Weltliche Ordnung im Licht der letzten Dinge

87 Nicht per se böse

Carsten Dutt
Zur äußeren und inneren Begrenzung von Macht

92 Digitale Machtressourcen

Annekathrin Kohout
Das Rohmaterial für die Reaktionskultur

97 Notwendige Zumutungen

Frauke Rostalski
Über Macht und Meinungsfreiheit

106 Kontrafakturen der Macht

Michael Braun
Religion und politisches Sprechen in der Serie „House of Cards“

111 Auf der Schulbank der Machtpolitik

Andreas Jacobs
Was die Vordenker des Realismus zur neuen Weltlage sagen würden

Ohnmacht und Macht
der „Kleinen“

23 Im Angesicht brutaler Machtpolitik

Maia Sandu
Eine moldauische Perspektive

46 Dem Kalkül trotzen

Jakov Milatović
Montenegros Vision und Staatskunst

Impulse

61 Wider die Gleichgültigkeit

Annegret Kramp-Karrenbauer
Ein Plädoyer für Meinung und das richtige Streiten

Inside out. Impulse unserer
Altstipendiaten

102 Die vierte Gewalt im Umbruch

Julia Ruhs
Warum Journalismus wehtun muss

Erinnert

116 Kein sanfter Demokrat

Dominik Geppert
Eine Zwischenbilanz „150 Jahre
Konrad Adenauer“

120 Die Politische Meinung – 70 Jahre Nachdenken über Freiheit

„Alle brennenden Fragen der Zeit anpacken“

126 Aus der Stiftung

PoM fürs Ohr
Artikel unserer
Zeitschrift gibt
es auch als
Hörfassung.

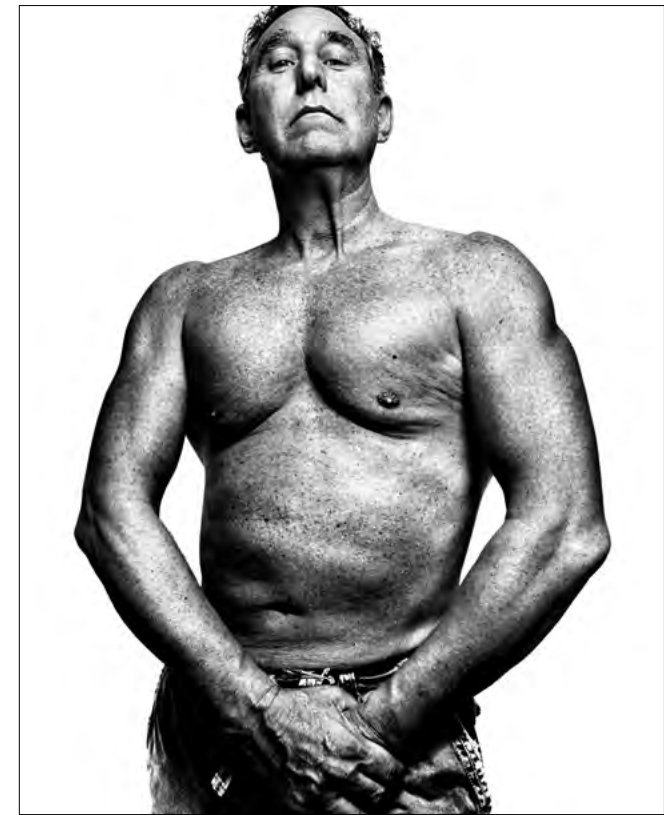


www.articly.de/die-politische-meinung

Redaktionsschluss: Juni 2026

Macht Aus den Fugen?

**Vis-à-vis der
Machtmenschen**
Der Pulitzer-Preisträger
Platon porträtiert
„World Leaders“



Auf dem Cover: Politikberater Roger Stone, vormals tätig für Donald Trump, posiert provokant maskulin.
Fotos: © 2006-2024 Platon/AUGUST

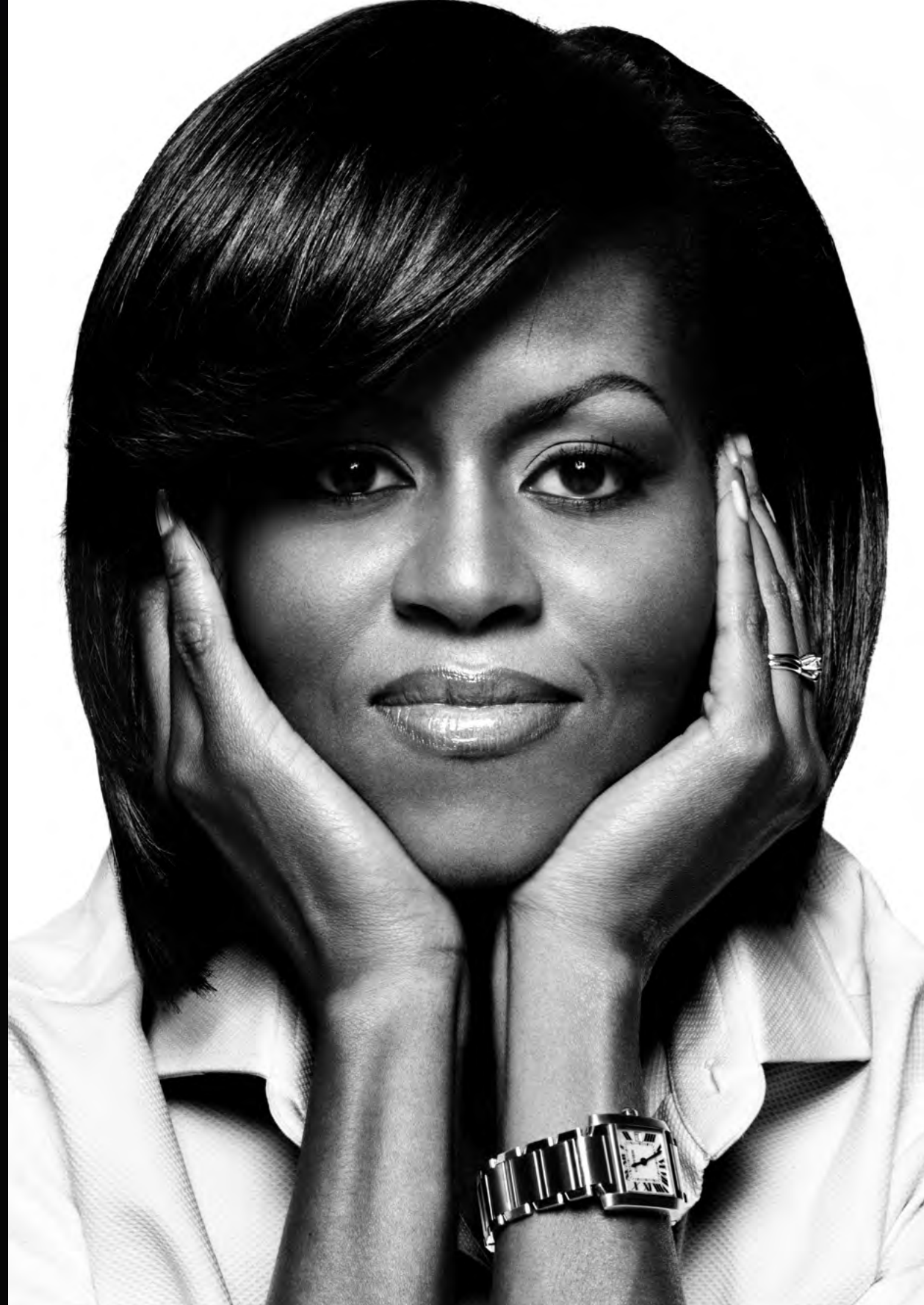
Die Debatte über Macht und ihre Legitimation ist so alt wie die Menschheitsgeschichte und hat durch die Erfahrungen mit totalitären Diktaturen im 20. Jahrhundert eine nachwirkende Sensibilität erzeugt.

Der in New York lebende Fotograf Platon (Platon Antoniou) hat über fast zwei Jahrzehnte hinweg die nicht nur zahlenmäßig eindrucksvolle Bildreihe „Power“ geschaffen. In der dafür von ihm getroffenen internationalen Auswahl, naheliegenderweise jedoch oftmals anhand amerikanischer Beispiele, porträtiert er Personen in exponierten Positionen aus Politik, Wirtschaft und Medien und nutzt dabei eine radikale physische Nähe, um sowohl verborgene Dimensionen von Macht als auch deren moralische Abgründe und Facetten von Autorität sichtbar zu machen.

Auf den folgenden Seiten: Wladimir Putin / Pussy Riot;
Elon Musk / Rupert Murdoch; Aung San Suu Kyi / Michelle Obama;
Kim Kardashian / Donald Trump.









Mut zur europäischen Macht

Friedrich Merz
Geboren 1955 in Brilon,
seit 2022 Bundesvorsit-
zender der CDU Deutsch-
lands, 2000 bis 2002
und 2022 bis 2025 Vor-
sitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion,
seit 2025 Bundeskanzler
der Bundesrepublik
Deutschland.

Deutschlands Stärke im Dienst Europas

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihr ökonomisches und politisches Gewicht niemals gegen, sondern stets für Europa einsetzen. Für dieses Prinzip steht die CDU Deutschlands seit ihrer Gründung. Keine andere politische Kraft in unserem Land ist diesem Gedanken so verpflichtet wie die CDU. Er ist aus den persönlichen Erfahrungen prägender

Christdemokraten gewachsen und ruht auf einem Bewusstsein für die Verantwortung, die sich aus Deutschlands Geschichte und Geografie ergibt. Besonders sichtbar wurde dieses Verständnis in zwei Kanzlerschaften, die sowohl die Bundesrepublik als auch die CDU zutiefst geprägt haben: in jener Konrad Adenauers und jener Helmut Kohls. Unsere heutige Politik ist diesen Erfahrungen verpflichtet.

Es geht um die Frage nach dem Platz für deutsche und europäische Macht. Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Menschheitsverbrechen der Schoah war deutsche Macht diskreditiert. Konrad Adenauer wusste, dass neues Vertrauen nur durch Einbindung – ja: durch deutsche Selbstbeschränkung – entstehen konnte. Seine Politik der Westbindung führte die junge Bundesrepublik in die noch entstehenden europäischen Strukturen, die später in der Europäischen Union aufgingen. Heute sehen wir, dass das vereinte Deutschland darin seinen Platz gefunden hat.

Auf dem ersten Parteitag der CDU in der britischen Besatzungszone 1946 sagte Adenauer: „Von der Lösung der deutschen Frage ist das Schicksal Europas abhängig. Das Geschick Deutschlands ist auch das Geschick Europas.“ Die Integration in gemeinschaftliche Institutionen, die enge Partnerschaft mit Frankreich und die Westbindung sind das Vermächtnis der Adenauer’schen Politik, auf dem unser Land bis heute gründet.

Machtwahrnehmung in der Tradition Adenauers und Kohls

Mit dem Ende des Kalten Krieges stellte sich die Frage nach der Rolle deutscher und europäischer Macht erneut: Welche Rolle wird Deutschland, dieses mächtige Land in der Mitte des Kontinents, spielen? Damit verband sich stets die Frage nach der Stabilität Europas. Ein vereintes Deutschland weckte in Europa alte Sorgen. Der überzeugte Europäer Helmut Kohl begegnete diesen Ängsten mit einem klugen und entschlossenen Bekenntnis zu einer vertieften europäischen Integration. Der Vertrag von Maastricht und die Währungsunion waren nicht nur wirtschaftliche Projekte, sondern auch ein politisches Signal: Deutschland wird eingebunden bleiben, es fügt sich in die europäische Ordnung ein und gestaltet sie mit. Diese Botschaft gilt bis heute. Deutschland strebt nicht nach Dominanz, sondern handelt in dem Bewusstsein, dass es seine Stärke zum Wohl der Gemeinschaft einsetzt, dass es in eine starke Europäische Union eingewoben ist und bleibt.

Helmut Kohl verstand deutsche Macht vor allem als europäische Verantwortung. Deutschlands Größe und wirtschaftliche Stärke verpflichteten dazu, Stabilität zu sichern und die europäische Einigung weiter voranzutreiben. Gleichzeitig setzte Helmut Kohl auf Partnerschaft und auf institutionelle Lösungen. Für ihn war Europapolitik kein Nullsummenspiel. Ebenso für Kohl wie für Adenauer war Europa eine Lebensaufgabe, ein Auftrag.

Mit der Deutschen Einheit fand der „lange Weg nach Westen“, wie es der Historiker Heinrich August Winkler genannt hat, für Deutschland seinen vorläufigen Abschluss. Deutschland war nicht nur ein fester

Teil, sondern ein Kernland der Europäischen Union. In dieser Europäischen Union ist auch die Idee des Westens verankert, jener Wertegemeinschaft, die mit der Aufklärung ihren Siegeszug durch die liberalen und später demokratischen Gesellschaften in Europa, den USA und weit darüber hinaus angetreten hat. 250 Jahre nach der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung ist die Rückbesinnung auf diese Werte von großer Aktualität. Erneut kommt es in diesen Zeiten auf Deutschland und auf eine starke Europäische Union an. Denn die liberalen Gesellschaften und die von ihnen getragene regelbasierte Ordnung sind unter Druck geraten.

Die Welt sortiert sich neu

Wir haben uns in Europa zu sehr darauf verlassen, dass die Kraft der humanistischen, europäisch-westlichen Ideen die Welt insgesamt wie von Zauberhand in ein Reich der Freiheit und des Friedens verwandeln würde. Wir haben uns geirrt. Aber den Irrtum dieses falschen Optimismus heute einzusehen, heißt nicht, die Zuversicht aufzugeben, dass Menschen in Freiheit und Frieden miteinander leben können. Europa kann erneut seine Kraft dafür einsetzen, dass auch in Zukunft Normen und Regeln statt Willkür und das Recht des Stärkeren gelten. Wir haben die Chance, denn diese Welt sortiert sich gerade neu. In dieser Situation muss Europa einen klaren Kurs und einen kühlen Kopf bewahren. Furcht und Orientierungslosigkeit können wir uns in der gegenwärtigen Lage nicht erlauben. Wir müssen selbstbewusst unsere eigenen Interessen vertreten, und wir müssen bereit sein, für die Wahrung dieser Interessen auch etwas einzusetzen.

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Als wirtschaftsstarke Exportnation profitieren wir in überdurchschnittlichem Maße von einer stabilen internationalen Ordnung. Wir haben ein überragendes Interesse daran, diese Ordnung zu bewahren und zu stützen. Deswegen wird von Deutschland zu Recht erwartet, dass es mehr Verantwortung übernimmt – politisch, wirtschaftlich und auch militärisch. Deutschland muss seine Kraft in Europa einsetzen – zur Abwehr der neuen Gefahren, aber auch zur Stabilisierung der Idee, die von Adenauer vorgegeben und von Helmut Kohl gefestigt wurde.

Europa und auch Deutschland müssen zu ihrem Eigenschutz die Sprache der Macht lernen. Daraus erwachsen neue Herausforderungen. Zu wenig Führung wird schnell als Schwäche kritisiert, zu viel kann als Dominanz empfunden werden. Dabei spielt die historische Sensibilität gegenüber deutscher Stärke eine verständliche Rolle. Wir können und wollen uns von unserer Geschichte und Geografie nicht lösen. Die daraus erwachsende Verantwortung nehmen wir wahr.

Wir leben in Zeiten zunehmender Komplexität – auch Europa ist komplizierter geworden. Nationale Interessen treten wieder stärker hervor, populistische Bewegungen stellen europäische und nationale Institutionen infrage. Geopolitische Herausforderungen – und ganz konkret die Bedrohung durch Putins Russland – erhöhen den Handlungsdruck. Für Deutschland bedeutet das: mehr strategische Klarheit. Dem griechischen Denker Demokrit wird der Satz zugeschrieben: „Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende.“ Ja, es braucht einen solchen Mut zur europäischen Macht heute mehr denn je.

Wir tun in Deutschland gut daran, uns zu erinnern, welches Glück wir erfahren haben: Wir haben im 20. Jahrhundert zwei Diktaturen überwunden und eine friedliche Wiedervereinigung in Freiheit erleben dürfen. Vor 65 Jahren, am 13. August 1961, wurde die Berliner Mauer errichtet. Seit 1990 ist dieses Monument des Schreckens und der Teilung, dieses Sinnbild der DDR-Diktatur, Geschichte. Wir leben heute länger in einem wiedervereinten Land, als wir getrennt waren. Und wir leben heute in einem einigen Europa. Für die CDU ist klar: Diese Einheit, diese der Freiheit, dem Frieden und der Stabilität verpflichtete Ordnung müssen wir bewahren.

Die Geschichte Deutschlands und Europas ist untrennbar verbunden mit der Geschichte unserer Partei – der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Viele kluge Köpfe haben sie geprägt und prägen sie bis heute. Und ich darf aus Anlass dieser besonderen Ausgabe sagen: Zu dieser Geschichte gehört auch die Zeitschrift *Die Politische Meinung*. Ihr Gründer Otto Lenz hat immer in dem festen Bewusstsein gehandelt, dass es Aufklärung über die Demokratie braucht, um dieses nicht perfekte, aber doch beste aller politischen Systeme zu bewahren. Diese Aufgabe bleibt bestehen, ja sie ist sogar aktueller denn je. Der *Politischen Meinung* und ihrem gesamten Team gratuliere ich sehr herzlich zum 70-jährigen Jubiläum.

„Whenever any form of government becomes destructive“

Emily Haber

Geboren 1956 in Bonn, promovierte Historikerin, Staatssekretärin a. D., 2018 bis 2023 Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die USA nach 250 Jahren Unabhängigkeitserklärung

Vor fünfzig Jahren begingen die Vereinigten Staaten das 200-jährige Jubiläum ihrer Unabhängigkeit. Die Feierlichkeiten umfassten Paraden, Feuerwerke, Reden, Zeremonien und aufwendig inszenierte historische Nachstellungen. Dieses Unabhängigkeitsdatum fiel in die Zeit einer tiefen

Legitimationskrise, gekennzeichnet von einem massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Regierung, die Institutionen und die Integrität der Präsidentschaft, die auf den Vietnamkrieg und den Watergate-Skandal gefolgt war. So wurde das Jubiläum als patriotische, von Pathos getragene Huldigung des Gründungsmoments inszeniert. Die Gegenwart blieb weitgehend ausgeblendet; im Zentrum standen die Ideale von 1776, die Revolution und die amerikanische Verfassungstradition. Dieser Erinnerungsrahmen wirkte identitätsstiftend und stabilisierend; er diente in einer Phase kollektiver Verunsicherung einer gemeinsamen nationalen Selbstvergewisserung.

1 Übersetzung: „Lange bevor die Amerikaner eine Nation bildeten, hatten wir bereits eine Kultur, einen Charakter und ein Glaubensbekenntnis.“ [Anm. d. Redaktion].

2 „Know-Nothing Party“, eigentlich „American Party“, war der populäre Name einer nativistischen politischen Partei in den Vereinigten Staaten, die Mitte des 19. Jahrhunderts vor allem im Vorfeld des Bürgerkrieges auftrat. Die Partei sprach sich gegen die weitere Einwanderung aus nichtprotestantischen Ländern aus, insbesondere gegen Katholiken, die aus Irland und aus Deutschland in die USA kamen [Anm. d. Redaktion].

Fraglich ist, ob die diesjährigen Feierlichkeiten zum 250. Jahrestag eine vergleichbare Wirkung entfalten werden. Die Medienlandschaft ist heute hochgradig fragmentiert, die Gesellschaft entlang parteipolitischer Linien deutlich stärker polarisiert als noch vor fünfzig Jahren. Zugleich ist das Vertrauen in staatliche Institutionen nachhaltig erschüttert. Vor allem aber ist die amerikanische Geschichte mit ihren Wegmarken und Symbolen selbst zum Gegenstand parteipolitischer Auseinandersetzungen geworden. In den konkurrierenden Selbsterzählungen geht es um mehr als nur historische Fakten.

Gegensätzliche Geschichtsnarrative

Eine dieser Selbsterzählungen versteht die vergangenen 250 Jahre als eine im Kern kohärente, heroische und ständig voranschreitende Erfolgsgeschichte, wurzelnd in den Idealen und Prinzipien der Gründungsväter. Das war auch die Botschaft der Feierlichkeiten von 1976, die nach wie vor wirkmächtig ist. Aber eine Strömung der heutigen Nationalkonservativen sieht amerikanische Identität weniger durch Ideale und Prinzipien als durch Kultur und Tradition definiert – *heritage Americans*, „Amerikaner mit traditioneller Herkunft“, so der Schlüsselbegriff. Vizepräsident JD Vance gehört ebenso zu ihren Verfechtern wie der Präsident der *Heritage Foundation* Kevin Roberts, der einflussreiche Senator Josh Hawley und Steven Miller, Donald Trumps stellvertretender Stabschef. Auch der Präsident selbst hat sich in diesem Sinne geäußert: „Long before Americans had a nation, we first had a culture, a character, and a creed“¹ – so Donald Trump im April 2026 beim Besuch des britischen Monarchen im Weißen Haus. Amerika sei nicht nur eine Idee, die mit der Unabhängigkeitserklärung erfunden worden sei; diese habe eine ältere Herkunftsgeschichte. Darin klingt ein exkludierendes Verständnis von nationaler Zugehörigkeit an, das gewisse Vorläufer in der *Know-Nothing Party*² der 1850er- oder im nativistischen *100 Percent Americanism* der 1920er-Jahre haben mag, jedoch nie dominant war. Dies ist auch heute nicht der Fall. Die Strömung hat allerdings einflussreiche Wortführer.

Dem gegenüber steht eine völlig andere Selbsterzählung. Sie betrachtet amerikanische Geschichte durch das Prisma einer immer wieder gefährdeten Demokratie, in der Gleichheit und Freiheit nie vollständig eingelöste Versprechen gewesen seien. Diese skeptischere und konflikt sensible Perspektive war lange Zeit die schwächere Strömung. Doch auch sie lässt sich bis zu den Gründungsvätern zurückverfolgen, die sich der Zukunftsfähigkeit des neuen Gemeinwesens keineswegs sicher waren. Als Benjamin Franklin nach der Verfassungskonvention von

1787 von einer Passantin gefragt wurde, ob man denn nun eine Republik oder eine Monarchie geschaffen habe, antwortete er: „A republic – if you can keep it.“ Republik, Freiheit und Demokratie, das besagte diese kurze Formel, seien keine gegebenen Zustände, sondern müssten bewahrt und verteidigt werden.

Zu Beginn seiner Amtszeit lud der damalige US-Präsident Joe Biden den Historiker Jon Meacham ins Weiße Haus ein. Meacham sagte den anwesenden Kabinettsmitgliedern, dass die amerikanische Republik ein historisches Experiment sei – vergleichsweise jung und keineswegs gegen ein Scheitern gefeit. Ein Teilnehmer sagte mir später, wie eindringlich und verstörend dieser Vortrag gewirkt habe.

Meacham hatte seine These schon vorher an anderer Stelle vertreten: Die amerikanische Demokratie sei experimentell, inhärent gefährdet und immer wieder Momenten existenzieller Zuspitzung ausgesetzt; jede Generation müsse sie aufs Neue verteidigen. Bemerkenswert an der Episode ist daher weniger der Inhalt als ihr Kontext: dass ein US-Präsident selbst einen Historiker hinzuzieht, um seinem Kabinett vor Augen zu führen, was im Falle des Scheiterns politischer Anstrengungen auf dem Spiel stehe – die Demokratie der Vereinigten Staaten. Darin klingt jene grundlegende Skepsis gegenüber der Beständigkeit politischer Ordnung an, die sich in Franklins berühmter Antwort findet: „If you can keep it.“

Folie für aktuelle Konflikte

Ein positiv-patriotisches Selbstbestätigungsmotiv wird in diesem Jahr alle Veranstaltungen durchziehen – das gehört zu Anlass und Ritual. Allerdings wird die Erinnerungsinzenierung weniger integrativ angelegt sein, kontroverser wahrgenommen und kommentiert werden als vor fünfzig Jahren. Die konkurrierenden Selbstbeschreibungen sind heute viel konturierter, weil sie zu Herleitungen für heftig umkämpfte Positionen in der Auseinandersetzung der Gegenwart geworden sind. Die Geschichte ist Folie für den Konflikt geworden, wie Macht ausgeübt werden darf oder eingehegt und kontrolliert werden muss – „whenever any form of government becomes destructive“, „sobald eine Regierungsform destruktiv wird“, wie es in der Unabhängigkeitserklärung heißt. Und sie ist Folie für den mit Macht zurückgekehrten Deutungskampf geworden, was amerikanische Identität ausmacht und wie das Amerika von heute über Inklusion und Zugehörigkeit denkt.

Dieser Konflikt steht im Brennpunkt einer hochaufgeheizten Stimmung, inmitten einer vom US-Präsidenten vorangetriebenen sichtbaren politisch-gesellschaftlichen Transformation: Der *Supreme Court of the United States* hat die exekutive Macht ausgedehnt – und seine eigene

ebenso. Donald Trump politisiert die Maschinerie der Regierung, die er immer wieder als Waffe gegen seine politischen Gegner einzusetzen sucht. Der Kongress akkommodiert; als Kontrollorgan und als *second branch of government* fällt er derzeit aus. Die Demokratische Partei ist zersplittert und führungslos. Laute republikanische Gegenstimmen bleiben die Ausnahme. Regierungshandeln ist extrem personalisiert, fast höfisch. Institutionen werden ausgehöhlt, personell und politisch.

Tragfähigkeit der Machtkontrolle

Aber ist der Konflikt systemisch? Normalerweise verfolgen amerikanische Regierungen ihre Prioritäten durch Gesetzgebung oder Regulierung. Der aktuelle Präsident hingegen treibt seine Ziele voran, indem er ungeschriebene Normen verschiebt – vieles in seinem Umgang mit Unternehmen, Medien, Anwaltskanzleien, Universitäten hat geschäftsabschlussartige Züge. Es sind Verhaltensmuster in einer Gesellschaft, die verändert werden sollen. Das erspart den zeit- und verhandlungsaufwendigen Gang durch die Legislative, eröffnet Handlungsspielräume, kommuniziert Aktionismus, Handeln, Tempo, Initiative. All dies lässt die Kehrseite vergessen – dass politische Gestaltung nur dann bleiben und nicht leicht reversiblen Charakter hat, wenn sie durch Gesetzgebung abgesichert ist. Und über diese Option verfügt der Präsident nur sehr eingeschränkt.

Denn die Austarierungs- und Korrekturmechanismen der amerikanischen Verfassung sind untrennbar mit einer historischen – hochgradig einseitig erinnerten – Kollektiverfahrung verbunden, dass die Bürger in den nordamerikanischen Kolonien der nahezu unbegrenzten Macht der britischen Krone ausgesetzt gewesen seien und die Verfasstheit des neuen, unabhängigen amerikanischen Gemeinwesens einer solchen Machtkonzentration künftig durch ein System wechselseitiger Kontrolle und Einhegung einen Riegel verschieben müsse.

Wir haben die Funktionsfähigkeit dieser wechselseitigen Kontrollmechanismen in den letzten anderthalb Jahren immer wieder beobachten können: Der Präsident hat ein Zollspektakel entfacht, das das Oberste Gericht in wichtigen Teilen stoppte. In über 60 Prozent der gegen die Schritte der Administration eingeleiteten Verfahren haben die Kläger obsiegt – eine historisch sehr hohe Quote. Gerichte oder bundesstaatliche Legislativen haben die US-Einwanderungsbehörde ICE (*United States Immigration and Customs Enforcement*) in die Schranken gewiesen. Die Rachefeldzüge gegen politische Opponenten des Präsidenten scheitern immer wieder an Gerichten. Medien dokumentieren und kommentieren jeden Übergriff akribisch. Bundesstaaten klagen gegen die

Politik der Trump-Administration oder verfolgen eine Gegenagenda. Für den Haushalt ist der Präsident auf den Kongress angewiesen, und in diesem Punkt hat sich dieser keineswegs als „Durchwinkorgan“ gezeigt. Die Abhaltung, Organisation und Durchführung von Wahlen ist den Bundesstaaten durch die Verfassung zugewiesen – unter keinem rechtlichen Gesichtspunkt kann der Präsident hier Durchgriffsrechte an sich ziehen.

Pessimistisches Stimmungsbild im Jubiläumsjahr

Die vor 250 Jahren gegründete amerikanische Republik war unvollkommen. Sie lebte lange mit dem Widerspruch, dass ihre universellen Werte von Freiheit und Gleichheit nicht allen zugutekamen. Oftmals ist sie ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht geworden – von der Sklaverei über die Vertreibung und Massaker an indigenen Völkern bis hin zur Jim-Crow-Gesetzgebung und zum McCarthyismus.³ Aber das von den Verfassungsvätern geschaffene System war bei aller Unvollkommenheit auch immer wieder entwicklungs- und korrekturfähig – „whenever any form of government became destructive“.

Für Amerika ist dieses Jubiläumsjahr – mit Blick auf die *midterm elections* im Herbst – auch ein Wahljahr, in dem das Stimmungsbild pessimistisch ist. Eine Mehrheit der Bevölkerung ist – übrigens schon lange – der Auffassung, dass das Land eine falsche Richtung nehme. Die Loyalität mag noch weitgehend intakt sein, die Stimmungswerte für den amerikanischen Präsidenten sind jetzt jedoch auf einem Tiefpunkt.

In dieser kritischen Stimmung wird die Jubiläumsinszenierung vermutlich nicht konsolidierend wirken. Die konkurrierenden Selbsterzählungen – die skeptische, die heroische und die kulturelle – sind Instrumente der politischen Auseinandersetzung. Aus ihnen wird Legitimation für konträre politische Agenden abgeleitet, bei denen es im Kern um amerikanische Identität, um Zugehörigkeit und Exklusion, um Macht und deren Einschränkung geht. Aber das Gedenken wird sicher mobilisieren und Konfliktlinien sichtbarer machen, als das bei vorangegangenen Jubiläen der Fall war. Dies eröffnet auch einen Raum, in dem zugespitzt verhandelt wird, was republikanische Prinzipien und die Freiheits- und Gleichheitsvision der Gründungsväter unter heutigen Bedingungen bedeuten und wie sie zu bewahren, fortzuentwickeln oder anzupassen sind. Es ist ein Ringen, das die ganzen letzten 250 Jahre durchzogen hat.

³ Die Jim-Crow-Gesetze zur Rassentrennung galten von den 1870er- bis in die 1960er-Jahre, insbesondere in den Südstaaten. Sie schrieben eine strikte Trennung von „weißer“ und „schwarzer“ Bevölkerung in allen öffentlichen Bereichen vor. Unter dem Deckmantel „separate but equal“ („getrennt, aber gleich“) etablierten sie eine strukturelle Benachteiligung, die erst durch den „Civil Rights Act“ 1964 und weitere Gesetze beendet wurde.

McCarthyismus bezeichnet die intensive anti-kommunistische Verfolgungswelle in den USA der frühen 1950er-Jahre. Benannt nach Senator Joseph McCarthy, war sie durch haltlose Anschuldigungen und Sippenhaft geprägt. Tausende Menschen wurden stigmatisiert, verloren ihren Arbeitsplatz oder wurden öffentlich oft ohne Beweise aus Angst vor kommunistischer Unterwanderung im Kalten Krieg verurteilt [Anm. d. Redaktion].

Im Angesicht brutaler Machtpolitik

Maia Sandu
Geboren 1972 in Rîșeni, Rajon Fălești (Republik Moldau), Juni 2019 bis November 2019 moldauische Ministerpräsidentin, seit Dezember 2020 Präsidentin der Republik Moldau.

Eine moldauische Perspektive

Russlands groß angelegte Invasion in die Ukraine hat Grundannahmen über Europas Ordnung seit dem Ende des Kalten Krieges erschüttert.

In der Aufbruchstimmung der frühen post-kommunistischen Ära glaubten viele, das Zeitalter imperialer Vorherrschaft sei endgültig überwunden. Wirtschaftliche Verflechtung, internationales Recht und politische Kooperation schienen die Logik der Gewalt abzulösen. Die Aussicht auf ein geeintes, freies und friedliches Europa schien nicht nur erstrebenswert, sondern auch unumkehrbar.

Eine ehrliche Auseinandersetzung mit „Macht“ in Europa erfordert heute daher, sich einer unangenehmen Wahrheit zu stellen – einer Wahrheit, die die osteuropäischen Länder lange vor 2022 verstanden hatten, da die aus dem Kommunismus hervorgegangenen Staaten schnell feststellen mussten, dass formale Souveränität nicht automatisch

Freiheit von Druck oder Einmischung von außen garantiert. Diese Lektion hat die Republik Moldau früh gelernt: Bereits 1992, nur wenige Monate nach Erklärung unserer Unabhängigkeit, mussten wir unsere Souveränität in einem kurzen, aber blutigen Krieg in der transnistrischen Region verteidigen, der durch russische Intervention angeheizt wurde. Der bis heute ungelöste Konflikt geriet zu einem permanenten Druckmittel gegen unseren Staat und zu einem anhaltenden Hindernis für die demokratische Entwicklung des Landes.

Im Laufe der Jahre entwickelten sich die Druckmittel weiter. Russland nutzte wiederholt Handels- und Energieabhängigkeit als Zwangsmittel. 2013 wurden moldauische Weinexporte als Strafe für Moldaus westliche Orientierung und seine Entscheidung, sich der Europäischen Union anzunähern, mit einem Embargo belegt. Der Preis für russisches Gas diente stets als Instrument politischer Erpressung.

Illusionen über Russland

Moldau war in dieser misslichen Lage nicht allein. 2014 erfolgten Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die russische Aggression gegen die Ostukraine. Doch selbst nach diesem Wendepunkt hofften viele im Westen noch, dass rote Linien respektiert würden. Einige entschieden sich für Pragmatismus, andere stellten wirtschaftliche Erwägungen in den Vordergrund. Die Vorstellung, Russland könne irgendwann in eine regelbasierte Ordnung integriert werden, sofern man seine „legitimen Interessen“ berücksichtige, prägte weiterhin die Debatte.

Länder an der geopolitischen Peripherie Europas hegten deutlich weniger Illusionen. Wir sahen zu, wie andere postkommunistische Länder der Europäischen Union beitraten, ihre Volkswirtschaften wuchsen, ihre Gesellschaf-

ten prosperierten und ihre Demokratien stärker und selbstbewusster wurden. Unterdessen lebte Moldau weiterhin im Schatten einer Macht, von der es sich zu befreien versucht hatte. Wenn das Land mit Embargos oder Energieerpressung konfrontiert war, reisten Moldaus Amtsträger nach Moskau, um eine vorübergehende Entlastung zu erwirken. Das politische Leben drehte sich oft um die Verwaltung von Abhängigkeit statt um ihre Überwindung. Mit der Zeit gewöhnten sich viele Moldauer an den Gedanken, dass unser Land zu klein wäre, um die eigene Zukunft selbst zu bestimmen.

Dieses Gefühl speiste sich allerdings nicht allein aus der Macht Russlands – es war auch hausgemacht. Jahrzehntelang wurde Moldau durch Korruption, die Vereinnahmung durch Oligarchen und klientelistische Netzwerke geschwächt, die staatliche Institutionen als private Instrumente zur Einflussnahme und Bereicherung nutzten. Für viele dieser Netzwerke war die Nähe zu Moskau weniger Belastung als vielmehr bequemes Werkzeug zur Bewahrung eigener Privilegien. Daher blieben die demokratischen Institutionen fragil, und die Bürger verloren das Vertrauen, dass Politik dem Gemeinwohl dienen könnte. Viele beschlossen, im Ausland ein besseres Leben zu suchen.

Signale gegen den „gekaperten Staat“

Glücklicherweise sind Gesellschaften nicht dazu verdammt, Gefangene ihrer Vergangenheit – oder ihrer Gegenwart – zu bleiben. Mit der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung, die 2019 zur Entmachtung des später verurteilten Oligarchen Vlad Plahotniuc führte, und noch entscheidender durch die Präsidentschaftswahlen 2020 sowie die Parlamentswahlen 2021 sendeten die Moldauer ein klares Signal: Sie wandten sich gegen den – sei es von innen oder außen – „gekaperten Staat“, gegen Korruption als System

der Regierungsführung und gegen die Vorstellung, dass Moldaus Zukunft weiterhin durch intransparente Absprachen zwischen oligarchischen Interessen und externen Machtzentren ausgehandelt werden sollte.

Erstmals seit seiner Unabhängigkeit begann Moldau, nicht nur ernsthaft über demokratische Reformen zu sprechen, sondern diese auch entschlossen umzusetzen. Wir begannen, Institutionen wieder aufzubauen, die Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, Korruption zu bekämpfen und die Transparenz zu stärken. Doch ausgerechnet in dieser Phase startete Russland seine Invasion in die Ukraine und veränderte damit unser politisches Bewusstsein entscheidend.

Antworten auf die russische Aggression

Als Europa erkannte, dass eine neue geopolitische Ära begonnen hatte, verstand auch Moldau, dass die Zeit strategischer Unklarheit vorbei sein musste: Drei Jahrzehnte lang hatte unser Land unsicher zwischen geopolitischen Richtungen geschwankt und versucht, unvereinbare Realitäten auszubalancieren. Allerdings machte die Rückkehr groß angelegter Kriegsführung in unsere Nachbarschaft unmissverständlich deutlich: Die Bedrohung war existenziell geworden. In dieser neuen Welt(un)ordnung erkannte Moldau, dass seine Zukunft davon abhing, einer Gemeinschaft anzugehören, die den Frieden und unsere Souveränität garantieren konnte. Als wir im März 2022 die Mitgliedschaft in der Europäischen Union beantragten, wussten wir, dass unser Überleben auf dem Spiel stand.

Gleichzeitig wechselten wir in einen Krisenbewältigungsmodus. Moldau nahm Hunderttausende ukrainische Flüchtlinge auf, die vor der russischen Aggression geflohen waren. Trotz begrenzter Ressourcen bewiesen Familien

und Gemeinden außergewöhnliche Solidarität. Gemeinsam mit internationalen Partnern setzten wir uns dafür ein, schutzbedürftige Haushalte vor den Auswirkungen der Energiekrise und der Inflation zu schützen. Sozialleistungen wurden ausgeweitet und Ausgleichsmechanismen eingeführt, um den Bürgern zu helfen, diese äußerst schwierige Zeit zu überstehen.

Noch etwas anderes änderte sich: Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit hatte das Land eine klare strategische Ausrichtung. Und genau darin fand Moldau eine neue Quelle der Stärke, obwohl es mit beispiellosen Bedrohungen konfrontiert worden war. Während der Widerstand der Ukraine es Moldau ermöglichte, den Frieden zu bewahren, wurde das Land zur Zielscheibe hybrider Angriffe. Bereits zuvor gab es russische Propaganda und Destabilisierungsversuche, doch nach 2022 änderten sich deren Ausmaß, Intensität und Raffinesse dramatisch – und sie mündeten in eine umfassende kognitive Kriegsführung. Deren Ziel bestand nicht nur darin, die Regierung zu destabilisieren oder uns für die proeuropäische Orientierung zu bestrafen. Es ging darum, Wahrnehmungen zu formen, den sozialen Zusammenhalt zu schwächen, Zynismus zu schüren und die Bürger letztendlich davon zu überzeugen, dass die Demokratie als Regierungsform unfähig ist, sie zu schützen.

Die gefährlichste Form der Herrschaft beginnt, wenn Menschen nicht mehr daran glauben, dass ihre Entscheidungen von Bedeutung sind. Und dies ist eine der wichtigsten Lehren, die die Staaten an der Frontlinie Europa heute vermitteln können. Krieg wird nicht mehr nur um Territorien geführt, sondern um Vertrauen, Wahrnehmung und die Unabhängigkeit des menschlichen Urteilsvermögens.

Kognitive Kriegsführung ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern ein Zustand, mit dem Demokratien nun umzugehen lernen müssen. Moldau hat dies 2024 während der

Präsidentenwahlen und des Referendums über den Beitritt zur Europäischen Union sowie während der Parlamentswahlen 2025 hautnah erlebt. Das Ausmaß der Einmischung, mit der wir konfrontiert waren, war beispiellos: illegale Finanzierungsnetzwerke, massive Desinformationskampagnen, Cyberangriffe, koordinierte Manipulationen über Social-Media-Plattformen, Stimmenkauf, bezahlte Proteste sowie ausgeklügelte Operationen, die auf Polarisierung und die Untergrabung des Vertrauens in demokratische Institutionen abzielten.

Die Kraft der Demokratie

Unsere Reaktion musste ebenso umfassend sein. Letztlich setzte sich die Kraft unserer Demokratie gegen die Macht von Lügen, Einschüchterung und Angst durch. Wir haben die Widerstandsfähigkeit staatlicher Institutionen gestärkt, die Integrität der Wahlverfahren stabilisiert, die Kapazitäten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden ausgebaut, in Cybersicherheit investiert und den Kampf gegen Korruption und illegale Parteienfinanzierung intensiviert. Wir haben eng mit Journalisten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und internationalen Partnern zusammengearbeitet, um Manipulationskampagnen aufzudecken und den öffentlichen Raum vor koordinierter Desinformation zu schützen.

Zugleich wussten wir, dass wir zum langfristigen Schutz unserer Demokratie ihren Grundwerten treu bleiben müssen. Die Meinungsfreiheit muss geschützt werden. Doch Meinungsfreiheit betrifft Menschen, nicht aber Netzwerke von Scheinprofilen beziehungsweise von „Fake Accounts“ auf Social-Media-Plattformen, koordinierte Manipulationskampagnen oder digitale Systeme, die öffentliche Meinung künstlich simulieren. Wir dürfen nicht zulassen, dass demokratische Offenheit zu einer Schwachstelle wird.

Das Gleichgewicht zwischen der Wahrung grundlegender Freiheiten und dem Schutz demokratischer Gesellschaften vor groß angelegter Manipulation zu finden, wird eine der bestimmenden Herausforderungen unserer Zeit bleiben. Kein Land kann diese Herausforderung allein bewältigen. Es erfordert eine koordinierte internationale Reaktion gleichgesinnter Demokratien.

Russlands Aggression führt vor Augen, dass Frieden ohne glaubwürdige Verteidigungsfähigkeiten nicht bestehen kann. Er erfordert Vorsorge und strategische Partnerschaften. Als ein Land, das Besatzung, auferlegtes Schweigen und die Verweigerung von Souveränität erlebt hat, ist in unserem historischen Gedächtnis tief verankert, dass Freiheit niemals dauerhaft garantiert ist. Wir wissen, dass Verwundbarkeit Druck nach sich ziehen kann und dass sich Sicherheit nicht allein auf Hoffnung gründen lässt.

Militärische Verteidigung und Energiesicherheit

Nach Jahrzehnten der Vernachlässigung und Unterfinanzierung hat Moldau daher mit Unterstützung seiner Partner begonnen, in seine Verteidigungsfähigkeiten zu investieren. Wir können die Situation, dass russische Drohnen und Raketenfragmente buchstäblich in die Hinterhöfe der Bevölkerung fallen, nicht länger hinnehmen. Ebenso haben wir entschiedene Schritte in Richtung Energieunabhängigkeit unternommen, um nie wieder durch die Instrumentalisierung der Energieversorgung in Geiselhaft genommen zu werden. Wir haben die einst vollständige Abhängigkeit von russischem Gas auf null reduziert und zugleich die verbindlichen Speicherverpflichtungen verschärft. Darüber hinaus hat sich der Anteil erneuerbarer Energien in vier Jahren verachtfacht: von 3 Prozent auf 25 Prozent unseres Strommixes.

In nächster Zeit wird die erste Hochspannungsleitung in Betrieb genommen, die das moldauische Stromnetz direkt mit dem europäischen Netz verbindet.

Doch so, wie der Krieg in der Ukraine Europa daran erinnert hat, dass Macht nach wie vor eine Rolle spielt, hat er uns auch vor Augen geführt, dass wahre Stärke nicht aus der Fähigkeit entsteht, andere durch Angst und Zwang zu beherrschen. Diejenigen, die glaubten, Kyjiw würde innerhalb weniger Tage fallen, wurden durch den unerschütterlichen Geist des ukrainischen Volkes und den Mut seiner Verteidiger eines Besseren belehrt. Und diejenigen, die glaubten, Moldau ließe sich einfach durch Bestechung unserer Bürger zur Unterwerfung zwingen, haben unsere Entschlossenheit falsch eingeschätzt.

Kein Platz für geopolitischen Fatalismus

Die Überzeugung, dass brutale Macht niemals wirklich siegt, mag idealistisch klingen. Doch das macht sie nicht weniger wahr. Angst mag für eine gewisse Zeit Gehorsam erzwingen, doch sie kann den Wunsch einer Gesellschaft, frei zu leben und ihr Schicksal selbst zu bestimmen,

nicht auslöschen. Tatsächlich ist das europäische Projekt aus genau dieser Erkenntnis entstanden: dass Frieden nur dort Bestand haben kann, wo Macht durch das Recht begrenzt wird und wo die Würde jedes Staates und jedes Volkes – unabhängig von seiner Größe – geschützt ist. Und selbst wenn man Moldau immer noch meist durch die Brille der Verletzlichkeit betrachtet, ist diese Sichtweise unvollständig. Moldau erhält nicht nur Unterstützung von Europa, sondern es trägt auch zur Sicherheit und demokratischen Widerstandsfähigkeit Europas bei.

Heute, da wir uns erneut mit der Frage der Macht auseinandersetzen, müssen wir der Versuchung widerstehen, in geopolitischen Fatalismus zurückzufallen. Die Schule des Realismus mag die Gefahren der Welt, wie sie ist, erklären. Aber sie darf nicht zur Ausrede werden, um die Handlungsfähigkeit kleinerer Länder oder die Kraft demokratischer Entscheidungen zu leugnen.

Die Republik Moldau kennt die Last des Drucks. Aber wir kennen auch die Stärke, die entsteht, wenn Bürger sich weigern, ihre demokratische Stimme aufzugeben. Letztendlich ist die wichtigste Grenze der Macht die Entschlossenheit freier Menschen, den Verlust ihrer Freiheit nicht hinzunehmen.

Die englische Originalfassung des Beitrags ist unter <https://kas.de/maiasandueng> abrufbar.

Völkerrecht heute

Matthias Herdegen

Geboren 1957 in Schwarzenbach am Wald, Professor an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Autor der Publikationen „Völkerrecht“ (23. Aufl.), „Europarecht“ (25. Aufl.), „Heile Welt in der Zeitenwende“ (2023); Mitherausgeber Dürig/Herzog/Scholz: „Kommentar zum Grundgesetz“.

Im Wechselspiel von Macht und normativer Ordnung

Das Völkerrecht erlebt in der öffentlichen Wahrnehmung Hochkonjunktur – aber als eine gefährdete Ordnung in einer instabilen Welt.

Dem Epochenbruch des Angriffs- und Vernichtungskrieges Russlands gegen die Ukraine folgen weitere Ereignisse, die gerade in der westlichen Welt das Vertrauen in die Steuerungskraft der normativen Grundlagen mehr oder weniger erschüttern. Imperiale Ansprüche und Großmachtpolitik sorgen für große Verunsicherung, die im alten Kontinent und vor allem in Deutschland durch die Nostalgie einer stabilen europäischen Friedensordnung verschärft wird. Aber noch weit mehr lösen die Angriffe der USA und Israels auf den Iran verbreitetes Wehklagen und Empörung vor allem über die Kapriolen des Weißen Hauses aus. Die Allüren der chinesischen Führung im Südchinesischen Meer und die anhaltenden Drohungen Chinas gegen

Taiwan runden das Bild einer ins Wanken geratenen internationalen Ordnung ab. Formeln wie „Zwischenzeit“ oder „Zeitalter der Raubtiere“ zeigen mehr Hilflosigkeit als analytische Schärfe in der Deutung dieses Prozesses.

Säulen der internationalen Ordnung: Völkerrecht und Mächtegleichgewicht

Jenseits aller ideologischen und geopolitischen Allianzen bricht bei den Konflikten immer wieder die altbekannte Frage auf, was das Völkerrecht heute noch leisten kann. Dabei verdrängt das akademische Milieu ebenso wie Politik und Medien oft die Einsicht, die uns schon die Altmeister der politischen Beziehungen mit auf den Weg gegeben haben: nämlich dass eine stabile internationale Ordnung nicht nur auf rechtlichen Grundlagen ruht, sondern auch auf Machtverhältnissen, welche diese normativen Bedingungen der Beziehungen in der Staatenwelt stützen und dem Übergriff von Großmächten und regionalen Hegemonen Einhalt gebieten.

Umso wichtiger ist es, dass der Zusammenhang von Völkerrechtsregeln und ihrer Fortentwicklung mit bestimmten Grundwerten, der Stabilität der internationalen Ordnung und der Anziehungskraft von Geboten und Handlungsbeschränkungen heute deutlich gesehen wird. Das bereits vor dem Ukrainekrieg eingetretene Ende vom „Ende der Geschichte“ mit einer Renaissance von Großmachtallüren und regionalen Einflussphären hat nicht nur das Kräftegleichgewicht verschoben, das entscheidend für die faktische Absicherung von territorialer Souveränität ist. Die strukturelle Aggressivität Russlands und seine geostrategische Partnerschaft mit China rühren auch an der Geschäftsgrundlage völkerrechtlicher Prinzipien: am Gewaltverbot und am Menschenrechtsschutz. Gleichwohl steht es mit der beklagten guten alten Weltordnung ein wenig wie mit der guten alten Zeit, die es so nie gegeben hat. Das Gewaltverbot ist von der frühen Nachkriegszeit an immer ein ebenso wichtiger wie gefährdeter Pfeiler der Völkerrechtsordnung gewesen. Nicht die Charta der Vereinten Nationen (*United Nations*, UN) oder der UN-Sicherheitsrat, der bei Interessenkonflikten der Großmächte chronisch blockiert war und ist, sondern die nukleare Abschreckung haben der völkerrechtsaffinen westlichen Welt Jahrzehnte einer relativen Sicherheit beschert.

Der UN-Sicherheitsrat erfuhr nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eine kurze Blütezeit. Der brutale Eroberungskrieg Russlands gegen die Ukraine mit der Aufkündigung des humanitären Völkerrechts hat den UN-Sicherheitsrat jedoch als Stimme der Weltgemeinschaft diskreditiert. Auch die Großmachtallüren Chinas und die unbekümmerte

Launenhaftigkeit des Weißen Hauses erwecken den Eindruck einer internationalen Zwei- oder Dreiklassengesellschaft. Das wohl schwerste Defizit ist die verlorene Balance von Unterwerfung unter die UN-Charta mit Gewaltverbot einerseits und einem effektiven Schutz durch das Weltdirektorium andererseits. Dies macht die existenzielle Sicherung der Staaten und die Reichweite des Rechts auf Selbstverteidigung zu einer Kernfrage der internationalen Ordnung.

Elastizität des Völkerrechts

Das Wehklagen über die Operation der USA in Venezuela und die gemeinsam mit Israel verübten Militärschläge gegen den Iran haben ihrerseits kritische Gegenfragen ausgelöst. Immer größer wird die Sorge, dass sich hinter dem Gewaltverbot und nationaler Souveränität allzu gern Regime mit massiven Menschenrechtsverletzungen, Terror nach innen und Destabilisierungsaktionen gegen die Nachbarn verschanzen. Viele Menschen fragen sich mittlerweile, ob das Völkerrecht zum Bollwerk autoritärer Regime geworden ist.

Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass im Völkerrecht bestimmte Spannungen zwischen bestimmten Grundwerten angelegt sind, etwa die Spannung zwischen dem Gewaltverbot auf der einen und dem Schutz der Menschen vor Staatsterror oder auch dem Schutz der elementaren Sicherheitsinteressen von Nachbarstaaten auf der anderen Seite. So ist im Völkerrecht bis heute die Konkurrenz von demokratischer Legitimität und effektivem Machtbesitz nicht befriedigend aufgelöst. Während im akademischen Milieu Deutschlands über die Immunität des Narco-Diktators Nicolás Maduro schwadroniert wird, atmen Millionen von Menschen in Venezuela auf und wünschen sich nur, dass sie möglichst rasch von der Geißel des gesamten menschenverachtenden Führungsgeflechts befreit werden.

Manche Stimmen wollen das Völkerrecht daher jetzt schon in Abwägung mit außerrechtlichen Maßstäben setzen. Dies wäre eine Kapitulation des Völkerrechts als verbindliche Ordnung. Die im Völkerrecht angelegten Spannungen können und sollen nur in den Bahnen des Völkerrechts selbst gelöst werden. Das Gewaltverbot darf daher nicht so zementiert werden, dass es aggressiven und menschenrechtsfeindlichen Regimen auf Jahrzehnte hinaus erlaubt, sich gemütlich hinter ihrer territorialen Souveränität zu verbarrikadieren oder/und Nachbarstaaten mit Terrornetzwerken oder mit dem Aufbau von Massenvernichtungspotenzialen zu bedrohen.

Versagt die Steuerungsfunktion des Völkerrechts und der friedenssichernden Institutionen, muss die Völkerrechtsordnung mit einer gewissen Elastizität angemessene Handlungsoptionen bereitstellen.

Wenn die in der UN-Charta vorgesehene Schutzverheißung durch den UN-Sicherheitsrat bei einer ernsthaften existenziellen Bedrohung ausfällt, müssen Ventile geöffnet werden, die den elementaren Schutzbedürfnissen von bedrohten Staaten wie Israel und terrorisierten Menschen im Inneren Rechnung tragen. Dafür bedarf es einer behutsamen, aber notwendigen Öffnung, etwa für ein einem Angriff vorgelagertes Selbstverteidigungsrecht und eine mögliche humanitäre Intervention, die den Diktatoren dieser Welt in ihrem Treiben Schranken aufzeigt.

Die UN-Charta räumt Staaten das Recht auf Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff ein. Umstritten ist allerdings, wie weit sich ein Staat im Voraus gegen den drohenden Angriff eines anderen Staates wehren kann, ab wann also eine sogenannte präventive Verteidigung zulässig ist. Auch wenn die überwiegende Rechtsansicht eine unmittelbar bestehende Bedrohung verlangt, muss das zeitliche Moment im Gesamtkontext möglicher Aggression und der bestehenden Abwehrmöglichkeiten gesehen werden und gerade bei apokalyptischen Szenarien Raum für ein gewisses Zeitfenster lassen. Wir können das Selbstverteidigungsrecht nicht mehr so anwenden, als herrschten auskömmliche Reaktionszeiten wie vor Jahrzehnten.

Das Fenster für ein Selbstverteidigungsrecht beginnt sich daher in dem Moment zu öffnen, in dem wirksame Abwehrmaßnahmen immer schwieriger werden und deswegen ein weiteres Abwarten objektiv unzumutbar ist. Zu diesem relevanten Kontext gehören eine offene Vernichtungsabsicht ebenso wie die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und der Aufbau eines zunehmend schwerer neutralisierbaren Raketenarsenals, aber auch die Abwehrmöglichkeiten des bedrohten Staates. Ein Staat wie Israel, der mit einem einzigen Nuklearschlag vollständig vernichtet werden könnte, wird dieses Recht viel früher wahrnehmen dürfen als ein Staat mit weit größeren Reaktionsmöglichkeiten, beispielsweise die USA. Auch jenseits solcher existenziellen Bedrohungen schafft das Völkerrecht Optionen. Wenn ein Staat die Schifffahrt in einer internationalen Meerenge wie der Straße von Hormus angreift oder bedroht, ist auch dies ein Fall der Selbstverteidigung.

Humanitäre Intervention und die Rolle der Vereinten Nationen

Ein weiteres umstrittenes Feld militärischen Eingreifens bildet die „humanitäre Intervention“, also der Schutz von Bevölkerungsteilen vor massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen. Ein Beispiel bildet der Kosovo-Konflikt mit der kollektiven Intervention durch Deutschland und andere NATO-Staaten. Gerade in Deutschland stellen manche Stimmen die territoriale Souveränität zugunsten von

Unterdrückungsregimen immer noch über den möglichen Schutz einer geschundenen Zivilbevölkerung. Aber welche Anziehungskraft hat eine Völkerrechtsordnung, die leidenden Menschen zumutet, sich eben noch weitere Jahrzehnte mit dem Terror abfinden zu müssen?

Der UN-Sicherheitsrat kann trotz seiner Blockade bei niedrigschwelligen Konflikten und zwischen den großen Mächten überbrückbaren Spannungslagen eine Befriedung wesentlich erleichtern, beispielsweise bei der Bekämpfung der Piraterie am Horn von Afrika und des internationalen Terrorismus oder bei der Schaffung eines neuen Ordnungsrahmens für Gaza. Auch die UN-Generalversammlung rafft sich zuweilen zu einer Verurteilung einer Aufkündigung der internationalen Friedensordnung auf, etwa beim russischen Eroberungsfeldzug gegen die Ukraine. In einigen Fällen haben wir oft keinen Ersatz selbst für problembehaftete Organisationen aus der UN-Familie wie das UN-Flüchtlingshilfswerk in Gaza.

Eine neues Kräftegleichgewicht

Als Dach für die allermeisten Staaten sind die Vereinten Nationen auch ein Abbild dieser Welt. Die jahrzehntelangen Forderungen nach einer stärker repräsentativen Abbildung der Staatenwelt im UN-Sicherheitsrat sind plausibel, jedoch als Eingriff in bestehende Besitzstände unrealistisch. Sie gingen letztlich zulasten des rechtsstaatlich-demokratischen Segments, das gerade im Weltdirektorium glücklicherweise überrepräsentiert ist. Eine Therapie muss nicht bei einer ohnehin unrealistischen Reform der UN-Strukturen ansetzen, sondern bei den Mitgliedern.

Es kommt für die Zukunft der internationalen Ordnung und auch die Funktionsfähigkeit der Vereinten Nationen entscheidend darauf an, ob der demokratische, an einer wirksamen Rechtsordnung im Dienst internationaler Sicherheit und der Menschenrechte interessierte Teil der Staatenwelt gegen die Achse autoritärer und aggressiver Mächte neue Allianzen schaffen kann. Besondere Zuwendung verdienen zwischen dem Westen und seinen Gegnern lavierende BRICS-Staaten wie Indien und Brasilien. Dieser Wandel vom Inneren des Staatengefüges dürfte der Schlüssel zu einer Staatengemeinschaft und einer Weltorganisation sein, welche die Erwartungen an eine stabile, in belastbaren Grundregeln verankerte Ordnung erfüllen. Dann können wir vielleicht erkennen, dass bei aller beklagten Unsicherheit die Veränderungen der jüngsten Zeit mit der Schwächung der autoritären Weltachse auch Chancen bieten.

Ein Weg zur besseren Sicherung der internationalen Friedensordnung wäre die Stärkung regionaler Sicherheitsmechanismen. Europa sollte zudem über eine eigene Sicherheitsarchitektur jenseits der

Europäischen Union nachdenken, um strategisch unabhängiger zu werden. Zweifel am (wohl noch bestehenden) Schutzschirm der USA und kaum verhüllte Drohungen aus Moskau, aber auch die ungewisse Richtung der künftigen französischen Sicherheitspolitik könnten Deutschland und andere europäischen Staaten bald dazu veranlassen, sich von einem historischen Tabu zu verabschieden: dem Nachdenken über eine eigene europäische Atomstreitmacht. Die brisante, rechtlich komplexe Lösung von den vertraglichen Beschränkungen für Nuklearwaffen (Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und Moskauer Zwei-plus-Vier-Vertrag) zwingt dabei schon in der analytischen Annäherung an diese Perspektive zu größter Behutsamkeit.

Akzeptanz des Völkerrechts

Wenn die Völkerrechtsordnung auf Dauer Akzeptanz in der gesamten Staatenwelt erfahren soll, muss sie legitimen Sicherheitsbedürfnissen von Staaten, elementaren Menschenrechten und dem Freiheitsdrang unterdrückter Völker Rechnung tragen – gerade dann, wenn die Vereinten Nationen versagen. Dies muss auch unser rechtliches Verständnis von zentralen Grundsätzen wie dem Gewaltverbot und möglichen Ausnahmen prägen. Nur dann, wenn sich das Völkerrecht nicht von existenziellen Sicherheitsbedürfnissen und Schutz vor Terror nach innen abkoppelt, hat es eine Zukunft. Diese Zukunft ruht jedoch auch auf internationalen Machtverhältnissen, die diese Grundwerte flankieren. So gilt der längst fällige, mehr angemahnte als praktizierte Aufbruch zu strategischem Denken nicht nur für Politik und Politikwissenschaft, sondern auch für das Völkerrecht.

„Wo sich Europa zusammenschließt, sind wir mächtig“

Manfred Weber
Geboren 1972 in Niederhatzkofen, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Die Europäische Volkspartei und die neue Welt(un)-ordnung

In diesem Jahr feiert die Europäische Volkspartei ihr 50-jähriges Gründungsjubiläum. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die aktuelle Lage der EVP?

Die EVP ist durch die Erfahrungen in den letzten fünfzig Jahren fit für die Aufgaben unserer Zeit. Wir sind dynamisch, kampfbereit, wir sind auch von unseren Werten her gestärkt, wir wissen, wofür wir stehen. Und wir erhalten das Wichtigste in der Politik, nämlich das Vertrauen der Menschen. Wir haben heute eine starke Fraktion im Europäischen Parlament. Auch die Europäische Kommission und der Europarat sind gut aufgestellt. Die EVP geht mit viel Kraft und Zuversicht an die bevorstehenden Aufgaben.

Foto: @ Tobias Koch



Droht Europa in einer Welt, in der mehr und mehr die Macht des Stärkeren zählt, zum Spielball zu werden?

Die Weltordnung wird verstärkt durch Egoismus geprägt, sie wird dadurch instabiler, das erleben wir 2026 mit aller Klarheit. Europas Sicherheit und Stärke dürfen nicht davon abhängen, wer Amerika regiert. Wir müssen deswegen lernen, in dieser neuen Welt eigenständig zu handeln und, vor allem, uns selbst verteidigen zu können. Das ist eines der größten Themen unserer Zeit. Wir haben alle Potenziale, um auch morgen mächtig zu sein. Aber das gelingt nur, wenn Europa zusammensteht.

Inwieweit ist die Europäische Union in der Lage, eine globale Machtrolle zu spielen?

Die Geschichte zeigt uns, dass wir es in einigen Bereichen, nämlich der Wirtschaft und der Währungspolitik, bereits geschafft haben. Der gemeinsame Binnenmarkt ist der größte Markt der Welt. Die Währung, der Euro, ist mittlerweile die zweitgrößte Währung nach dem US-Dollar. Das heißt: Dort, wo wir es geschafft haben, uns zusammenzufinden, wo sich Europa zusammenschließt, sind wir mächtig. Das spüren wir auch bei den Handelsverträgen, die wir abschließen. Das Gleiche muss uns auch mit unserer globalen Machtrolle gelingen, die wir im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik wahrnehmen müssen. Wir brauchen einen europäischen Verteidigungspfeiler, wir müssen Militärgüter gemeinsam beschaffen, wir brauchen europäische Innovationen im

Militärbereich und wir müssen die Einstimmigkeit überwinden. Wenn wir verstärkt zusammenarbeiten, kriegt Europa Schwung und Stärke auch in diesen Bereichen.

Das heißt eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in außenpolitischen Fragen ...

In den letzten Jahren haben wir mit Viktor Orbán erlebt, was das Vetoprinzip bedeutet. Wir wurden immer wieder durch einen Einzigen blockiert, der damit ganz Europa in Geiselhaft genommen hat. Das demokratische Prinzip der Mehrheitsentscheidung muss auch in der Außenpolitik angewandt werden, dann bekommt Europa Stimme und Gewicht.

Sie haben auch einen europäischen Präsidenten gefordert.

Ich möchte einen Präsidenten, der auf Augenhöhe mit Donald Trump in den USA und mit Xi Jinping in China die gesamte Europäische Union und damit die Interessen von 450 Millionen Menschen vertreten kann. Ursula von der Leyen leistet da bereits heute großartige Arbeit. Aber für die Zukunft wünsche ich mir eine Zusammenlegung des Amts des Kommissionspräsidenten mit dem des Ratspräsidenten – also eine Person an der Spitze, die wirklich das gesamte Gewicht der Europäischen Union einbringt. Langfristig sollten wir überlegen, ob dieser Präsident von den Bürgerinnen und Bürgern Europas direkt gewählt wird. Dadurch hätte er oder sie noch mehr Gewicht.

Welche Rolle sollte die Europäische Union nach einem Friedensschluss in der Ukraine spielen?

Die Ukraine-Frage ist zentral für die europäische Sicherheit. Ich möchte zunächst meinen Respekt für die Leistung zollen, die die Ukraine erbringt: Sie verteidigt nicht nur ihr Land und die Werte der Ukraine, sondern sie verteidigt damit auch die europäischen Werte. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die Ukraine sich mittlerweile auf Augenhöhe verteidigen kann; dies zeigt die Größe der ukrainischen Leistung. Die Ukraine ist für uns als Europäer nicht nur eine Herausforderung, sondern sie ist vor allem auch ein starker Beitrag für die Lösung vieler Zukunftsfragen der Europäischen Union. Europa muss dafür sorgen, dass die Ukraine langfristig Teil unserer europäischen Gemeinschaft wird. Wir müssen klarmachen, dass wir die Ukraine bei der Verteidigung der Freiheit und beim Wiederaufbau unterstützen werden.

Sollte die Europäische Union auch militärisch eine Rolle spielen?

Definitiv! Die Sicherheit und Stabilität der Ukraine ist untrennbar mit der Sicherheit und Stabilität Europas verbunden. Europa muss deshalb auch bei der Friedenssicherung Verantwortung übernehmen. Wir können

nicht ernsthaft fordern, dass amerikanische Soldaten den Frieden in der Ukraine mit absichern, wenn wir nicht selbst dazu bereit sind. Europa muss nach einem Friedensschluss Verantwortung übernehmen. Es ist auch nicht so, dass nur wir der Ukraine helfen, sondern wir müssen verstehen, dass die ukrainische Armee heute die kampferprobteste Armee der demokratischen Länder Europas ist. Das heißt, wenn wir in die Ukraine gehen, dann können wir heute mehr von der Ukraine lernen als sie von uns. Das erleben wir zum Beispiel beim Thema Drohnen, denn die Ukraine gehört zu den weltweit führenden Staaten bei der Entwicklung von Systemen der Drohnenabwehr und der Drohnenfertigung. Militärische Zusammenarbeit ist eine Win-win-Situation für beide Seiten.

Wird sich Europa jemals ohne die Hilfe der USA selbst verteidigen können?

Europa *muss* sich ohne die USA eigenständig verteidigen können. Wir sind 450 Millionen Europäer, und es ist schwer verständlich, warum wir für unsere Verteidigung 350 Millionen Amerikaner brauchen. Wir stellen jetzt fest, dass eine Gewissheit der letzten Jahrzehnte so nicht mehr besteht: dass andere für uns die Verteidigung übernehmen. Dieser Traum ist ausgeträumt, und es müssen jetzt mutige Schritte gegangen werden.

Ich bin Ursula von der Leyen dankbar, dass sie den ersten Verteidigungskommissar der Europäischen Union seit Dezember 2024 etabliert hat. Die Kommissionspräsidentin, die Europäische Volkspartei und das Europäische Parlament, von dem Andrius Kubilius als Verteidigungskommissar bestätigt wurde, hatten den Mut, diesen richtigen Schritt gemeinsam zu gehen, und die Prioritäten, die wir jetzt setzen müssen, sind klar: Wir brauchen einen gemeinsamen europäischen Verteidigungsmarkt, wir müssen aufhören mit der Kleinstaaterei, und wir brauchen endlich eine gemeinsame europäische Rüstungsbeschaffung. Wir brauchen auch ein gemeinsames Lagebild und gemeinsame Investitionen in die Luft- und Drohnenverteidigung an der Außengrenze. Langfristig werden wir unsere Absicherung ohne eine europäische Armee nicht gewährleisten können.

Dafür braucht es auch gemeinsame Kommandostrukturen ...

Definitiv, wir kennen diese ja bereits. Es ist heute im NATO-Verband selbstverständlich, dass NATO-Kommandeure von anderen Nationen auch deutsche Einheiten führen. Das ist geübt und gelernt. Ich glaube, dass viele unserer Militärs im Denken schon weiter sind als die Politik, weil es für junge Soldaten in den Einsätzen heutzutage selbstverständlich ist, dass wir in Europa gemeinsam unser europäisches Territorium und unsere europäischen Werte verteidigen, und deshalb bedingen gemeinsame Verteidigungsstrukturen gemeinsame Entscheidungsstrukturen.

Wie stehen Sie zur Idee eines Europäischen Sicherheitsrates?

Die Frage ist, wer den Einsatzbefehl gibt, wenn wir angegriffen werden. Dafür brauchen wir Strukturen, die die EU-Mitgliedstaaten repräsentieren. Die Idee eines Europäischen Sicherheitsrates, der mit Mehrheit den Einsatz befehlen kann, ist ein richtiger und sinnvoller Gedanke, den wir jetzt diskutieren müssen.

Wir werden aber auch darüber reden müssen, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den willigen Staaten sinnvoll und notwendig ist. Das Abwarten auf den Langsamsten, auf den, der am meisten blockiert, hat Europa in diese schwierige Phase gebracht. Die willigen Staaten müssen deshalb die europäische Sicherheitsfrage diskutieren.

In Artikel 42 des Vertrages der Europäischen Union wird die Beistandspflicht bei einem militärischen Angriff auf einen Mitgliedstaat geregelt. Müsste dieser Artikel konkretisiert werden?

Es ist dringend notwendig, diesen Artikel mit Leben zu erfüllen. Dieses Jahr 2026 ist mit der Grönlandkrise gestartet, als die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Gedanken gespielt haben, einen anderen NATO-Staat anzugreifen. Gott sei Dank wurde dieser Gedanke ad acta gelegt. Aber das ist die Welt, in der wir leben. Wenn ein EU-Mitgliedstaat angegriffen wird, muss sich dieser darauf verlassen, dass ganz Europa an seiner Seite steht. Diese Reaktionsfähigkeit darf nicht spontan sein, sondern sie muss strukturiert sein und organisiert werden. Genau diese Aufgabe, diese Struktur, diese Organisation aufzubauen, liegt jetzt vor uns.

Welche Rolle kann die EVP spielen, damit die Europäische Union als globale Macht auftreten kann?

Die Europäische Volkspartei ist heute die führende politische Kraft Europas. Zwölf Staats- und Regierungschefs aus der EVP-Familie sitzen am Ratstisch, sie stellt die Hälfte der Kommissare und mit Abstand die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Vor allem aber erfahren wir das Vertrauen der Menschen. Die Wahlen in Ungarn, wo Péter Magyar und die Partei TISZA gegen Viktor Orbán gewonnen haben, zeigen die Stärke des EVP-Angebotes, das darin liegt, mit Verlässlichkeit und Vertrauen aus der bürgerlichen Mitte heraus in die Zukunft zu führen.

Doch gerade jetzt, da wir als EVP so stark sind, müssen wir auch neu denken, neue Ideen entwickeln. Ein neues Grundsatzprogramm für die EVP ist auf europäischer Ebene in Auftrag gegeben worden. Wir müssen wieder langfristige Visionen, Ideen und faszinierende Projekte für die Welt von morgen entwickeln, um eine klare Abgrenzung vor allem von Extremisten des rechten und linken Spektrums, die das europäische Projekt in Zweifel ziehen, zu erzielen. Unsere Grundprinzipien

bei der Abgrenzung von den Extremisten bleiben konstant: Wir arbeiten nur mit Parteien zusammen, die sich pro Europa, pro Ukraine und pro Rechtsstaat orientieren.

Aus welchen historischen Ressourcen schöpft die EVP, an welche Personen sollte man anlässlich des Gründungsjubiläums erinnern?

Die Erfolgsgeschichte der Europäischen Volkspartei wäre ohne ihre Grundüberzeugungen nicht denkbar gewesen. Zu diesen Grundüberzeugungen, die uns ausmachen und über die Jahrzehnte hinweg konstant waren, gehören die christlich-demokratischen Werte und Inhalte wie die Soziale Marktwirtschaft. Die Erfolgsgeschichte der EVP ist aber auch nur denkbar, wenn man starke Persönlichkeiten hat. Ich erinnere an Konrad Adenauer, Robert Schuman, Alcide De Gasperi oder später Wilfried Martens und Helmut Kohl – alles prägende Persönlichkeiten.

Sie haben den Geist der Christdemokratie der Europäischen Volkspartei in verschiedenen Epochen verkörpert und ihn den Menschen vermitteln können. Und zu guter Letzt gehören zu einer Parteigeschichte auch die strukturellen Fragen. Leo Tindemans als Gründungsparteivorsitzender und Donald Tusk als Parteivorsitzender, der erste aus Mittel-Ost-Europa, haben in strukturellen Fragen eine entscheidende Rolle gespielt. Als starke Persönlichkeiten haben sie die EVP weiterentwickelt. Europa kann nur Zukunft haben, wenn es demokratisch ist. Demokratisch kann Europa nur sein, wenn es starke Parteien gibt; deswegen ist die Weiterentwicklung der Europäischen Volkspartei zu einer starken Partei mit Identität und Seele, zu der aber auch Strukturen gehören, von entscheidender Bedeutung.

Die EVP setzt sich aus christlich-demokratischen und bürgerlich-konservativen Parteien in Europa zusammen. Wie ist es um die Gemeinsamkeiten innerhalb der EVP bestellt?

Die Einheit der Europäischen Volkspartei ist belegt durch die Art, wie geschlossen wir Politik gestalten. Dazu gibt es sogar einen Gradmesser im Europäischen Parlament. Die EVP-Fraktion ist nicht nur die größte, sondern auch die geschlossenste Fraktion, wenn es um das Abstimmungsverhalten geht. Wir sind stolz auf diese Einheit, sie hat viel mit der Kultur unserer Partei zu tun, nämlich dass wir uns als Partner, als Familie sehen, trotz der Diversität, die wir verkörpern, die nationale und regionale Vielfalt. Die Grundlage all dessen ist die Haltung zum Rechtsstaat als Grundpfeiler unserer DNA, das macht uns aus, das ist es, was uns von radikalen Kräften abgrenzt. Vor dem Hintergrund der Gemeinsamkeiten sind wir stark aufgestellt. Man darf in demokratischen Parteien ringen und debattieren. Aber es gelingt uns, bei den Kernfragen unserer Zeit eine gemeinsame Antwort zu geben.

Was war der größte Erfolg der EVP in ihrer Geschichte, und was ist ihr wichtigstes Ziel bis zur nächsten Europawahl?

Der größte Erfolg der Europäischen Volkspartei liegt darin, dass die Menschen seit über achtzig Jahren in Frieden und seit über dreißig Jahren in ganz Europa in Freiheit leben. Ohne die Europäische Volkspartei hätte es diesen Weg so nicht gegeben. Bei der nächsten Europawahl 2029 müssen die Bürger die Grundentscheidung treffen, ob wir dem Narrativ der Nationalisten folgen, nämlich „My Country First“, also „Germany First“, „Netherlands First“, „France First“, oder ob wir den Weg gehen: Ja, ich bin stolz auf meine Region, meine Nation, aber ich bin auch stolz auf mein Europa. Wir wollen uns als Freunde sehen, als Partner. Das wird der große Kampf und die große Entscheidung sein, die die Bürger Europas 2029 zu fällen haben.

Sie haben Europa auch als Schicksalsgemeinschaft bezeichnet. Was haben Sie damit gemeint?

Wir haben Europa bisher sehr technisch verstanden, als etwas, das uns Vorteile bringt, wirtschaftlich durch den Binnenmarkt und die Euro-Stabilität. Ich glaube, das müssen wir überwinden. Wir werden unsere Art zu leben in der Welt von morgen nur verteidigen können, wenn wir zusammenstehen. Das ist, glaube ich, die Schicksalsfrage, wir müssen Europa nicht nur als materiellen Vorteil sehen, sondern als Identität. Wir sind als Europäer eine Schicksalsgemeinschaft, weil wir nur gemeinsam diesen Status als Europäer verteidigen werden.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 20. Mai 2026.

Macht im Umbruch Deutschlands Verantwortung für die Zukunft Europas

Herfried Münkler
Geboren 1951 in Friedberg (Hessen), 1992 bis 2018 Inhaber des Lehrstuhls für Theorie der Politik, Humboldt-Universität zu Berlin, Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Infolge der globalen Machtveränderungen in den letzten Jahren sind die Europäer nicht nur sicherheitspolitisch in eine schwierige Lage gekommen, sondern stecken auch wirtschafts- und sozialpolitisch in einer tiefen Krise.

Italien, Frankreich und Großbritannien sind überschuldet, weswegen sie nur geringe Spielräume haben, auf die neuen, weitreichenden Herausforderungen zu reagieren. Den Deutschen wiederum, die im Vergleich mit den anderen großen europäischen Ländern einen noch erträglichen Schuldenstand haben, ist ihr erfolgreiches Wirtschaftsmodell – basierend auf günstiger Energie aus Russland sowie auf lukrative Absatzmärkte für Industrieprodukte in den USA – abhandengekommen. Deutschland muss sich sozioökonomisch neu aufstellen, um wieder zur „wirtschaftlichen Lokomotive“ der Europäischen Union zu werden. Dass sich die schwarz-rote Koalition dieser Herausforderung stellt und sie auch bewältigt, was alles andere als selbstverständlich ist, ist die Voraussetzung dafür, dass die Deutschen in Europa eine Führungsrolle spielen können. Auf diese Führung sind sowohl die

Europäische Union als auch der europäische Stamm der NATO angewiesen, damit die Europäer nicht zum Fußabtreter der großen Mächte werden, als den Russland und die USA, aber auch China sie zurzeit behandeln.

Von Putin bedroht, von Trump erpresst

Sicherheitspolitisch befindet sich Europa seit Anfang 2025, dem Beginn der zweiten Amtszeit Donald Trumps, in einer Sandwichposition: von Putin bedroht und von Trump erpresst, wobei sich so etwas wie ein funktionales (nicht unbedingt intendiertes) Zusammenspiel zwischen den beiden beobachten lässt. Je aggressiver Putin auftritt, desto größer ist Trumps Erpressungspotenzial, und je mehr sich Trump von Europa abwendet, desto größer ist Putins Versuchung, den Druck auf Europa weiter zu erhöhen. Die Europäer sind infolgedessen in sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht auf sich allein gestellt, allerdings auf eine solche Entwicklung nicht vorbereitet. Sie brauchen einen größeren Zeitraum, in dem sie sich mit einem erratischen US-Präsidenten gut stellen müssen, um zu verhindern, dass dieser die USA aus der NATO zurückzieht. „Sich gut zu stellen“ heißt: so weit wie möglich seinen Erwartungen und Vorgaben zu folgen. Spanien, Frankreich und inzwischen auch Italien zeigen hier eine gewisse Widerborstigkeit. Unter den großen Mächten in Europa werden sich insofern vor allem Deutschland und Großbritannien darum bemühen müssen, diese Zeit zu gewinnen. Das läuft auf einen politischen Balanceakt hinaus, bei dem man eine Reihe von Zumutungen aus Washington hinnehmen muss, ohne in die eigene Bevölkerung hinein kommunizieren zu können, dass man das nur tut, um Zeit zu gewinnen, die notwendig ist, damit die Europäer möglichst bald strategisch autonom auftreten können. Dies fordert einen weitaus größeren strategischen Weitblick und deutlich mehr kommunikatives Raffinement, als bei deutschen Politikern in der Regel anzutreffen ist.

Die Europäer, zumal die Deutschen, haben sich lange auf den „Westen“, also die transatlantische Solidarität und Kooperation, sowie auf eine regelbasierte Ordnung verlassen. Nicht unbedingt deswegen, weil sie deren Voraussetzungen und Bestandsbedingungen sorgfältig durchdacht hätten, sondern weil beides eine große Verführungskraft hatte: Es war bequem und kostengünstig, garantierte Sorglosigkeit und versprach eine kontinuierliche Friedensdividende. Doch den „Westen“ gibt es nicht mehr, und die regelbasierte Ordnung ist einer gewaltaffinen Unordnung gewichen. So mancher flüchtet in dieser Lage in eine Form magischen Denkens und imaginiert, es gebe den „Westen“ nach wie vor, oder er werde nach Trumps politischem Abschied in alter Kraft und Herrlichkeit wiedererstehen; dann würden auch die großen Mächte einsehen,

dass eine regelbasierte Ordnung für sie das Beste sei. Doch das ist politische Träumerei. Stattdessen müssen wir uns fragen, warum der „Westen“ zerfallen ist und sich die großen Mächte nicht an die Regeln halten, sondern ihre Ressourcen und Fähigkeiten zur Leitlinie des Handelns gemacht haben. Warum sie sich am „Können“ und nicht am „Dürfen“ orientieren. Das Nachdenken darüber ist die Voraussetzung dafür, dass die Europäer ihre gegenwärtige Schwäche überwinden, wobei deren Überwindung nicht auf die politischen Eliten beschränkt bleiben darf, sondern die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite erfassen muss. Denn ohne breite gesellschaftliche Unterstützung wird eine politische Selbstbehauptung Europas in Konkurrenz und Konflikt mit Russland, China und den USA nicht möglich sein.

Illusionen, Denkfehler, Versäumnisse

Die *erste Illusion* war, dass sich die internationalen Beziehungen verlässlich und vollständig juridifizieren ließen, weswegen die Verfügung über militärische Macht mehr und mehr überflüssig werde. An ihre Stelle werde wirtschaftliche Macht als globale Regulierungsinstanz treten. Zweifellos hätte eine solche Entwicklung den Europäern und vor allem den Deutschen in die Karten gespielt, denn diese hatten – und haben – sehr viel mehr wirtschaftliche als militärische Macht. Die *zweite Illusion* bestand in der nebulösen Antwort auf die Frage, wer denn der Hüter der Regelordnung sei, der für deren tendenzielle Einhaltung Sorge. Die Deutschen verwiesen dann gern auf die Vereinten Nationen oder die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dachten nicht darüber nach, dass beide Organisationen nur eine geringe Durchsetzungsfähigkeit haben. De facto waren die USA in ihrer Position als globaler Hegemon der Hüter der Ordnung, auch wenn sie sich oftmals eher als deren Herr – und nicht als ihr Hüter – aufführten. Vor allem unterblieb – als *drittes Versäumnis* – die Frage nach den Bedingungen, unter denen die USA gewillt waren, diese Rolle *langfristig* auszufüllen, statt sich, wie es unter Trump tatsächlich eingetreten ist, abrupt aus ihr zurückzuziehen.

Ein *vierter Denkfehler* kam hinzu, nämlich die Annahme, politische Eliten bestünden prinzipiell nur aus kalkülationalen Nutzenmaximierern, die bei allen Entscheidungen Kosten und Ertrag gegeneinander abwägen, weswegen Kriege aus der Mode gekommen seien. Dabei unterschätzte man die Macht des Ressentiments und eines daraus gespeisten rachegetriebenen Revisionsstrebens, wie man es bei Putin, aber auch bei Trump und Xi Jinping beobachten kann. Kluge Politik, heißt das, muss darauf vorbereitet sein, mit Unvernunft und Torheit konfrontiert zu werden. Folgt man diesem Imperativ, so haben die Europäer und

insbesondere die Deutschen keine kluge Politik betrieben. Sie haben sich Konstellationen anvertraut, über die sie keine Verfügungsgewalt und auf die sie nur geringen Einfluss hatten.

Zugegeben: Im Rückblick sind solche Illusionen und Denkfehler erheblich leichter zu erkennen als unter Konstellationen, in denen man sich als Beteiligter eines epochalen „work in progress“ wahrnimmt. Insofern trifft die Kritik nicht nur die handelnden Politiker, sondern auch die Beobachter, Kommentatoren und Analytiker, welche die Politik auf ihre Kurzsichtigkeit hätten hinweisen müssen – und vor allem trifft sie die Politikwissenschaftler, die sich durch die Rationalitätsmodelle der ökonomischen Theorie oder durch Konstrukte einer gelingenden Kommunikation haben blenden lassen.

Aus den Fehlern lernen

Wir sollten uns bemühen, aus diesen Fehlern zu lernen, um das Gelernte zur Grundlage eines politisch handlungsfähigen Europas zu machen.

Erstens: Die Wiederkehr einer imperialen Politik vonseiten Russlands, Chinas und der USA haben Rhythmik und Tempo der Politik verändert. So war die Zeitdauer, die man in einer leidlich regelbasierten Ordnung für Entscheidungen in Anspruch nehmen konnte, sehr viel länger, als das inzwischen der Fall ist. Autoritäre und erst recht autokratische Akteure entscheiden allein und zumeist nach Willkür. Diesem Tempo ist das Europa der 27 nicht gewachsen, vor allem nicht bei Respektierung der inneren Einstimmigkeitsregel. Dass diese abgeschafft wird, ist freilich nicht zu erwarten. Zurzeit ist allerdings zu beobachten, dass die großen Staaten der Europäischen Union außen- und sicherheitspolitische Fragen an sich ziehen, um Europa in der internationalen Politik wenigstens ansatzweise handlungsfähig zu machen. Dabei lässt sich in diesem Bereich obendrein eine Wiederannäherung Großbritanniens an die Europäische Union beobachten, was für die künftige Position Europas ebenso im regionalen wie im globalen Rahmen wichtig ist. In diesem Prozess spielt Deutschland als bevölkerungsstärkstes und wirtschaftlich potentestes Land Europas die zentrale Rolle. Aber es muss diese Rolle mit Umsicht und Vorsicht spielen, um die anderen nicht gegen sich aufzubringen. Die aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stammenden Ressentiments bestehen nach wie vor.

Zweitens: Eine weitere Voraussetzung für die strategische Autonomie Europas ist ein Auffüllen des Portfolios der Machtsorten, in dem militärischen Abschreckungsfähigkeiten wieder eine große Bedeutung zukommt. Die konventionelle Abschreckungsfähigkeit der Europäer, zumal gegenüber Russland, muss in einem Umfang vergrößert werden, dass sie die absehbare Reduzierung der US-Fähigkeiten tendenziell

kompensieren kann. Außerdem ist politisch die Herstellung einer *europäischen* nuklearen Abschreckungskomponente vorzubereiten. Dies wird auf eine Neuverteilung bei den finanziellen Belastungen der französischen und britischen Nuklearwaffen hinauslaufen. Die Voraussetzung dafür ist ein europäisches Oberkommando über die europäischen NATO-Verbände. In der Finanzierungsfrage kommen dabei auf Deutschland erhebliche Belastungen zu, was heißt, dass es auch in dieser Frage eine Schlüsselrolle spielen wird. Es wird sich in die nukleare Abschreckungsfähigkeit Europas „einkaufen“ müssen.

Drittens: Freilich ist es mit einer Komplettierung der europäischen militärischen Fähigkeiten nicht getan, sondern zur strategischen Autonomie gehören auch eine Diversifizierung der Rohstofflieferungen und der Lieferketten, um die gerade in diesem Bereich zuletzt mehrfach aufgetretene Verwundbarkeit zu reduzieren. Dazu gehört – neben dem Schutz der kritischen Infrastruktur – unter anderem auch der Aufbau von Nahrungsmittelvorräten, die eine verlässliche Versorgung der Bevölkerung in Krisenlagen gewährleisten können. China, so wird berichtet, hat sich diesbezüglich auf eine Durchhaldedauer von einem ganzen Jahr eingerichtet und soll bestrebt sein, diese Zeitspanne demnächst noch zu verdoppeln. Die Vorsorge der anderen legt den Europäern nahe, in diesem Bereich nicht länger sorglos in den nächsten Engpass hineinzustolpern. Deutschland könnte hier den Anfang machen und auf diese Weise führend tätig werden. Eine solche Herstellung von Resilienz darf jedoch nicht auf die Nahrungsmittelversorgung beschränkt bleiben, sondern auch Industrieunternehmen sollten zu einer Abkehr von den Just-in-time-Praktiken veranlasst werden und Material, bei dem im Konfliktfall mit Engpässen gerechnet werden muss, in relevantem Umfang auf Lager halten.

Viertens: Das alles wird sich nicht bewerkstelligen lassen, ohne dass grundlegende Veränderungen im Haushalt des Bundes und der Länder vorausgegangen sind. Dazu bedarf es grundlegender Reformen und keineswegs bloß des zumeist praktizierten vorsichtigen Bewegens sogenannter Stellschrauben. Die hier skizzierte deutsche Führungsrolle bedeutet: Versagt die Berliner Regierung in diesem Bereich, so trägt sie die Hauptverantwortung, wenn Europa zum Spielball der großen Mächte wird. Das ist die Kehrseite der Deutschland zugefallenen Führungsrolle, um die man sich hierzulande wahrlich nicht gedrängt hat: dass man dann auch verantwortlich ist, wenn Europa scheitert.

Literaturempfehlung

Münkler, Herfried: Macht im Umbruch. Deutschlands Rolle in Europa und die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, Berlin 2025.

Ders.: Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Berlin 2023.

Dem Kalkül trotzen

Montenegros Vision und Staatskunst

Jakov Milatović
Geboren 1986 in
Podgorica, seit
2023 Präsident von
Montenegro.

Jahrhundertlang funktionierte das Theater der internationalen Beziehungen nach einem einzigen, weitgehend unangefochtenen Prinzip: *Ubi maior, minor cessat* – wo der Stärkere ist, weicht der Schwächere.

Das Machtspiel war das beherrschende Muster. Ressourcen, Territorium und militärische Macht bestimmten sowohl das Schicksal der Menschen als auch die Regeln, denen sie sich unterwerfen mussten, denn die Fähigkeit zum Wohlstand ging mit der Fähigkeit zur Herrschaft einher.

Doch muss sich diese Logik immer durchsetzen, oder können schwächere Akteure die Umstände dennoch maßgeblich beeinflussen? Ich glaube, es ist möglich, dass sich Macht in ihren vielen Formen zugunsten jener verschieben kann, die weniger davon besitzen. Wenn

Gewissheit auf Kreativität trifft, wenn Realpolitik in der Staatskunst einen Herausforderer findet, können kleine Staaten darauf hoffen, Asymmetrien zu nutzen und einen großen Einfluss auf die Welt und die von ihnen geknüpften Beziehungen auszuüben.

Die Gründe dafür sind sowohl struktureller als auch verhaltensbezogener Natur. Im Gegensatz zu Großmächten, die oftmals durch komplexe bürokratische Systeme und langsamere Entscheidungsprozesse belastet sind, können kleine Staaten flexibler und pragmatischer agieren. Ihre institutionellen Strukturen erlauben es ihnen, sich schneller an wechselnde politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Herausforderungen anzupassen. Zudem zwangen historische Umstände kleine Staaten häufig dazu, Strategien zur Wahrung ihrer Souveränität gegen vermeintlich unbezwingbare Widrigkeiten zu entwickeln.

Ein eigener Platz auf der Landkarte

Das montenegrinische Volk bietet dafür vielleicht eines der eindrucksvollsten Beispiele in der Geschichte: Jahrhundertlang hielt es den osmanischen Eroberern stand, indem es sein bergiges Terrain zu nutzen verstand und Guerrillataktiken entwickelte, die die eigene militärische Unterlegenheit in einen entscheidenden strategischen Vorteil verwandelten. Schlussendlich mündeten die jahrelangen Kämpfe in die internationale Anerkennung eines unabhängigen Montenegro als 27. Staat der Welt auf dem Berliner Kongress 1878. So sicherte sich Montenegro in einem Jahrhundert, das vom Kräftegleichgewicht zwischen den europäischen Großmächten geprägt war, seinen eigenen Platz auf der Landkarte.

Das Verhalten von Staaten und Staatsmännern kann über Erfolg oder Misserfolg entscheiden. Politische Tatkraft und diplomati-

scher Scharfsinn können oft mehr bewirken als die besten Waffen und selbst die schwierigsten Hürden überwinden. Führung mit klarer Vision erweitert das Spektrum des Möglichen und definiert Rollen neu. Als Konrad Adenauer sein Amt als Bundeskanzler antrat, hatte er ein Land in Trümmern vor sich, doch was die Geschichte nach ihm wahrnahm, war ein Deutschland, das auf die internationale Bühne zurückgekehrt war. Genau dieses Verhalten, das Adenauer auszeichnete, prägt den wesentlichen Unterschied zwischen bloßer Regierungsführung und echter Führungsstärke.

Die letzten Jahre in Montenegro spiegelten ähnliche Bedingungen wider – die eines Landes, das sich auf einen systemischen Wandel einlässt. In solchen Fällen erfordert erfolgreiche Staatskunst, wie sie Adenauer bewiesen hat, zwei wesentliche Voraussetzungen: Vision und Wissen – die Vision, *wohin* man gelangen will, und das Wissen, *wie* man dorthin gelangt. Beides ist von entscheidender Bedeutung für die aktuelle Lage Montenegros, das mit Blick auf seine Zukunft an einem entscheidenden Wendepunkt steht.

Die nationale Vision basiert auf Kooperation

Unsere nationale Vision fußt auf drei konkreten Säulen: Mitgliedschaft in der Europäischen Union, NATO-Mitgliedschaft und guten nachbarlichen Beziehungen in der Balkanregion.

Erstens steht Montenegro als am weitesten fortgeschrittener Kandidat im Beitrittsprozess kurz davor, bis 2028 das 28. Mitglied der Europäischen Union zu werden. Dies bietet ein für beide Seiten vorteilhaftes Szenario: Montenegro tritt dem Kreis einiger der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt bei, und die Europäische Union belebt den Erweiterungsprozess als eines ihrer wichtigsten Instrumente zur Machtprojektion in einer für ihr

internationales Ansehen entscheidenden Zeit erneut. Die Parallele zur Geschichte ist noch deutlicher: Genau 150 Jahre nach dem Berliner Kongress wird Montenegro ebenso in die nächste Phase seines politischen Lebens eintreten, wie es mehrere kleine europäische Staaten nach Erlangung der EU-Vollmitgliedschaft getan haben.

Ich habe kürzlich drei EU-Mitgliedstaaten besucht – Irland, Zypern und Estland –, deren Beispiele zeigen, was Montenegro werden kann. Estland hat seine internationale Position durch Digitalisierung und innovationsorientierte Politik gestärkt, während Irland durch die Gewinnung von Investitionen und die Integration in den europäischen Markt zu einer der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften Europas wurde. Zypern, das derzeit den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat, konnte seine diplomatische Präsenz durch aktive Beteiligung an europäischen Angelegenheiten und Engagement in den EU-Institutionen weiter ausbauen.

Zweitens ist Montenegro seit 2017 ein verlässliches Mitglied der NATO – ein wichtiger Meilenstein in unserer modernen Staatengeschichte. Doch die Mitgliedschaft selbst war nie das eigentliche Ziel. Was zählt, ist das, was nach dem Beitritt folgt: die Verantwortung, die ein Land zu übernehmen bereit ist, die Beiträge, die es leistet, und das Vertrauen, das es bei seinen Verbündeten aufbaut. Unser Ziel war es nie, einfach nur der NATO beizutreten, sondern zu beweisen, dass wir verstehen, was kollektive Sicherheit wirklich bedeutet: Verantwortung zu teilen, unsere eigenen Kapazitäten zu stärken, zu gemeinsamen Missionen beizutragen und als verlässlicher und glaubwürdiger Partner zu agieren.

Für Montenegro sind die NATO und die Europäische Union nicht zwei getrennte Wege, sondern Elemente desselben strategischen Kurses: Stabilität, demokratische Institu-

tionen, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvolles internationales Engagement. Unsere Rolle in der NATO festigt unseren europäischen Weg, während der europäische Integrationsprozess die Institutionen und die Widerstandsfähigkeit im eigenen Land stärkt. Gleichzeitig trägt ein europäisch ausgerichtetes Montenegro zur Stabilität der gesamten westlichen Balkanregion bei. Deshalb ist die europäische Integration Montenegros über seine Landesgrenzen hinaus von Bedeutung.

Schließlich ist die Ausübung einer Vorbildfunktion auf die westliche Balkanregion ein wesentlicher Bestandteil der Vision Montenegros. In einer Region, die historisch gesehen anfällig für Demokratierückschritte ist, hat sich Montenegro als Richtungsgeber etabliert, da wir bei den wichtigsten globalen Indizes bei politischen Rechten und bürgerlichen Freiheiten durchweg den ersten Platz einnehmen. Durch die aktive Teilnahme am Berlin-Prozess, die Mitgliedschaft im Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen (*Central European Free Trade Agreement*, CEFTA) und die Unterstützung des Gemeinsamen Regionalmarktes trägt Montenegro zur regionalen Zusammenarbeit bei.

Internationale Präsenz und interne Reformen

Darüber hinaus basiert unser Know-how auf einem einzigen Prinzip: Wir nutzen unsere Ziele als interne Instrumente. Der Beitritt zur Europäischen Union bedeutet, sich durch Reformen auch im Innern zu wandeln. Ein glaubwürdiger NATO-Verbündeter zu sein, bedeutet, in unsere Sicherheitskapazitäten zu investieren. Ein guter Nachbar zu sein, bedeutet, Demokratie und wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer Region zu fördern, die von ungelösten Konflikten und fragilen Demokratien geprägt ist.

Wie verstärkt nun unsere Vision unsere internationale Präsenz? Als Land mit weniger

als einer Million Einwohnern gebietet die Logik eigentlich Bescheidenheit, doch unsere Geschichte und unsere Ziele versprechen alles andere als das.

Als nächstes Land im EU-Erweiterungsprozess können wir nach mehr als einem Jahrzehnt den geopolitischen Neuanfang der Europäischen Union in einer turbulenten Weltlage begleiten, während ihre Position an ihrer Ostgrenze ständig infrage gestellt wird. Gleichzeitig ist die Aufnahme Montenegros in die Europäische Union nicht kostenintensiv, sondern eine kostengünstige, hochwertige Investition in die Stabilität und Zukunft Europas, die den anderen Beitrittskandidaten signalisieren könnte, dass die Erweiterung lebendig ist und Reformen sich lohnen. Montenegro kann zeigen, dass der europäische Weg zum Erfolg führt, und damit den gesamten Westbalkan näher an

den Ort bringen, an den er gehört: in die Europäische Union.

Internationale Präsenz wird nicht in Meilen oder Kilometern gemessen, sondern in Auswirkungen. Durch konstruktives Engagement und prinzipientreue Partnerschaften wird Montenegro weiterhin auf der politischen Bühne stehen und nicht im Publikum sitzen. Genau wie der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Keohane bereits 1969 in seinem bedeutenden Essay *Lilliputians' Dilemmas. Small States in International Politics* treffend bemerkt hat: Wenn die Liliputaner Gulliver fesseln oder ihn dazu bringen können, für sie zu kämpfen, müssen sie ebenso sorgfältig studiert werden wie der Riese. Es sind diese Bande der Zusammenarbeit, die unser Potenzial zur Geltung bringen, und mit klarer Ausrichtung wollen wir dafür sorgen, dass wir und unser Handeln von Bedeutung sind.

Die englische Originalfassung ist unter <https://kas.de/jakovmilatoviceng> abrufbar.

Die Kraftprobe

Patrick Keller
Geboren 1978 in Bonn,
promovierter Politik-
wissenschaftler,
stellvertretender
Forschungsdirektor der
Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik
(DGAP) und Leiter ihres
Zentrums für Sicherheit
und Verteidigung.

Europa im Wettstreit der Großmächte

Wenn Wünsche in Erfüllung gehen, sind Erschrecken und Frustration oftmals groß.

Das weiß man aus vielen Märchen, und das erlebt Europa derzeit in der internationalen Politik: Die multipolare Ordnung, hier ist sie nun. Aber nicht als der ersehnte, dauerhaft harmonische Ausgleich in einer Welt der faszinierenden Vielfalt, sondern als beinharte Konkurrenz, in der universelle Ideen hinter nationalen Machtinteressen zurückstehen. Statt *Pax Americana* misstrauische Großmächte, die ihre Einflusszonen abstecken, dabei großen politischen Druck ausüben und immer öfter auch militärische Gewalt anwenden.

Es überrascht nicht, dass autoritäre Staaten wie Russland und China die Welt durch eine machtpolitische Brille betrachten. Auch die USA haben das stets getan, allerdings im Sinne einer Ordnungsvorstellung, die auf den liberalen Gründungsidealen Amerikas fußte. Donald Trump und seine MAGA-Bewegung haben damit gebrochen. Wer die Nationale Sicherheitsstrategie der USA von November 2025 liest und auf Trumps rabiante Politik gegenüber Venezuela, Grönland und Iran blickt, der sieht: Dieses Amerika hat keine Idee, wie es die Welt zum Besseren gestalten will. Es lehnt vielmehr die Vorstellung ab, dass es eine internationale Ordnung gibt, die mehr ist als die Summe ihrer Teile. Jeder Einsatz für öffentliche Güter oder Institutionen, die mehr erreichen wollen als „Deals“, wird als naive Schwäche, die von anderen ausgenutzt wird, gebrandmarkt.

Eine internationale Ordnung, in der das Völkerrecht an Bedeutung verliert und multinationale Organisationen ihre normative Kraft einbüßen, geht zurück in die Rohheit der Realpolitik. Bei Thukydides hieß es sinngemäß: Die Starken tun, was sie vermögen; die Schwachen erleiden, was sie müssen. Für weite Teile der Welt, insbesondere im sogenannten Globalen Süden, ist das keine neue Erfahrung. Aber für das heutige Europa liegt darin eine tiefgreifende Veränderung. Geprägt von einer doppelten Nachkriegsordnung – nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg –, gründet das europäische Projekt auf dem Ausgleich nationaler Interessen und ist unter dem schützenden Flügel amerikanischer Macht allzu wilder Konkurrenz entwöhnt. Deswegen wirken Trumps Zollpolitik, sein Flirt mit Putin und seine territorialen Ansprüche auf Grönland tief verstörend: Sie brechen mit den Annahmen, auf denen das heutige Europa gebaut wurde.

Selbstbehauptung als Gebot der Stunde

Europäische Interessen drohen in dieser neuen Ordnung zwischen den Großmächten zerrieben zu werden. Ansätze dafür finden sich etwa im berüchtigten 28-Punkte-Plan für die Ukraine, den die Vertreter der USA und Russlands auf Kosten der europäischen Staaten ausgehandelt haben. Auch US-Präsident Trumps Idee, an der seerechtswidrigen Maut mitzuverdienen, die der Iran in der Straße von Hormus erheben wollte, weist in diese Richtung.

Selbstbehauptung ist daher für Deutschland und Europa das Gebot der Stunde. Wir Europäer müssen, mit dem Wort der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, „weltpolitikfähig“ werden. Dazu sind zwei anspruchsvolle Voraussetzungen zu erfüllen: *Erstens* müssen die Entscheidungsträger in Europa die Notwendigkeit dieser Anstrengung

einsehen, verinnerlichen und in der Bevölkerung verankern. *Zweitens* müssen die Staaten Europas ihre Machtmittel ausbauen und den Willen entwickeln, sie einzusetzen.

Das betrifft alle Politikfelder, weil die globale Machtkonkurrenz in vielen Dimensionen ausgefochten wird: militärisch, wirtschaftlich, kulturell. Deutschland und Europa müssen diesen Wettbewerb umfassend angehen. So bestand der entscheidende Makel der „Zeitenwende“ der Ampelkoalition darin, sie im Grunde auf eine Zuschussfinanzierung der Bundeswehr zu begrenzen. Das alte Prinzip der Bundespolitik, eine Herausforderung zu bewältigen, indem man sie mit Geld bewirft, funktioniert in dieser Lage nicht mehr. Nicht nur, weil die Munition der „Bazooka“ endlich ist, sondern weil das gesellschaftlich-politische Ausgliedern von Problemlösungsverantwortung an einzelne Akteure – in diesem Fall an die Bundeswehr – nicht mehr trägt. Selbstbehauptung in globaler Machtkonkurrenz erfordert eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Anstrengung.

Eingeschränkte militärische Handlungsfähigkeit

Die Gesamtschau der Machtmittel Europas bietet keinen Anlass zur Verzweiflung, im Gegenteil. Allerdings zeigt sie auch, dass Versäumnisse und strukturelle Hemmnisse der Herausbildung eines europäischen Pols entgegenstehen. Das beginnt bei der Frage, was mit „Europa“ eigentlich gemeint ist: die Europäische Union? Die europäischen NATO-Staaten? Die informelle Allianz der E3 (der bedeutendsten NATO-Mitglieder in Europa: Deutschland, Frankreich und das Vereinigte Königreich) oder E5 (Europäische Gruppe der Fünf mit den höchsten Verteidigungsetats: Polen, Deutschland, Frankreich, Italien und das Vereinigte Königreich)? Der Mangel an Kohärenz verhindert effiziente Wirkung. Langwierige Abstimmungsprozesse, Widersprüchlichkeit und Reibungsverluste gehören zwar zum vielfältigen, demokratischen Charme Europas, sind jedoch in der Auseinandersetzung mit monolithischen Mächten ein Wettbewerbsnachteil.

Die konkrete militärische Macht ist der wichtigste Maßstab zwischenstaatlicher Ordnung, und hier zeigen sich die strukturellen Nachteile Europas besonders deutlich. Zusammengekommen bieten die europäischen NATO-Staaten mehr Soldaten auf als die USA oder Russland. Gleiches gilt für Panzer und Kriegsschiffe; auch bei den Luftstreitkräften ist Europa nicht deutlich unterlegen. In der Praxis ist dieser Vergleich allerdings von geringem Wert, weil Europa seine Fähigkeiten nicht gemeinsam führen kann. Eigenständige Schlüsselfähigkeiten zur Aufklärung des Lagebilds, der Kommunikation zwischen Einheiten, der

Verlegefähigkeit und der verbundenen Gefechtsführung fehlen. Die Verteidigung Europas hat spätestens seit Gründung der NATO 1949 eine amerikanische DNA.

Angesichts der akuten Bedrohungslage und der Politik der Regierung Trump haben sich die Staaten Europas aufgerafft, den Grad ihrer Abhängigkeit zu reduzieren. Vor allem geht es darum, rasch eine glaubwürdige Abschreckung gegenüber Russland zu erreichen, also Putins Kalkül so zu beeinflussen, dass er aus Angst vor Gegenmaßnahmen keinen militärischen Angriff auf das NATO-Territorium wagt. Dazu sind in kurzer Zeit erheblich mehr einsatzbereite militärische Fähigkeiten und auch eine Anpassung an das moderne Kriegsbild notwendig: Drohnen, KI-gestützte Systeme, weltraumbasierte Fähigkeiten und weitreichende konventionelle Waffen, die Angriffe tief in das gegnerische Gebiet ermöglichen (*Deep Precision Strike*). Das ist innerhalb der NATO ausgeplant und in Fähigkeitsziele übersetzt worden. Aber die Regierung Trump erwartet eine signifikante anteilige Erhöhung der europäischen Beiträge – und Europa denkt seit dem Grönland-Schock stets mit, dass es in der Lage sein muss, seine Ziele gegebenenfalls auch ohne die umfassende Beteiligung der USA zu erreichen. Budgets, technologische Kompetenz, industrielle Basis: Über all das verfügt Europa im Grunde, zumindest als „Anfangsbefähigung“. Aber der politische Wille und die Umsetzungsprozesse sind noch nicht hinreichend – es wird immer noch zu wenig und zu langsam produziert, die militärische Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas bleibt eingeschränkt.

Ein Geist bräsiger Selbstberuhigung

Der Zwilling der militärischen Macht ist die wirtschaftliche. Sie ist die Voraussetzung nicht nur für starke Streitkräfte, sondern schafft auch staatlichen Handlungsspielraum. Bei der wirtschaftlichen Macht ist es um Europa besser bestellt als bei der militärischen: Der integrierte Wirtschaftsraum der Europäischen Union, der große heimische Markt, relative politische und rechtsstaatliche Verlässlichkeit bei exzellent ausgebildeter Bevölkerung – das alles macht Europa zu einer Weltmacht eigenen Rechts.

Zugleich schrumpft Europas Anteil am weltweiten Wohlstand und der Wertschöpfung. Der Draghi-Bericht hat 2024 schonungslos offengelegt, wie Europas Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von bürokratischen Vorgaben und falschen politischen Schwerpunktsetzungen abgewürgt werden. Diese Selbstfesselung Europas – vom Datenschutz bis zum aufgeblähten Sozialstaat – ist hausgemacht, kann also auch aus Europa heraus überwunden werden. Dass die konkreten Vorschläge Mario Draghis immer noch der Umsetzung harren und auch in Deutschland

ernsthafte Reformen immer wieder blockiert werden, lässt daran zweifeln, dass die Ernsthaftigkeit unseres Zeitalters verstanden worden ist.

Bisweilen herrscht ein Geist bräsiger Selbstberuhigung und nostalgischer Sehnsucht nach vermeintlich einfacheren Zeiten, der auch Europas dritte Machtquelle, sein kulturelles Kapital, unter die Räder zu kommen lassen droht. Europas zivilisatorischer Beitrag zur Menschheitsentwicklung bleibt ohne Vergleich, und auch heute locken das freiheitliche Gemeinwesen, der hohe Lebensstandard, die Qualität seiner Bildungsstätten und die Schönheit seiner Städte und Landschaften viele Köpfe nach Europa. Allerdings gewinnt das Narrativ von Europa als „Museum seiner selbst“ an Überzeugungskraft, je mehr wir die Dynamik vermissen lassen, die kraftvolle Kulturen auszeichnet. Wenn Europa den Anschluss an neue Technologien in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Quantencomputing und Digitalisierung weiter verschläft, wird das nicht nur ökonomische und militärische Folgen haben, sondern auch die Attraktivität der Idee Europas insgesamt beschädigen.

Schreckgespenst des reaktionären Transatlantizismus

Über die „Idee Europas“ wird im ideologischen Bürgerkrieg des Westens erbittert gerungen. Entzündet an der Migrationsdebatte, definieren Rechtspopulisten in Amerika und Europa den Westen um: weg von einem aufklärerischen, liberalen Projekt hin zu einer kulturalistischen Ahnengemeinschaft weißer christlicher Biertrinker. So zumindest lässt sich ohne übermäßige Zuspitzung die Rede des US-amerikanischen Außenministers Marco Rubio auf der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz verstehen. Blickt man auf die anstehenden Wahlen in Frankreich und Großbritannien, steht das Schreckgespenst einer Zweckgemeinschaft des reaktionären Transatlantizismus im Raum. Das wäre ein anderer Westen als das Ideal Adenauers, Churchills und Roosevelts und würde der globalen machtpolitischen Konkurrenz eine andere Richtung geben.

Es liegt deswegen auf der Hand, dass jetzt der Moment gekommen ist, das europäische Projekt auf eine neue Stufe zu heben. Mehr Gemeinsamkeit und Miteinander der Staaten Europas zu schaffen, um der autoritären Druckwelle eine eigene Gestaltungskraft entgegenzusetzen. Zugleich aber ist es der Moment, in dem das Nationale in Europa Auftrieb erfährt. Denn Handlungsfähigkeit, gerade militärisch, lässt sich am schnellsten national herstellen – insbesondere im immer noch zahlungskräftigen Deutschland. Der Zeitdruck der Bedrohungslage drängt zu nationalen Lösungen: Fähigkeiten zuerst, Abstimmungen und Synergien später.

Schwerer wiegt noch, dass der Aufbau neuer Macht das europäische Binnenverhältnis aus dem Gleichgewicht bringt. In Frankreich und

Polen nimmt man die deutsche Absicht, die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Streitkraft Europas zu machen, mit gemischten Gefühlen wahr. Während der deutsche Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit willkommen ist, entlässt die systemische Logik des internationalen Sicherheitsdilemmas niemanden.

Solche Sorgen verschärfen sich aufgrund der neuen Rolle der USA. Die europäische Einigung wäre ohne den Beitrag der Vereinigten Staaten nicht möglich gewesen. Erst die Bereitschaft Washingtons, über die NATO dauerhaft zur europäischen Macht zu werden, hat die Deutsche Frage gelöst. Keiner in Europa musste sich vor Deutschlands Übermacht existenziell fürchten, solange die USA die Hand über den Kontinent hielten. Heute muss sich erweisen, ob Amerika nur Geburtshelfer des geeinten Europas war oder seine *Conditio sine qua non* bleibt.

Wenn viele Staaten in Europa, insbesondere in der Mitte und im Osten des Kontinents, trotz der Trump-Erfahrung mehr Vertrauen in die Schutzgarantien Washingtons haben als in die Vision eines Europas, das aus Berlin und Paris geführt wird – wer wollte es ihnen verdenken? Darin liegt allerdings die Gefahr eines zerrütteten Europas, das Südostasien mehr ähnelt als der Europäischen Union: viele bilaterale Arrangements statt echten Zusammenwirkens. So ein Europa wird nicht auf Augenhöhe mit den Großmächten agieren, sondern politisch erpressbar, geteilt und beherrscht.

Das zu verhindern, ist die strategische Kernaufgabe Deutschlands. Es muss seinen Machtzuwachs nicht nur in den Dienst Europas stellen, sondern neue Ideen für die politische Steuerung und den Zusammenhalt Europas entwickeln, damit dieses die Kraftprobe mit den Großmächten bestehen kann.

„Mehr Demut wäre hilfreich“

André Hoffmann
Geboren 1958 in Basel,
Co-Chair des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum, WEF),
Vizepräsident des Aufsichtsrates der F. Hoffmann-La Roche AG.

Über wirtschaftliche Macht und einen nachhaltigen Kapitalismus

Das World Economic Forum (WEF) hat sich in den letzten Jahrzehnten zu einem Forum weltweit führender Wirtschaftsvertreter und Politiker entwickelt. Gleichzeitig erlebt die Welt durch eine neue Großmachtpolitik das Ende der Globalisierung. Welche Rolle kann das WEF künftig spielen?

Die Aufgabe des World Economic Forum wird immer wichtiger, weil die Welt fragmentierter oder – wie man sogar sagen kann – konfliktreicher wird. Wenn geopolitische Spannungen zunehmen, braucht es Räume, in denen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft miteinander sprechen. Das WEF allein kann Konflikte nicht lösen, aber es ist wohl eine der wichtigsten Plattformen in der Welt, die Dialog ermöglichen, unterschiedliche Sichtweisen akzeptieren und dadurch gleichzeitig Anstöße für neue, innovative Lösungen geben: für mehr Stabilität, Gesundheit, wirtschaftliche Resilienz und für unseren Planeten.

Foto: © 2026
F. Hoffmann-La Roche Ltd



Wie positioniert sich das WEF im Verhältnis zu anderen internationalen Organisationen?

Wir sind keine Institution mit der formalen Legitimation des internationalen Rechts wie die Vereinten Nationen oder die World Trade Organization. Unsere Stärke liegt in der Vernetzung und in der Fähigkeit, Akteure zusammenzubringen, die sonst selten am selben Tisch sitzen. Bei uns brauchen die Menschen keine formelle Zugehörigkeit. Sie müssen nur an dem von uns angebotenen Dialog interessiert sein und dann möglichst aktiv daran teilnehmen. Damit ergänzen wir klassische Institutionen, ersetzen sie aber nicht.

Die „Weltverbesserung“ zählte zu den Gründungszielen des WEF. Inwieweit ist dieser Anspruch in einer Welt, in der nur noch Macht zählt, gefährdet?

Nein, der Anspruch kann und darf nicht gefährdet sein. Wir können nicht in unserem Bestreben aufgeben, künftigen Generationen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen. Das ist unsere gemeinsame Verantwortung. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum ich mich ebenso sehr beim World Economic Forum wie auch bei Initiativen engagiere, die sich zum Ziel gesetzt haben, die planetarischen Grenzen systematischer und besser zu respektieren. Wenn Machtpolitik und Individualinteressen dominieren, entsteht manchmal der Eindruck, Kooperation sei naiv.

Ich halte das für einen Fehler. Die großen Herausforderungen – Klima, Biodiversität, soziale Stabilität – lassen sich nicht durch nationale Machtpolitik lösen.

Wie sehen Sie das Verhältnis von wirtschaftlicher und politischer Macht, und wie hat es sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt?

Wirtschaft und Politik beeinflussen sich immer gegenseitig. Neu ist die enorme globale Reichweite großer Unternehmen. Gleichzeitig erleben wir rund um den Globus die Rückkehr staatlicher Machtpolitik und Egoismen. Entscheidend ist aber, dass wirtschaftliche Macht immer mit Verantwortung einhergeht und demokratische Institutionen handlungsfähig bleiben. Nur so können wir eine kooperative Zukunft gestalten. Wir sollten dabei auch nie vergessen, dass es ohne den Respekt für die Meinung des anderen einfach nicht geht. Niemand verfügt über die Wahrheit.

Welche Themen sollte das WEF Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren setzen?

Klima und Biodiversität müssen zentral bleiben, ebenso wirtschaftliche Transformation, soziale Kohäsion und eine verantwortungsvolle Technologieentwicklung, insbesondere im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Die entscheidende Frage lautet: Wie schaffen wir Wohlstand innerhalb planetarischer Grenzen? Ich bin davon überzeugt, dass uns dies nur gelingen wird, wenn wir es schaffen, nicht nur die finanziellen Aspekte in unsere Kalkulationen einzubeziehen, sondern etwa auch unserer Natur einen messbaren Wert zuerkennen. Wir müssen Transparenz über die Kosten des Handelns insgesamt erreichen.

Manche kritisieren, das Weltwirtschaftsforum werde zu stark von den Amerikanern dominiert. Ist das richtig?

Wie kommen Sie denn darauf? Nur weil beim letzten Mal der Präsident der Vereinigten Staaten dort eine Rede gehalten hat? Der kanadische Ministerpräsident, der deutsche Bundeskanzler, der ukrainische und der französische Präsident waren ebenfalls dort – vielleicht mit etwas weniger medialer Aufmerksamkeit. Aber natürlich ist es wichtig, dass auch die Regierung und die Wirtschaft der größten Wirtschaftsmacht der Welt bei einem Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos dabei sind. Wie sollten wir ohne sie Lösungen finden können?

Ist das Thema Nachhaltigkeit in Davos in den Hintergrund gerückt?

Das glaube ich nicht. Ich sehe eher eine differenzierte zeitliche Staffelung der Prioritäten, mit denen wir uns derzeit auseinandersetzen müssen. Kurzfristig sehen die Führungskräfte, die sich einmal im Jahr in Davos treffen, eine Dominanz der geopolitischen Herausforderungen.

Das gilt etwa für Krisen wie Kriege, die globale Energieversorgung oder die Inflation. Das ändert aber nichts daran, dass sie ebenfalls überzeugt sind, dass auf mittlere und lange Frist das Thema Nachhaltigkeit dominant und gleichzeitig eine fundamentale wirtschaftliche Frage ist. Wer sie als Nebenthema behandelt, verkennt die Realität.

Sie selbst engagieren sich seit Jahrzehnten für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Diversität. Was treibt Sie persönlich an?

Die Überzeugung, dass wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftliche Verantwortung kein Widerspruch sind, sondern Hand in Hand gehen müssen. Wir leben von natürlichen Systemen, stabilen Gesellschaften und Vertrauen. Wenn wir diese Grundlagen zerstören, zerstören wir langfristig auch wirtschaftlichen Erfolg und – das ist mir besonders wichtig – unseren eigenen Planeten.

Ihr Vater, Luc Hoffmann, unterhielt seit Mitte der 1950er-Jahre eine ornithologische Forschungsstation im Rhone-Delta, später war er Mitgründer des WWF. Inwieweit hat Sie das Engagement Ihres Vaters für den Umweltschutz geprägt?

Mein Vater hat mir vermittelt, dass wir Teil der Natur sind und nicht außerhalb von ihr stehen. Sein Engagement war nie ideologisch, sondern wissenschaftlich und praktisch geprägt. Seine Perspektive beeinflusst mich bis heute.

Sie haben gemeinsam mit Peter Vanham ein Buch über „Die neue Natur des Wirtschaftens“ vorgelegt. Was muss sich für ein „natürliches“ Wirtschaften ändern?

Wir müssen aufhören, Natur als kostenlose Ressource und Umweltfolgen als externe Kosten zu behandeln. Unser Wirtschaftssystem misst manches sehr präzise – kurzfristige Gewinne etwa –, ignoriert aber zentrale Werte wie Ökosysteme, Resilienz oder gesellschaftliches und soziales Vertrauen. Das muss sich ändern.

Angesichts von Umweltzerstörungen und Klimakrise: Hat der Kapitalismus versagt?

Nein, der heutige Kapitalismus hat den Menschen einen Wohlstand und eine Lebensqualität gebracht, die vor fünfzig Jahren unvorstellbar waren. Aber eine Form des Kapitalismus, die nur kurzfristige finanzielle Rendite maximiert und ökologische wie soziale Kosten ausblendet, funktioniert nicht nachhaltig. Die Frage ist nicht Kapitalismus oder nicht, sondern welche Form von Kapitalismus wir wollen. Und wie wir den Kapitalismus so weiterentwickeln, dass wir für Generationen und Tausende von Jahren nach uns eine lebenswerte Welt hinterlassen.

Warum kritisieren Sie die Aussage des Ökonomen Milton Friedman „The business of business is business“?

Friedman hat uns sicher wichtige Erkenntnisse zur Funktionsweise der Märkte hinterlassen. Aber ich denke, dass er seine Thesen in einem Raum definiert hat, der der realen Welt nicht ausreichend entspricht. Nicht alles lässt sich über freie Märkte regeln, schon allein deswegen, weil nach unseren bisherigen Mechanismen nicht alles ausreichend gemessen wird. Unternehmen existieren nicht im luftleeren Raum. Sie profitieren von Infrastruktur, Bildung, Rechtsstaatlichkeit und natürlichen Ressourcen. Daraus ergibt sich Verantwortung gegenüber allen sogenannten Stakeholdern und nicht nur gegenüber den Aktionären.

Wie würden Sie die Rolle von Unternehmen, Politik und Staat definieren und unterscheiden?

Unternehmen müssen Innovation und Transformation vorantreiben und so einen Mehrwert für all ihre Stakeholder schaffen, seien dies Mitarbeitende, Investoren, Eigentümer, Kunden oder – wie bei Roche – Patienten. Politik muss klare Rahmenbedingungen setzen, Fehlanreize korrigieren und langfristige Orientierung schaffen. Der Staat ist nicht Gegner der Wirtschaft, sondern im besten Falle Teil eines funktionierenden Systems einzelner Nationen. Die Politik hat die Aufgabe, dass das System langfristig für die Menschen und die Unternehmen funktioniert.

Die Vermögensungleichheit nimmt weltweit zu. Menschen, die viel Geld haben, verfügen auch über immer mehr Macht. Sollten sie sich stärker engagieren?

Ein klares Ja. Mit Vermögen kommt Verantwortung. Das bedeutet nicht nur Philanthropie, sondern auch die Frage, wie Kapital investiert wird, welche Geschäftsmodelle unterstützt werden und welchen gesellschaftlichen Beitrag man leistet. Und wie nun durch die Künstliche Intelligenz die neuen Technologien in den Dienst der Menschen und nicht nur in den Dienst der eigenen Vermögensmehrung gestellt werden.

Wie schätzen Sie das Ansehen der globalen Elite ein?

Das Vertrauen in die globale Elite ist leider zurzeit vielerorts gering – und das aus oft nachvollziehbaren Gründen. Menschen erleben Ungleichheit, Unsicherheit und das Gefühl mangelnder Teilhabe. Eliten können Vertrauen nicht einfordern, sie müssen es durch verantwortliches Handeln verdienen. Mehr Demut wäre dabei sehr hilfreich.

Die Fragen stellte Ralf Thomas Baus am 11. Mai 2026.

Zum Weiterlesen

Hoffmann, André / Vanham, Peter: Die neue Natur des Wirtschaftens. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Wohlstand, München 2024.

Wider die Gleichgültigkeit

Ein Plädoyer für Meinung und das richtige Streiten

Annegret Kramp-Karrenbauer

Geboren 1962 in Völklingen, Ministerpräsidentin des Saarlandes a. D., Bundesverteidigungsministerin a. D., 2018 Generalsekretärin der CDU Deutschlands, 2018 bis 2021 Vorsitzende der CDU Deutschlands, seit 2026 Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist [...] eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt“,¹ heißt es im Lüth-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1958. Es „ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“. Meinungsfreiheit ist demzufolge eine, wenn nicht *die* Grundvoraussetzung der freiheitlichen Demokratie.

Meinungsfreiheit ist konstitutiv für politische Willensbildung, da demokratische Legitimation auf informierter Zustimmung beruht. Ohne freien Zugang zu unterschiedlichen Positionen verengt sich der Diskurs, was die Qualität kollektiver Entscheidungen beeinträchtigt. Meinungsfreiheit sichert somit nicht bestimmte Inhalte, sondern die Verfahren, mittels derer demokratische Gesellschaften Kontroversen austragen, Konflikte regeln und Veränderungen gestalten.

Meinung ist nicht voraussetzungslos, sondern sie bedingt Haltung im Sinne einer grundlegenden normativen Orientierung, die bestimmt, was relevant ist, welche Maßstäbe gelten und nach welchen Kriterien Urteile gefällt werden. Sie ist Bindeglied zwischen Wahrnehmung

und Urteil und verleiht einer Meinung Richtung, Nachvollziehbarkeit und Verantwortlichkeit. Erst wer eine Haltung hat, ist in der Lage, eine Meinung zu haben, sie zu verteidigen oder zu ändern.

Unsere Demokratie benötigt nicht bloße Ansichten, sondern Haltungen, die begründbar und kritisierbar sind. Wo Haltung fehlt, verflüchtigt sich Meinung zur Gleichgültigkeit, und der öffentliche Diskurs verliert seine normativen Konturen.

Die stille Erosion der Streitbarkeit

Es gebe, so mahnt Michel Friedman, „zu viele Menschen in diesem Land, denen es egal ist, was zurzeit mit unserem politischen System passiert. Die größte Gefahr für die Demokratie geht weniger von den extremen Rändern aus, sondern von gleichgültigen Demokraten in der Mitte, die nicht den Anfängen wehren“.² Diese Indifferenz ebnet den Weg für die schleichende Erosion unserer Demokratie, für das stille Akzeptieren dessen, was eigentlich Widerspruch verlangt. Wo Gleichgültigkeit herrscht, fehlt eine Haltung, die die Demokratie lebendig hält. Und wer unserer Demokratie Gleichgültigkeit entgegenbringt, überlässt sie am Ende jenen, die sie verachten.

Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist eine falsch verstandene Toleranz, die zunehmend verwechselt wird mit dem Verzicht auf Bewertung, Widerspruch und Positionierung. Dabei ist Toleranz ihrem Ursprung nach gerade *nicht* wertneutral: Sie setzt Ablehnung voraus. Wir tolerieren, was wir selbst als falsch, problematisch oder fremd empfinden; was unserer eigenen Überzeugung entspricht, müsste von vornherein nicht toleriert werden. Wenn Toleranz jedoch so ausgelegt wird, dass jede Form von Ablehnung, Kritik oder Grenzziehung nicht mehr zulässig ist, verliert sie ihre Wirkungsmacht. Die Folge ist dann nicht mehr

Akzeptanz, sondern Gleichgültigkeit: Wenn alles zu akzeptieren ist, dann ist am Ende nichts mehr relevant.

Toleranz bedeutet vielmehr, die eigenen Überzeugungen klar und mit Nachdruck zu vertreten und dem Gegenüber den Respekt entgegenzubringen, dass auch seine Ansicht Anspruch auf Gültigkeit erheben kann. Toleranz verlangt nicht den Verzicht auf Haltung, sondern die Fähigkeit, Differenzen auszuhalten. Joachim Gauck hat dies prägnant beschrieben: „Toleranz fordert, die Andersartigkeit eines anderen auszuhalten, obwohl mich seine Meinung, sein Verhalten, sein Lebensstil, unter Umständen ganz einfach seine Existenz irritieren, ärgern oder gar wütend machen – auf jeden Fall: stören. Toleranz ist insofern eine Zumutung. Sie ist – anders, als oft unterstellt – gerade nicht identisch mit Gleichgültigkeit, Desinteresse oder Laissez-faire.“³ Toleranz bedeutet nicht, Meinungsunterschiede zu nivellieren oder Konflikte zu meiden, sondern sie argumentativ zu bearbeiten und im Zweifel auszuhalten. Wer aus Angst vor Spaltung jede Positionierung vermeidet, schwächt den demokratischen Zusammenhalt, denn ohne Konflikt gibt es keine Klarheit über Interessen und Alternativen.

Toleranz ist unbequem, doch sie ist einzigartiger Ausdruck unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung. Demokratie lebt von Haltungen und Meinungen; sie lebt vom Streit um Alternativen und Kompromisse, von der Austragung normativer Konflikte und vom Glauben an politische Wirksamkeit. Meinungen, Meinungsverschiedenheiten und auch

¹ Bundesverfassungsgericht, BVerfGE 7, 198 (208), Urteil vom 15.01.1958.

² Florian Eichel: „Die größte Gefahr sind gleichgültige Demokraten in der Mitte“. Interview mit Michel Friedman, in: Die Zeit online, 29.08.2025 [zitiert lt. Original].

³ „Die offene Gesellschaft und die Grenzen der Toleranz“. Vorlesung von Joachim Gauck anlässlich der Johannes Gutenberg-Stiftungsvorlesung am 22.06.2021.

Empörung sind Ausdruck bürgerlicher Interessen und politischer Beteiligung. Wenn aber Empörung als unangemessen gilt, Kontroversen als gesellschaftliches Risiko wahrgenommen werden, Angst vor Shitstorm herrscht, ziehen sich Bürger ins Private zurück. Engagement weicht dann Beobachtung, und Haltung wird durch Achselzucken ersetzt.

Hinzu tritt ein verbreitetes Gefühl politischer Ohnmacht. In alltäglichen Begegnungen, persönlichen Gesprächen, aber auch in Umfragen wird zunehmend dieselbe Haltung sichtbar: Alles sei letztlich egal, man könne ohnehin nichts bewirken, als Einzelner spiele man keine Rolle. Komplexe Entscheidungsprozesse, diffuse Verantwortlichkeiten und globale Abhängigkeiten nähren das Gefühl, individuelles Handeln bleibe folgenlos. Die Auffassung, man könne nichts ändern, fußt dabei weniger auf persönlichen Erfahrungen, sondern dient eher als Rechtfertigung für Rückzug. Gleichgültigkeit wird zur Selbstschutzstrategie in einer als überfordernd empfundenen Wirklichkeit.

Die entscheidende Frage lautet nicht, ob wir zu wenig tolerant sind, sondern ob wir bereit sind, uns wieder engagiert einzubringen und ernsthaft zu streiten. Aufregen sollte uns weniger der laute Widerspruch als seine zunehmende Abwesenheit. Eine Demokratie, in der alles gleichgültig wird, verliert nicht plötzlich ihre Institutionen, sondern ihre Bürger.

Die Verabsolutierung der eigenen Meinung

Die Erosion der Streitbarkeit wird noch verstärkt durch die zunehmend kategorische Ablehnung anderer, der eigenen Meinung entgegenstehender Auffassungen.

Vielfalt und Pluralismus sind Stärken demokratischer Gesellschaften; dennoch verengt sich der Raum des Sagbaren. Dabei wird nicht der Meinungsraum an sich beschnitten,

nicht das Recht auf Meinungsäußerung wird eingeschränkt, sondern die Bereitschaft, anderen dieses Recht zuzugestehen. Akzeptanz für gegenläufige Positionen schwindet, und die eigene Sichtweise wird absolut gesetzt. Immer öfter gilt: Meine Meinung zählt und ist die einzig richtige – keine andere. Die *Süddeutsche Zeitung* formulierte im Januar jedoch zu Recht: „Nicht nur nette Meinungen sind Meinungen. Auch üble Meinungen sind Meinungen. Das Wort ‚Meinung‘ im Grundgesetz-Artikel 5 meint einfach: alle Meinungen.“⁴

Wird die Legitimität abweichender Meinungen grundsätzlich infrage gestellt, verschiebt sich der Charakter gesellschaftlicher Debatten. Das Gegenüber wird vom legitimen Kontrahenten zum moralisch diskreditierten Gegner – zum Feind, mit dem man nicht diskutiert, sondern den man bekämpft.

Verschiedene Faktoren begünstigen diese Entwicklung. Digitale Öffentlichkeiten fördern Echokammern, in denen sich Überzeugungen gegenseitig bestätigen, verstärken und radikalisieren. Zugleich erleben viele Themen eine zunehmende Moralisierung: Positionen gelten nicht mehr als problematisch oder umstritten, sondern als inakzeptabel oder gefährlich. Wer widerspricht, stellt sich außerhalb des moralisch Erlaubten – so die Logik.

Die Verabsolutierung der eigenen Meinung erzeugt dabei politische Paradoxien. Einerseits wird kompromissloser Anspruch auf Wahrheit erhoben, andererseits schwindet die Fähigkeit zum politischen Kompromiss. Politik wird nicht mehr als Prozess kollektiver Willensbildung verstanden, sondern als Durchsetzung von als objektiv empfundenen Wahrheiten. Damit verliert sie ihre integrative Funktion. Wo keine Anerkennung legitimer Gegensätze mehr

⁴ Ronen Steinke: „Menschen haben nun mal Meinungen – auch unerfreuliche“, in: Süddeutsche Zeitung, 08.01.2026, S. 9.

existiert, verkommt Streit zur Konfrontation ohne Akzeptanz- und Kompromissbereitschaft. Langfristig hat diese Haltung gravierende Folgen: Sie untergräbt Vertrauen in demokratische Verfahren, entwertet parlamentarische Aus handlung und stärkt populistische Narrative. Im schlimmsten Fall stirbt die Demokratie: „Die Verabsolutierung des eigenen Weltbilds führt immer ins Autoritäre.“⁵

Die zentrale Herausforderung besteht darin, Akzeptanz nicht mit Zustimmung zu verwechseln. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, Recht zu behalten, sondern widersprechen zu dürfen und Widerspruch zu erfahren. Nur wenn unterschiedliche Positionen als prinzipiell legitim anerkannt werden, erfüllen politische Debatten ihre produktive Funktion. Sonst droht demokratische Öffentlichkeit zur Bühne unversöhnlicher Streitereien und ideologischer Kämpfe zu werden, die weder konstruktiv noch zielführend, sondern polemisch und feindselig sind.

Streitfähigkeit als gesellschaftliche Lernaufgabe

Die erodierende Streitbarkeit und gleichzeitige Verabsolutierung der eigenen Meinung schwächen die demokratische Öffentlichkeit doppelt. Wo Kontroversen vermieden werden, verflacht der Diskurs; wo Positionen absolut gesetzt werden, verhärten sich Fronten. Beides führt zum gleichen Ergebnis: Der politische Raum verliert seine Fähigkeit zu Verständigung, Aushandlung und gemeinsamer Problemlösung. Diese Entwicklung ist allerdings nicht unumkehrbar.

Demokratie ist keine konfliktfreie Ordnung, sondern ein Verfahren zur zivilisierten Austragung von Konflikten. Sie ist darauf angewiesen, dass Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Haltung zu zeigen, Meinungen zu formulieren und diese öffentlich zu vertreten – ebenso wie darauf, anderen Positionen mit

grundsätzlicher Anerkennung zu begegnen. Haltung ohne Dialog führt zur Ideologie; Dialog ohne Haltung wiederum zur Beliebigkeit. Erst ihr Zusammenspiel ermöglicht politische Debatten, die zugleich engagiert und offen sind.

Streitfähigkeit ist daher keine individuelle Charakterfrage, sondern eine gesellschaftliche Lernaufgabe. Sie verlangt die Veränderung unserer Debattenkultur, in der Widerspruch nicht als Angriff, sondern als demokratische Normalität verstanden wird. Dazu gehört die Einsicht, dass Meinungsfreiheit nicht heißt, die eigene Meinung sei die einzig wahre, sondern die Bereitschaft einschließt, sich Kritik auszusetzen und eigene Überzeugungen zu überprüfen. Akzeptanz anderer Meinungen bedeutet dabei nicht Zustimmung, sondern die Anerkennung ihrer Legitimität im pluralistischen Gefüge. Gesellschaftliche Konflikte werden nicht verschwinden und politische Herausforderungen nicht kleiner werden. Ob es gelingt, sie im Sinne des Gemeinwohls zu bewältigen, hängt entscheidend davon ab, ob wir wieder zu streiten bereit sind.

Hape Kerkeling hat es im Januar 2026 anlässlich des Amtswechsels des Vorsitzes der Konrad-Adenauer-Stiftung deutlich gesagt: „Diese Demokratie ist nicht selbstverständlich, und wir müssen laut darüber nachdenken, nicht nur, wie wir sie erhalten können, sondern auch wie wir sie verbessern, erfrischen und reformieren können.“⁶ Eine Demokratie, der dies gelingt, sichert ihre Zukunftsfähigkeit. Weder Gleichgültigkeit noch moralische Abschottung sichern ihr Überleben, sondern nur der bewusste, offene und verantwortliche Streit um das, was unsere Gesellschaft sein soll.

⁵ Benedict Neff: „Der Ungeist der Cancel-Culture“, in: Neue Zürcher Zeitung, 27.09.2025, S. 1.

⁶ Hape Kerkeling: „Tschö, Norbert“, in: Süddeutsche Zeitung, 02.02.2026, S. 10 [zitiert lt. Original].

Mehr Achtung als Einfluss

Norbert Seitz
Geboren in Wiesbaden,
promovierter Politik-
wissenschaftler, freier
Hörfunkjournalist beim
„Deutschlandfunk“.

Parteiintellektuelle in der CDU

Am Ende seiner Zeit als Vorsitzender der CDU-Grundsatzprogrammkommission stellte Richard von Weizsäcker ernüchtert fest, dass man als geistiger Arbeiter in einer Partei allenfalls mit Achtung, aber nicht mit viel Einfluss rechnen könne.¹ Diesen Eindruck bestätigt auch Helmut Kohl in seinen Erinne-

rungen: „Ich selbst war vor der Übernahme des höchsten Partei amts lange Jahre mit der Programmarbeit der CDU beschäftigt gewesen, die aber in weiten Teilen der Partei als Nebensache galt.“² Dies deckt sich im Übrigen mit dem Urteil des Vorzeigeeintellektuellen der Konkurrenzpartei, des SPD-Politikers Carlo Schmid, der den Typus des Parteiintellektuellen ironisch als redundante „Planstelle für Geist, Theorie und Lehrer“³ umschrieben hat.

Zum pragmatischen Selbstverständnis der Union gehörte es zunächst, eher mit Aktionsplänen aufzuwarten, die für größere Aufmerksamkeit sorgten als die eigentlichen Grundsatzprogramme von Ludwigshafen 1978, Hamburg 1994 oder Hannover 2007. Auch wenn sich die Partei lange Zeit ein Parteiprogramm verkniß und mit dem Erfolgslabel der *Mitte* alle ideologischen Gräben zu überwinden glaubte, gab es dennoch eine stattliche Reihe von intellektuellen Köpfen, die programmatische Akzente setzten und interne Debatten vorantrieben. Die Skala reicht vom Linkskatholiken Eugen Kogon bis hin zum bürgerlich-konservativen Juristen Franz Böhm. Für sie galt ebenso wie für die herausragenden Vordenker der Konkurrenz – Richard Löwenthal oder Peter Glotz in der SPD oder die Liberalen Ralf Dahrendorf und Werner Maihofer –, dass geistige Produktivität auch in einem Tendenzbetrieb wie in einer demokratischen Partei nur bei weitgehender Unabhängigkeit entstehen kann.

Drei Qualifikationen zeichnen Parteiintellektuelle im Allgemeinen aus: analytisch-diagnostische Fähigkeiten, eine konzeptionelle Kompetenz sowie innere Unabhängigkeit beziehungsweise kritische Distanz gegenüber der Funktionärswelt. Meist gilt für sie, wie es Kurt Biedenkopf formulierte: „Für mich war eine Partei nie eine Heimat, sondern eine Organisation mit dem Ziel, Menschen handlungsfähig zu machen, die im gleichen Sinne politisch auf das Gemeinwesen einwirken wollen und auf seine Gestaltung.“⁴ Im Folgenden sei exemplarisch auf einige Parteiintellektuelle und ihre Projekte im Raum zwischen Geist und Macht verwiesen.

Rüdiger Altmann hat die Ausgangssituation seiner intellektuellen Weggefährten im bürgerlichen Umfeld so umschrieben: „Es ist schwierig, sich eines verächtlichen Mitgefühls zu erwehren, wenn man die Amateur-Ideologen des Konservatismus an der Arbeit sieht, wie sie mit archäologischer Passion die Scherben von Töpfen zusammenleimen, in denen niemand mehr politische Mahlzeiten kochen wird.“⁵

Freier Markt und sozialer Ausgleich

In den Anfangszeiten der CDU war mit Alfred Müller-Armack ein Gelehrter wichtig, der in der Öffentlichkeit nie groß in Erscheinung getreten ist, obwohl er publizistisch doch den größten Erfolg aufzuweisen hatte. Denn auf ihn, den Nationalökonom, passionierten Kulturosoziologen und Max Weber-Experten, geht die begriffliche Integrationsformel der „Sozialen Marktwirtschaft“ zurück, die er inhaltlich gemeinsam mit Ludwig Erhard, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Walter Eucken prägen sollte.

1 Richard von Weizsäcker: Vier Zeiten. Erinnerungen, Berlin 1997, S. 240.

2 Helmut Kohl: Erinnerungen 1990-1994, München 2007, S. 658.

3 Siehe Norbert Seitz: „Parteiintellektuelle – Ein Reigen entschwundener Geister“, in: Frank Etrich / Dietmar Herz: Peter Glotz – Fechtmeister und Sänger. Die Rolle von politischen Intellektuellen im Zeitalter der Postdemokratie, Erfurt 2018, S. 135 ff.

4 Peter Köpf: Der Querdenker Kurt Biedenkopf. Eine Biografie, Frankfurt am Main 1999, S. 96.

5 Rüdiger Altmann: Späte Nachricht vom Staat. Politische Essays, Stuttgart-Degerloch 1968, S. 47 f.

6 Alfred Müller-Armack: „Soziale Marktwirtschaft“, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Band 9, Stuttgart 1953, S. 390-392.

7 Rüdiger Altmann, a. a. O., siehe Rn. 5, S. 27 f.

8 Rainer Barzel: Ein gewagtes Leben. Erinnerungen, Stuttgart/Leipzig 2001, S. 201 f.

Dieser Begriff war für die CDU kein ideologischer Selbstläufer, denn die Bandbreite an wirtschaftspolitischen Vorstellungen reichte damals in der Union von Eugen Kogons „Frankfurter Leitsätzen“ über das legendäre „Ahlener Programm“ bis zu den „Düsseldorfer Leitsätzen“, also von christlich-sozialistischen bis zu bürgerlich-wirtschaftsliberalen Vorstellungen. Müller-Armack schuf ein neues Ordnungsmodell von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, das einen Mittelweg zwischen Kollektivismus und Kapitalismus suchte, um „das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“.⁶ Die Schaffung und Garantie des sozialen Ausgleichs sollte nach Müller-Armack, dem Leiter der Grundsatzabteilung in Erhards Bundeswirtschaftsministerium, Aufgabe des Staates sein.

Auf dem Erfolgskurs der Sozialen Marktwirtschaft verharnte die Union lange in ihrem programmabstinenten Stolz, ein sogenanntes *Godesberg à la SPD* anno 1959 nicht nötig zu haben. Deshalb reagierte die Partei irritiert, als Bundeskanzler Ludwig Erhard auf dem Düsseldorfer Wahlparteitag 1965 ein Konzept mit dem Titel „Formierte Gesellschaft“ vorstellte, das Rüdiger Altmann zusammen mit dem Publizisten Johannes Gross – beide Erhards Berater im sogenannten Vorhof der Macht – entwickelt hatte. Es ging davon aus, „dass sich arbeitsteilige Wirtschaftsprozesse nur dann reibungslos vollziehen, wenn jede ökonomische Entscheidung vom Bewusstsein „der schicksalhaften Verbundenheit aller mit allen“⁷ getragen werde. Doch diese Botschaft verfiel nicht. Vermisst wurde ein Hinweis auf das christliche Weltbild, andere – darunter auch Ex-Kanzler Konrad Adenauer – sahen gar das Erfolgslabel der Sozialen Marktwirtschaft verdrängt. So habe „Die Formierte Gesellschaft“ – wie Rainer Barzel in seinen Erinnerungen schreibt – „mehr verwirrt als Erneuerung gebracht“.⁸

„Tendenzwende“ als geistige Gegenbewegung

In den frühen 1970er-Jahren provozierten die Studentenrevolte und der sozialliberale Machtwechsel in Bonn eine bürgerliche Gegenoffensive wider den linken Zeitgeist – die „Tendenzwende“. Dabei stand die Renaissance des Lehrfaches Geschichte anstelle der vorübergehenden Dominanz eines gesellschaftstheoretischen Paradigmas im Vordergrund. Außerdem wurde Front gegen eine linke Emanzipationspädagogik und ihre Gesamtschulen gemacht, was 1978 im Wissenschaftskongress „Mut zur Erziehung“ gipfeln sollte.

Protagonist dieser kämpferischen „Tendenzwende“ war der am 8. Juni 2026 verstorbene Hans Maier, Politologe, engagierter Katholik und Kultusminister in Bayern. Er fasste während der stürmischen Zeit

von *Achtundsechzig*, als die Politisierung des Lehrbetriebs ins Kraut schoss, den Entschluss: „Diesen Leuten überlasse ich nicht die Universalität. Ich werde eine Gegenbewegung organisieren.“⁹ So gründete er 1970 – auch mit sozialdemokratischen Professoren – den „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Peter Glotz, als früherer Wissenschaftssenator von Berlin Maiers sozialdemokratischer Gegenspieler in der Kultusministerkonferenz, attestierte ihm respektvoll: „Wenn einer das Verdienst beanspruchen kann, die Meinungsführerschaft der Linken in der Bildungspolitik gebrochen zu haben, dann dieser hochgebildete Bauernsohn aus dem Badischen [...]. Vor allem aber hatte er den Mut, Worte in den Mund zu nehmen, die [Mitte der siebziger Jahre] als reaktionärer Unsinn galten: Erziehung, Forschung, akademische Atmosphäre, Exzellenz. Maier gab dem Bürgertum – oder was davon übriggeblieben war – seine Sprache zurück.“¹⁰

Während Hans Maier die „Tendenzwende“ als geistige Gegenbewegung verstand, traten Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler mit ihren Konzepten in eine offene gesellschaftspolitische Konkurrenz zur Linken. Unter dem Parteivorsitz des jungen Helmut Kohl begann 1973 der Übergang der Union von der Honoratioren- zur Programm- und Mitgliederpartei. Das Verständnis von Solidarität geriet zum wichtigsten Streitpunkt in der grundsatzprogrammatischen Auseinandersetzung mit der SPD, und darüber hinaus fand eine zähe bildungspolitische Kontroverse über Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit statt. Im Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ ging es darum, Begriffe zu besetzen; die Sprache war zu einem wichtigen strategischen Mittel geworden.

Die Theorie der „Schweigespirale“

Ebenso entdeckten die Unions-Kanzler schon früh die Meinungsforschung, ohne sich von ihr abhängig zu machen. Eine wichtige Beratungsfunktion nahm dabei die Gründerin des Allensbach-Institutes, Elisabeth Noelle-Neumann, wahr. Wie sehr Helmut Kohl von ihr überzeugt war, beschreibt der Zeithistoriker Hans-Peter Schwarz in seiner Kohl-Biographie: „So lässt er sich immer wieder von ihrer subtilen Argumentation in Bann schlagen. Über vierzig Jahre hinweg wird er stolz darauf sein, dass diese gescheite und eigenwillige Frau zum Kreis seiner engsten Berater gehört.“¹¹ Als intellektuelle Figur, die der Union nahestand, entwickelte die Demoskopin Noelle-Neumann in den 1970er-Jahren die Theorie der „Schweigespirale“, wonach Menschen ihre Meinung für sich behalten, wenn sie sich in der Minderheit glauben – häufig aus Angst vor sozialer Isolation.

Nachdem Kurt Biedenkopf bereits zuvor der Linken in der Mitbestimmungsdebatte das Feld nicht überlassen wollte, erfand er –

9 Hans Maier: Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff., München 2011, S. 162.

10 Peter Glotz: Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers, Berlin 2005, S. 142.

11 Hans-Peter Schwarz: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 209.

12 „Mannheimer Erklärung der CDU“, in: Siegfried Hergt (Hrsg.): Parteiprogramme. Ergänzungsband, Leverkusen-Opladen 1975; siehe auch Konrad-Adenauer-Stiftung: Mannheimer Erklärung. Unsere Politik für Deutschland 1975, S. 91, www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=6bbbb6af-026d-e4f2-52c2-fb18318e4096&groupId=252038 [letzter Zugriff: 18.05.2026].

13 Kurt Biedenkopf, in: Peter Köpf, a. a. O., siehe Rn. 4.

14 Zitiert aus Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“, München 1988, S. 28.

15 Ebd., S. 69.

zusammen mit Heiner Geißler und dessen Überlegungen über eine „neue Armut“ – die „Neue Soziale Frage“, die Eingang in die „Mannheimer Erklärung der CDU“¹² von 1975 fand. Sie formulierte gleichsam eine Antwort auf das etatistische Modernisierungskonzept der SPD, das im gleichen Jahr – ebenfalls auf einem Mannheimer Parteitag – als „Orientierungsrahmen ’85“ verabschiedet worden war. Darin sollte gesellschaftlichen Randgruppen ohne Lobby mehr Geltung gegenüber dem Großgruppenkorporatismus verschafft werden. Denn zum Konflikt zwischen Kapital und Arbeit sei der Konflikt zwischen organisierten und nichtorganisierbaren Interessen getreten, betonte Kurt Biedenkopf: „Für uns hat der Staat den Auftrag, die Verteilung dessen, was wir alle gemeinsam erarbeiten, nicht danach zu steuern, wie laut organisierte Gruppen schreien oder welche Ansprüche sie an die Verteilung stellen, sondern nach [...] den Konzepten der sozialen Gerechtigkeit die autonomen Gruppen und Verbände in das Ganze, das Gemeinwohl einzuordnen.“¹³ Später musste Kurt Biedenkopf indes einräumen, dass Ludwig Erhard mit seiner ordnungspolitischen Standpauke nicht ganz falsch gelegen habe, die „Neue Soziale Frage“ würde nur eine neue verteilungspolitische Offensive eröffnen.

Die geistig-moralische Wende

Als Helmut Kohl 1982 Kanzler wurde, richtete sich seine Regierungsbotschaft einer „geistig-moralischen Wende“ beziehungsweise „Herausforderung“ nicht nur gegen die kulturellen Folgen von *Achtundsechzig*, sondern auch, was oft vergessen wurde, gegen ein positivistisch verkürztes Politikverständnis, wie es von seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt in Abgrenzung zu Willy Brandts eher missionarischem Regierungsstil vertreten worden war.

Intellektueller Antreiber einer geistig-moralischen Wende war der Erlanger Historiker Michael Stürmer, der betonte, dass jeder moderne Staat, auch die Bundesrepublik, einer „höheren Sinnstiftung“ bedürfe, „die nach der Religion bisher allein Nation und Patriotismus zu leisten imstande waren“.¹⁴ Er bedauerte „den Mangel an Stolz“ auf das, was seit 1945 im westlichen Teil des geteilten Deutschlands geleistet worden sei. Um Abhilfe zu schaffen, lautete seine Empfehlung hinsichtlich Kohls erster Regierungserklärung, die Zukunft gewänne nur, „wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet“.¹⁵ Damit war eine neue Disziplin geschaffen – die Geschichtspolitik, heftig in Zweifel gezogen vom politischen Gegner und Teilen der Historikerkunft, vor allem während des umstrittenen Gedenkens zum 8. Mai im Jahr 1985 auf dem Bitburger Soldatenfriedhof und der Historikerdebatte um die Singularität von Auschwitz in den Jahren danach.

Als Rita Süßmuth Mitte der 1980er-Jahre die Bonner Bühne betrat, beherrschten Heiner Geißlers reformkonservative Modernisierer weitgehend das gesellschaftspolitische Terrain. Vordenker wie Warnfried Dettling oder Wulf Schönbohm wurden auch gern als „68er in der CDU“ apostrophiert. Auf ihrem Bundesparteitag im März 1985 in Essen, historisch oft als „Frauenparteitag“ bezeichnet, schrieb sich die Union – einem kämpferischen Feminismus zum Trotz – ein familienfreundliches Partnerschaftsmodell und einen neuen Arbeitsbegriff neben der Erwerbsarbeit auf die Fahnen, um Müttern die Erziehungsjahre anzurechnen.

Parallel dazu bekundete die Partei mit den Stuttgarter Leitsätzen (1984) ihre Zukunfts Offenheit gegenüber neuen Technologien im Medienbereich, während sich die Linke zunächst wachstumskritisch und kulturkonservativ gegen das private Kabelfernsehen sträubte. Wegbereiter des technologischen Wandels war Bernhard Vogel mit dem „Urknall von Ludwigshafen“. Der langjährige, stark katholisch geprägte Herausgeber dieser Zeitschrift mühte sich um eine „Balance zwischen privatwirtschaftlichen Medienunternehmen und öffentlich-rechtlichen Anstalten“. Wiewohl seinem kritischen Urteil nicht entgehen sollte, dass „eine Konkurrenz um das bessere Fernsehen nicht entstanden“ sei. In seinen Erinnerungen bekennt er: „Die publizistische Vielfalt hat nicht im erwünschten Umfang zugenommen.“¹⁶

Nicht nur aufseiten der Status-quo-fixierten Linken, auch im Lager der rechten Mitte wurde man mit dem Epochenbruch 1989/90 auf dem falschen Fuß erwischt. Inmitten des Jubels über den Sieg des unerschütterlichen Westens im Kalten Krieg sorgten die Abschaffung der D-Mark und die Osterweiterung der Europäischen Union für Spaltungstendenzen.

Die Idee von Kerneuropa

1994, als über die Erweiterung oder Vertiefung der Europäischen Union heftig debattiert wurde, entwickelten Unionsfraktionschef Wolfgang Schäuble und der Bundestagsabgeordnete Karl Lamers ein Kerneuropakonzept, das eine engere Zusammenarbeit von EU-Mitgliedstaaten – etwa in den Bereichen Wirtschaft, Währung, Verteidigung und innere Sicherheit – vorsah. Wolfgang Schäuble schreibt dazu in seinen *Erinnerungen*: „Wir plädierten dafür, Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig stattfinden zu lassen, weil wir die Osteuropäer nicht auf das schwer absehbare Ende unserer Vertiefungsdebatte vertrösten konnten und weil umgekehrt auch der Erweiterungsprozess nicht zurückgestellt werden durfte.“¹⁷ Um die Integration zu forcieren, schwebte den Verfassern ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ vor, damit Herausforderungen wie Eurokrisen effektiver bewältigt werden konnten und die

16 Bernhard Vogel: Erst das Land. Mein Leben als Politiker in West und Ost, Verlag Herder, Freiburg im Breisgau 2024, S. 207.

17 Wolfgang Schäuble: Erinnerungen. Mein Leben in der Politik, Stuttgart 2024, S. 320.

18 Alexander Gauland: Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes, Stuttgart/München 2002.

19 Andreas Rödder: Der verlorene Frieden. Vom Fall der Mauer zum neuen Ost-West-Konflikt, München 2024.

Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen Binnenmarkt gestärkt wurde. Kritiker von links witterten hinter der Kerneuropa-Idee nur eine Umwandlung des vereinten Kontinents in eine Zweiklassengesellschaft.

Alexander Gauland, der 2013 nach vierzigjähriger Parteimitgliedschaft die CDU verließ und aus Protest gegen den von ihm beklagten Verlust des Nationalstaates und die Einführung des Euro die Alternative für Deutschland (AfD) mitgründete, trieb derweil der „Kulturschock“ als Reaktion auf die rasende Modernisierung um. „Entschleunigter Fortschritt“ lautet die Zauberformel in seiner *Anleitung zum Konservativsein*¹⁸ aus dem Jahre 2002, mit der er innerhalb der CDU aber nicht reüssieren konnte. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat der von ihm mitgeprägten rechtspopulistischen und in Teilen rechtsextremistischen Partei eher „völkisch-nationalistische Gesellschaftsbilder“ attestiert.

Diese sind aktuell Teil autoritärer Gegenentwürfe, die auf eine imperiale Herrschaft setzen, wie sie Andreas Rödder, bis 2023 Leiter der CDU-Grundwertekommission, heraufziehen sieht. Nicht auf eine Tendenz hin zu einer multipolaren Weltordnung, sondern auf einen „neuen Ost-West-Konflikt“ habe sich der Westen künftig einzustellen. „Im Westen glaubte man 1990, dass sich die eigenen Werte geradezu gesetzmäßig und global durchsetzen würden. Doch dies war ein Irrglaube, der zur Hybris verleitete.“¹⁹

Im Zuge einer Neuaufstellung nach der Merkel-Ära regte Rödder sogar eine „Flurbereinigung in der Namensfrage“ – das „C“ betreffend – an, doch dieser Impuls verfiel. Im Kampf gegen den Rechtspopulismus riet er zuletzt von der „Brandmauer“ ab, die mit Blick auf eine Koalitionsabhängigkeit vom links-grünen politischen Lager für die CDU einen „eisernen Käfig“ darstelle. Stattdessen plädiert er für eine „konditionierte Gesprächsbereitschaft“ anhand von „roten Linien“, die in grundsätzlichen Fragen die Grenzen markieren sollen.

Doch politische Profile haben zunehmend ihre Kontur eingebüßt. Großtheorien, lange Erzählungen und utopische Entwürfe gelten eher als anachronistisch. Einzelne Entscheidungen symbolisieren keine trennscharfe politische Richtung mehr. Demgemäß will uns der klassische Parteiintellektuelle eher wie ein Auslaufmodell erscheinen. Mag er auch als Verkünder universeller Werte oder als alarmistischer Mahner in Zeiten der disruptiven Verunsicherung seine Aura verloren haben, als schonungsloser Diagnostiker und konstruktiver Ratgeber wird er immer noch dringend benötigt.

Wissen, was zu tun ist

Die Macht der Politik

Christian Bermes
Geboren 1968 in Trier,
Professor für Philo-
sophie und Leiter des
Instituts für Philo-
sophie, Rheinland-
Pfälzische Technische
Universität (RPTU),
Landau.

Wir sprechen täglich von Macht und wissen doch nicht, was damit gemeint ist. Politisches Handeln ist ohne Macht nicht denkbar, die Definition von Macht bleibt aber ein blinder Fleck.

Wer allerdings Macht beansprucht, muss wissen, worum es geht. Die Machtfrage ist für die Politik zentral, nicht zuletzt in einer Zeit, die zerrissen ist zwischen irrlichternden Selbstermächtigungen und ohnmächtiger Machtzügelung. Der Machtfrage ist man vielleicht zu schnell in den letzten Jahrzehnten ausgewichen.

Von Macht wird in vielfachem Sinne gesprochen. Es ist wieder einmal die Zeit der Großmächte. Staaten mit imperialem Anspruch nach innen und außen beherrschen die Bühne. Aber auch Personen, Institutionen oder Strukturen werden als Träger von Macht angesehen.

1 Vgl. etwa Mark Haugaard (Hrsg.): *Power. A Reader*, Manchester / New York 2002.

2 Vgl. u. a. Ralf Krause / Marc Rölli (Hrsg.): *Macht. Begriff und Wirkung in der politischen Philosophie der Gegenwart*, Bielefeld 2008; Phillip H. Roth (Hrsg.): *Macht. Aktuelle Perspektiven aus Philosophie und Sozialwissenschaften*, Frankfurt am Main / New York 2016.

Die Macht des Bundespräsidenten wird in seinen Worten gesucht, die Macht des Bundesverfassungsgerichts zeigt sich eher in zurückhaltender Aufdringlichkeit, die Macht der Verwaltungsapparate wirkt subtil, aber tiefgreifend und umfassend.

Macht wird nicht immer trennscharf von Gewalt oder Stärke unterschieden. Zwar können auch Wörter verletzen, die Macht der Sprache ist allerdings etwas anderes. Stärke als Kraft kann Macht zur Geltung bringen, doch bekanntlich können auch die Schwächsten ihre Macht ausspielen. Die Kirchengeschichte kennt genügend Beispiele. Mahatma Gandhi, Martin Luther King und viele andere haben es ebenfalls bewiesen.

Der Mensch als Ursprung und Grenze der Macht

Ursprung und Begrenzung der Macht wurden an verschiedenen Orten gesucht. Lange Zeit war Gott Quelle und Grenze von Macht, wiederum lange Zeit die Natur. Doch beides scheint nicht mehr einfach zu überzeugen. Gott ist vielen zu fern, die Natur vielen wiederum zu nah, um Macht zu limitieren. Es bleibt also nur noch der Mensch als Ursprung und Grenze der Macht. Das macht die Sache keineswegs einfacher. Im Gegenteil: Die Machtfrage wird umso belastender, wenn sie keine Entlastung mehr durch Gott oder Natur erfährt.

Die Rhetorik der Macht ist selbst ein Machtinstrument im politischen Geschäft. Wer auf Macht aus ist, bedient sich der Macht. Im politischen Feld werden Machtapparate als Trutzburgen oder Sperrriegel installiert. Mediale Präsenz und Inszenierung werden als Machtmittel verstanden. Politische Akteure wollen nicht gern als machtbewusst beschrieben werden, obwohl sie nichts anderes sind und es sogar sein müssen. Doch selbst dem ausgebufftesten Machtpolitiker kann es passieren, dass ihm im politischen Handeln die Macht aus der Hand gleitet oder auch gerissen wird.

Schon die Übersicht zeigt, dass sich der politische Machtbegriff einer einfachen begrifflichen Bestimmung entzieht. Während Repräsentation, Legitimation, Rechtsstaatlichkeit und vieles mehr relativ stabile Bedeutungsräume als politische Termini ausgebildet haben, bleibt die Bedeutung von Macht eigentümlich opak. Der Ausdruck scheint auf ein Netz recht unterschiedlicher und sich zum Teil widersprechender Bedeutungen zu verweisen, deren Zusammenhang implizit bleibt.¹ Auch die neueren Überblicksdarstellungen der politischen Theorie stellen die eigentümliche Zerstreuung des Wortgebrauchs heraus. Macht erscheint dort zugleich als Herrschaft, Gewalt, Wissen, Institution, Kommunikation und Ordnung.²

Interessant für unsere Zeit ist besonders, dass im Falle von Macht ihre Kehrseiten oftmals klarer hervortreten als der Begriff der Macht selbst. Was Macht letztlich bedeutet, möge strittig sein und bleiben; was Machtverlust, Machtmissbrauch, Machtanmaßung oder Ohnmacht bedeuten, wird dagegen unmittelbar verstanden – oder man gibt zumindest vor, es zu verstehen. Jeder weiß sofort, dass Machtmissbrauch verwerflich ist, aber kaum jemand will einen positiven Begriff von Macht fassen. Die politische Sprache der Gegenwart scheint in der negativen Polung, die Welt einfacher und schneller zu begreifen. Die entgrenzte Macht des Autokraten, die Ohnmacht zerfallender Staaten oder die moralische Selbstüberschätzung gesellschaftlicher Bewegungen lassen sich meist leichter beschreiben als die positiven Facetten der Macht. Sichtbar wird Macht häufig erst in ihrer Störung, Überdehnung oder Erosion. Die moderne Machttheorie beschreibt Macht deshalb zunehmend nicht als Besitz, sondern als relationale Struktur, die Erwartungen stabilisiert, Wirklichkeit organisiert und Zustimmung erzeugt.

Doch will man sich damit zufriedengeben, dass man keinen klaren Begriff von Macht mehr fassen kann? Will man vor der Bestimmung des Machtbegriffs kapitulieren? Ein solches Zurückweichen kann nicht erstrebenswert sein. Das Feld zu räumen, bedeutet nur, es anderen zu überlassen – meist den Machtgierigen. Gewiss gibt es vielerlei Redeweisen von Macht, konkurrierende theoretische Traditionen und widersprüchliche Beschreibungen. Dennoch lässt sich ein gemeinsamer Kern ausmachen, in dem die verschiedenen Bedeutungen von Macht sich schneiden: *Macht zeigt sich dann und Macht ist notwendig, wenn man mit einer Aufgabe betraut wird.* Wer mit einer Aufgabe betraut wird und sich dieser Aufgabe stellt, muss sicherlich Fähigkeiten besitzen, um die Aufgabe zu meistern, er muss etwas können. Doch ihm kommt dank einer Übertragung, einer Bevollmächtigung oder Autorisierung immer auch die Macht zu, die Aufgabe zu schultern.

Macht bedeutet Verantwortungsfähigkeit

Darum auch ist Macht durch und durch eine Sache des Menschen. Denn nur der Mensch – wie es die philosophische Anthropologie herausstellt – hat nicht einfach ein Leben; *Menschen müssen ihr Leben führen.* Genau darin liegt der anthropologische Ursprung der Machtfrage. Der Mensch fällt nie vollständig mit sich selbst zusammen und genügt sich selbst. Er bleibt sich selbst gegenüber offen, unabgeschlossen und exzentrisch. Eben deshalb wird ihm sein eigenes Leben zur Aufgabe. Diese Aufgabe kann nicht ohne Formgebung bewältigt werden. Menschen müssen entscheiden, ordnen, gewichten, priorisieren und sich in Institutionen, Rollen, gemeinsamen Traditionen und Ordnungen in Form halten. Macht

entsteht somit nicht erst als Herrschaft über andere. Sie ist zunächst Ausdruck menschlicher Weltoffenheit und des menschlichen Anspruchs, etwas aus sich zu machen. Weil der Mensch nicht einfach *ist*, sondern *werden* muss, bedarf er der Macht – über Dinge, Situationen und nicht zuletzt über sich selbst. Es ist dem Menschen dank seiner eigenen Natur aufgetragen, sich der Aufgabe des Lebens zu stellen.

Von diesem Aspekt aus gewinnt auch der politische Begriff der Macht eine andere Kontur. Macht bedeutet dann nicht zuerst Durchsetzungskraft, sondern Verantwortungsfähigkeit. Wer Macht hat, besitzt nicht einfach mehr Möglichkeiten als andere; er steht unter dem Anspruch einer Aufgabe, die über ihn hinausweist und die ihm aufgetragen ist. Darin unterscheidet sich Macht von bloßer Willkür. Willkür kennt nur Gelegenheit, Macht dagegen Auftrag. Sie bindet den Handelnden an eine Sache, die nicht frei erfunden werden kann; erst recht nicht von dem Machthaber selbst.

Darum ist Macht auch nicht notwendig das Gegenteil von Freiheit. Macht lebt nicht von blinder Unterordnung, sondern von der Fähigkeit, Aufgaben so sichtbar und greifbar zu machen, dass andere sich in ihnen wiedererkennen können. So ist Macht auch niemals reine Unmittelbarkeit. Sie zehrt von Vermittlung. Wo Vermittlung gelingt, erscheinen Aufgaben als *gemeinsame* Aufgaben. Wo Vermittlung zerfällt, bleiben nur noch Ermächtigungsfantasien.

Eigentümliche Ersatzformen der Macht

Die politische Krise, die in der Gegenwart dazu führt, dass moderne Demokratien an sich selbst zweifeln, lässt sich auch als Krise solcher Aufgabenbeschreibungen verstehen. Vieles spricht dafür, dass moderne Gesellschaften über enorme technische und administrative Möglichkeiten verfügen, aber immer größere Schwierigkeiten haben, zu artikulieren, wofür diese Möglichkeiten eigentlich eingesetzt werden sollen. Verwaltung ersetzt Aufgabe, Steuerung ersetzt Orientierung, Kommunikation ersetzt Urteilskraft. Politik droht zu einem bloßen Management gesellschaftlicher Komplexität zu werden, wenn sie keine gemeinsame Vorstellung davon mehr besitzt, was zu tun ist. Dadurch wird Politik machtlos, und gerade deshalb nimmt die öffentliche Nervosität zu. Wo Aufgaben unscharf werden, verliert Macht ihre Form. Es bleibt dann nur noch der Kampf um Einfluss, Aufmerksamkeit und Deutungshoheit. Die Machtfrage wird personalisiert, moralisiert oder psychologisiert, weil ihre Ausrichtung auf eine Aufgabe verloren geht.

Hierin liegt auch der tiefere Grund dafür, warum moderne Demokratien so empfindlich auf Orientierungslosigkeit reagieren.

Demokratien leben nicht allein von Verfahren, Institutionen und Mehrheiten. Sie leben davon, dass Bürger, Regierungen und Institutionen wissen, was zu tun ist, welche Aufgabe ansteht, welche Aufgabe Verbindlichkeit erfordert. Das lässt sich nicht einfach mit Kommunikationsagenturen lösen. Wo dieses Wissen schwindet, entstehen jene eigentümlichen Ersatzformen der Macht, die gegenwärtig fast überall zu beobachten sind: moralische Erregungsöffentlichkeiten, identitäre Selbstvergewisserungsfantasien oder autoritäre Sehnsüchte.

All diese Erscheinungen versuchen auf ihre Weise, den Verlust gemeinsamer Aufgaben zu kompensieren. Doch gerade darin zeigt sich ihre Schwäche. Denn Macht gewinnt Dauer und Beständigkeit nicht aus Lautstärke oder moralischer Selbstgewissheit, sondern aus der Fähigkeit, menschliches Handeln auf eine geteilte gemeinsame Wirklichkeit zu beziehen. Fehlt diese oder wird sie fortwährend geleugnet, zerrinnt Macht, bevor sie gewonnen ist.

Ausgehend davon wird zugleich sichtbar, wie unerquicklich ein falsches Ausspielen von Macht gegen Geist ist. Als ob Macht notwendigerweise Härte, Zwang und Unterdrückung bedeutete, während Geist allein Kritik, Zurückhaltung oder Distanz verkörperte. Tatsächlich exekutieren Menschen nicht einfach Aufgaben; sie formulieren sie überhaupt erst. Keine politische Ordnung lebt von bloßer Energie oder bloßer Durchsetzungskraft. Sie lebt auch nicht einfach von einem euphorischen Tun oder Liefern. Eine Politik des „Deliver“ mag in Zeiten von Pizzalieferdiensten schick sein. Doch wer zahlt hier die Zeche? Macht setzt geistige Formbildung voraus. Ohne Deutung dessen, was notwendig, vernünftig und gerecht ist, bleibt Macht orientierungslos. In Abwandlung einer bekannten Formel Immanuel Kants ließe sich daher sagen: Aufgaben ohne Geist sind leer, Machtansprüche ohne Aufgaben bleiben blind.

Macht ohne Geist verkommt zur bloßen Verwaltung

Darin liegt auch der tiefere Grund dafür, dass politische Macht niemals ausschließlich technisch verstanden werden kann. Wo Politik nur noch Verwaltung, Steuerung oder Verfahrenssicherung sein will, verliert sie jene Dimension, aus der sie ihre Legitimität und ihre orientierende Kraft bezieht. Politik erschöpft sich nicht einfach in der geschmeidigen Organisation von Interessen. Damit hat sie auch zu tun, ohne Zweifel. Sie lebt aber ebenso davon, gemeinsame Aufgaben sichtbar zu machen und sich ihnen zu stellen. Anders ließe sich auch keine Idee von Gerechtigkeit fassen. Gerade deshalb gehören Macht und Geist zusammen. Macht ohne Geist verkommt zur bloßen Verwaltung von Zwängen; Geist ohne Macht bleibt folgenlose Selbstgenügsamkeit.

Von hier aus lässt sich schließlich auch die immer wiederkehrende Frage nach dem Verhältnis von Macht und Gewalt neu bestimmen. Nicht selten werden beide Begriffe bedenkenlos gleichgesetzt, als sei Macht lediglich organisierte Gewalt. Doch ein solcher Zugriff bleibt oberflächlich. Gewalt entsteht gerade dort, wo Macht zerfällt. Denn Macht beruht nicht ursprünglich auf Zwang, sondern auf Formgebung, Vermittlung und der Fähigkeit, gemeinsames Handeln zu organisieren. Wo keine gemeinsame Aufgabe mehr Orientierung gibt, wo Institutionen keine Verbindlichkeit mehr erzeugen und das Leben nicht mehr geführt, sondern nur noch behauptet wird, schlägt Macht in Gewalt um. Gerade deshalb wirkt Gewalt stets unmittelbarer, hektischer und sichtbarer als Macht. Macht strukturiert Handlungsmöglichkeiten, Gewalt zerstört sie.

Gewalt erscheint daher nicht als Steigerung der Macht, sondern als Symptom ihres Zusammenbruchs. Wo Macht nicht mehr in der Lage ist, gemeinsame Horizonte zu eröffnen, Sinn zu stiften und Aufgaben sichtbar zu machen, bleibt nur noch die nackte Durchsetzung. Politik verliert ihren geistigen Charakter und verwandelt sich in die Verwaltung von Affekten, Ängsten und Feindbildern. Gerade darin könnte eine der entscheidenden Krisen moderner Demokratien liegen: nicht in einem Zuviel an Machtanmaßung, sondern in einem Zuwenig an Machtvertrauen.

Religion und Macht – Macht der Religion

Weltliche Ordnung im Licht der letzten Dinge

Stephan Schaepe

Geboren 1963 in Neuwied, promovierter Theologe, Leiter des Amtsbereichs der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche (VELKD) und Vizepräsident im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), seit 2025 Abt des Klosters Amelungsborn.

Religion und Macht – es wäre in aktueller Lage zweifellos eines Beitrags wert, dieses Thema im Horizont religionssoziologischer Erhebungen zu ventilieren. Die Frage wäre dann, welche Macht

Religionsgemeinschaften de facto in der Bundesrepublik haben, welche Machtperspektiven sie selbst beanspruchen, welche ihnen im Unterschied dazu (noch) von Dritten eingeräumt werden und welche Verfalls- oder belastbaren Einflussperspektiven ihnen angesichts einer heftigen Säkularisierung der Gesellschaft in Aussicht gestellt werden könnten.

Religion und Macht – eines Beitrags deutlich weniger wert wäre, das Thema auf der Ebene handelsüblicher religionspolitischer Betrachtungen zu traktieren. Einmal mehr würde gefragt, inwiefern Religion

¹ Zu meiner Überraschung behauptet der Artikel „Macht (Theologisch)“ in der aktuellen Ausgabe des Evangelischen Soziallexikons, eine „theologische Beschreibung von M[acht] müsse diese als Phänomen der theologischen Anthropologie wahrnehmen und unterscheiden von der Allm[acht], die nur Gott zugesprochen werden kann“.

öffentlich als machtpolitischer gesellschaftlicher Faktor eine Gestaltungsaufgabe und ein kritisches Kommentierungsamt zukomme. Margot Käßmann hat in diesem Zusammenhang prominent ein „Einmischen“ der Kirchen gefordert, worüber man sich angesichts der Semantik dieses Verbs nur wundern kann; besagt das Wort „einmischen“ doch, sich redend oder handelnd mit etwas zu befassen und sich an Vorgängen zu beteiligen, die einen eigentlich nichts angehen oder für die man nicht zuständig ist.

Religion und Macht – der Anspruch dieses Beitrags ist einerseits bescheidener. Er beleuchtet nicht die machtpolitischen Kultivierungsaufgaben der Religionsgemeinschaften insgesamt, sondern konzentriert sich auf die christliche Religion. Andererseits ist der Anspruch hoch, werden doch aus theologischer Perspektive grundlegende aus der Religionsperspektive zu erörternde Machtfragen aufgerufen.

Gottes Allmacht und menschliche Macht

Das elementare Problem einer religionspolitischen Analyse des Themas besteht in theologischer Perspektive wesentlich darin, dass sie ihre Rechnung ohne die Allmacht Gottes macht. Damit verfehlt sie das Thema.¹ Denn eine Reflexion auf die Macht der Religion *etsi deus non daretur* – selbst wenn Gott nicht existieren würde – kann theologisch gesehen nicht begreifen, was es mit der Macht der Religion im Zusammenspiel anderer Machtfaktoren auf sich hat. Das hat eine der zentralsten Bekenntnisurkunden des antiken Christentums, das sogenannte *Apostolicum*, klar gesehen, indem es in der trinitarisch-kirchlichen Entfaltung des christlichen Glaubens Gott als einziges explizit genanntes und entscheidendes Prädikat eben die Allmacht zuordnet. „Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde ...“ Die theologische Pointe dieser Bekenntnisphrase könnte besser nicht sitzen. Ihre Essenz lässt sich in fünf Punkten referieren.

Erstens: Gott ist in seiner Allmacht der Schöpfer einer von ihm strikt zu unterscheidenden, aus dem Nichts geschaffenen Welt. *Zweitens:* Die Welt, die selbst in keiner Weise Gott oder göttlich ist, gibt es nur, weil Gott sie will. *Drittens:* Die von Gott so gewollte Welt hat geschöpfliche Macht, weil sich Gott in seiner Allmacht selbst begrenzen will (Eberhard Jüngel). Es zeichnet die Allmacht Gottes als eine souveräne Allmacht aus, dass sie sich zurücknehmen und selbstbeherrschen kann, wovon es machtpolitisch für Menschen viel zu lernen gäbe. *Viertens* und anders gewendet: In seiner göttlichen ewigen Freiheit räumt Gott seiner Schöpfung und insbesondere Menschen endliche Gestaltungsfreiheit ein. *Fünftens:* Dieser radikale Schöpfungsgedanke entsakralisiert die Welt

und ihre Macht und eröffnet gerade dadurch zugleich einer ihrer Grenzen bewussten, aber zugleich selbstbewussten eigenen Gestaltungsverantwortung machtförmig Raum.

Was folgt daraus für den Machtdiskurs? Menschliche Macht, sei sie religiös, sei sie politisch oder in anderer Weise gesellschaftlich geformt, ist theologisch gesehen geschöpfliche Macht. Diese geschöpfliche Macht ist keine Ableitung aus göttlicher Macht, sondern vielmehr ein produktives, aus menschlicher Freiheit erwachsenes machtbegrenztes endliches Gegenüber göttlicher Allmacht. Menschliche Macht kann sich also in ihrer Ausübung auch nicht aus dem formalen Umstand legitimieren, dass sie sich in genau dieser Gestalt von Gott verdanke. Gott ermächtigt zwar Menschen zur Weltgestaltung. Wie und in welcher Ordnung sie aber diese gestalten, haben sie in Freiheit selbst und vor Gott zu verantworten.

Weltliche Macht kommt nicht von Gott

Diese Ordnungen sollen durchaus einen guten, weltgestaltenden Sinn haben. Zu behaupten, sie seien gottgewollt, wäre jedoch vermessen. Man kann es aus theologischer Perspektive gar nicht deutlich genug sagen: Eine von Gott ermöglichte Macht ist niemals schon dadurch eine durch Gott legitimierte Macht. Mit der bereits erwähnten Entsakralisierung der Welt als Schöpfung hängt zusammen, dass keine Macht auf Erden – mit der einzigen Ausnahme des Mensch gewordenen Gottessohnes – für sich beanspruchen kann, von Gott repräsentativ legitimiert worden zu sein.

Alle Macht auf Erden muss sich allerdings vor Gott verantworten. Das Grundgesetz hat diese Lektion gelernt: Die Staatsmacht in der Bundesrepublik Deutschland ist kein Teil einer göttlichen Ordnung. Sie kommt auch nicht von Gott. Sie repräsentiert schon gar nicht göttliche Macht. Sie repräsentiert die Macht, die vom Volk ausgeht: „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ (Grundgesetz [GG] Art. 20 Abs. 2). Die das Volk – nicht Gott – vertretenden machtpolitischen Entscheidungsträgerinnen und -träger müssen ihre Repräsentanz „im Bewusstsein“ ihrer „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel GG) wahrnehmen.

Diese entsakralisierende Einordnung menschlicher Machtansprüche ist keineswegs modern, sondern wurzelt in uralten biblischen Überzeugungen. Auch wenn also die Legitimationsmuster eines königlichen Gottesgnadentums diese Lektion noch nicht gelernt zu haben schienen, hätten sie sich darüber bei genauer Lektüre der biblischen Schriften im Klaren sein können.² In den Königsbüchern des Alten Testaments wird nämlich die Forderung des Volkes nach einem auch mit sakralen Funktionen belegten Königtums, das von Gott legitimiert wird, radikaler prophetischer Kritik unterzogen: von Nathan (2 Sam 12) über

2 Vgl. Erik Peterson, der in der Zusammenführung von biblischem Monotheismus und hellenistischem Monarchianismus mit Kaiser Konstantin das Elend sah: „Dem *einen* König auf Erden entspricht der *eine* Gott, der *eine* König im Himmel und der *eine* königliche Nomos und Logos.“, in: Der Monotheismus als politisches Problem, Verlag Jakob Hegner, Leipzig 1935, S. 78.

Elia (1 Kön 21) und Jesaja (Jes 7), Jeremia (26,16–19) bis Amos und Hosea, die das Ende des Staates Israel und das endgültige Exil mit diesem verfehlten Legitimationsanspruch in engen Zusammenhang bringen. Menschliche Machtvertretungsansprüche sind aufgrund religiöser Einsicht intrikat. Diese uralte christliche Einsicht wurde in den Wechselfällen der religiösen und politischen Globalgeschichte immer wieder verdrängt.

Die machtpolitische Ansage der Gottesebenbildlichkeit

Nun hat diese ambivalente Einordnung politischer *und* religiöser menschlicher Macht eine zentrale anthropologische Pointe. Früh werden in biblischen Texten all jene politisch-theologischen Ideologien zurückgewiesen, die einen irdischen Herrscher unmittelbar als Bild Gottes und Repräsentanten der Alleinherrschaft verstehen. Vielmehr wird die im religionspolitischen Umfeld den Königsgestalten vorbehaltene Ebenbildlichkeit im Alten Testament universalisiert und allen Menschen zugesprochen. Das ist auch eine essenzielle machtpolitische Ansage. Gott schuf den Menschen, *jeden* Menschen, zu seinem Ebenbild (1. Mose 1,27). So gesehen ist jeder Mensch Medium der Wirkmächtigkeit Gottes, was konsequent auf der Linie des verwegenen Geschenkes der Freiheit liegt, mit dem Gott jeden Menschen ausgestattet hat.

Machtpolitische Aufgabe eines richtig verstandenen Würdediskurses christlicher Religion ist folglich, nicht nur gegebenenfalls Machtkritik gegenüber politischen und religiösen Leitungsansprüchen zu formulieren, sondern vielmehr jeden Menschen in die Pflicht zu nehmen, in Achtung vor sich selbst und jedem anderen den ihm zur Verfügung stehenden endlichen Freiheitsgestaltungsspielraum angesichts von Machtdynamiken eines radikal Unverfügbaren (Gott) zu nutzen und diesen Deutungsanspruch nicht machtdegenerativ in einem säkularisierten Würdediskurs zu versenken. Geradeheraus theologisch geurteilt: Jede Bürgerin und jeder Bürger verfügt über eine vom unverfügbaren Gott zur Verfügung gestellte Selbstverfügungsmacht, die seinen Mitmenschen zugutekommen kann und soll.

Zugleich haben die Religionsgemeinschaften mit Blick auf die großen sozialen Organisationen und Institutionen der Politik und den gesellschaftlichen Kräften auf den essenziellen Machtumstand aufmerksam zu machen, dass keine Machtrepräsentanz auf Erden einen *göttlichen* Repräsentationsmachtsanspruch erheben beziehungsweise seinen Machtanspruch verabsolutieren darf. Das gilt christlich gesehen auch für alle Religionsgemeinschaften und also für die Kirchen selbst. So sehr die Kirchen von Gott dazu berufen sein mögen, von Gott zu



„Seht, der Mensch!“

Ecce-homo-Darstellungen gehören zu den verbreiteten Bildmotiven christlicher Kunst. Wie im Beispiel von Antonio Ciseri veranschaulichen sie, dass das Reich Jesu „nicht von dieser Welt“ ist. Der als „König“ verspottete Heiland erscheint isoliert neben dem Vertreter der weltlichen, imperialen Macht, Pontius Pilatus, der – seine Hände in Unschuld waschend – das Urteil über Jesus populistisch der aufgebrachten Menge überlässt.

Antonio Ciseri, „Ecce homo“, 1871-1891, Öl auf Leinwand, 292 × 380 cm, Galleria d'Arte Moderna, Palazzo Pitti, Florenz. Quelle: Public domain, via Wikimedia Commons.

zeugen und sein Reich zu verkündigen: Sie verkörpern nicht selbst dieses Reich und hätten sich selbst gründlich missverstanden, wenn sie den jesuanischen Hinweis „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ auf sich selbst bezögen. Religionsgemeinschaften sind allesamt von dieser Welt.

Das führt zu einer weiteren Machtaufklärungsaufgabe, die der christlichen Religion zukommt. Sie ist mit der Verkündigung des nahegekommenen Reiches Gottes durch Jesus von Nazareth verknüpft (Mk 1,15; Mt 4,17 und öfter). Mit dem Kommen des Reiches Gottes verbindet sich die Hoffnung auf ein von instrumentalisierter Macht befreites Leben in Frieden, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Dieses in seinen essenziellen Machtfigurationen von Gott konstellierte Reich wird ausdrücklich erhofft und stellt, was entscheidend ist, alle Machtkonstellationen dieser Welt unter einen eschatologischen Vorbehalt. Alle weltliche oder religiöse Organisationsform dieser Welt hat deshalb vorläufigen Charakter. So betrachtet ist die theologische Rede von der Herrschaft und dem Reich Gottes der „Beginn der Säkularisierung und Relativierung jeder bestehenden [...] Herrschaftsform“,³ das aber so, dass in der Perspektive jenes eschatologischen Vorbehalts jeder Selbstverabsolutierung moderner Staatlichkeit aus religiöser Perspektive widersprochen werden muss. Aus theologischer Perspektive ist deshalb ein radikal durchsäkularisiertes staatliches Selbstverständnis, dem die Reich-Gottes-Perspektive vollkommen fremd ist, genau deshalb gefährdet, sich selbst ausschließlich in den Machtkonstellationen menschlicher endlicher Verfügbarkeit zu deuten und so in Echokammern machtpolitischer Immanenz technokratisch zu verkümmern.⁴

„The Vanishing Church“

Welche zentrale machtpolitische Aufklärungs- und Sozialisierungsaufgabe kommt also den Kirchen beziehungsweise der christlichen Kirche hierzulande zu? Die Eigenart dieser Aufgabe kann ein Blick in die Vereinigten Staaten aufschlüsseln.

Der Religionssoziologe Ryan P. Burge diagnostiziert,⁵ Amerikas Religionslandschaft sei zu einer „Alles-oder-Nichts“-Landschaft geworden. Dominant sei entweder eine konservativ-evangelikale Religion oder ein vollkommenes religiöses Nichts. Die Gesellschaft spalte sich auf in weiße Evangelikale, traditionelle Katholiken, Muslime und Siebenten-Tags-Adventisten auf der einen und einer (von 2008 auf 2022 von 45 auf 85 Millionen) angewachsenen Zahl von Menschen ohne jede Zugehörigkeit auf der anderen Seite. Millionenfach theologisch, religiös und politisch moderat gestimmte Menschen seien dadurch heimatlos geworden, geistlich und auch mit Blick auf die Frage, gemeinsam soziale Probleme zu lösen.⁶

3 Vgl. Johann Baptist Metz: „Politische Theologie‘ in der Diskussion“, in: Stimmen der Zeit, Bd. 184, Heft 11/1969, S. 289-308, hier S. 292.

4 Vgl. Georg Essen: Fragile Souveränität. Eine Politische Theologie der Freiheit, Tübingen 2024, S. 263-266.

5 Vgl. Ryan P. Burge: The Vanishing Church, Michigan 2026.

6 Vgl. ebd., S. 6.

7 Vgl. Ryan P. Burge, a. a. O., siehe Rn. 5, S. 7.

8 Die „Mainline Protestant churches“ sind überaltert und in ihrer Gesamtheit von 1950 bis 2020 von 50 Prozent auf eine Minderheit von 9 Prozent der Bevölkerung gesunken, vgl. Ryan P. Burge, a. a. O., siehe Rn. 5, S. 35. In faszinierender Analogie zu den deutschen volkskirchlichen Strukturen gilt: „Of course, the leadership in many mainline denominations has publicly aligned with liberal causes.“ Mitgliederbefragungen zeigen aber „an incredible mix of left, right, and center“. Es gebe also einen deutlichen Unterschied zwischen Geistlichen und Mitgliedern.

9 Vgl. Ryan P. Burge, a. a. O., siehe Rn. 5, S. 9-11.

10 Vgl. ebd., S. 28.

Dafür wachse die Zahl jener Menschen, die absolut davon überzeugt seien, dass ihr eigenes Religionssystem das einzig wahre sei, und die fordern, dass die Rechtssetzung des Landes den theologischen Konzepten ihrer Buchreligionsüberzeugungen folgen müsse. Polarisiert in Opposition dazu stünden Menschen, die Religion für eine gefährliche Kraft halten und jegliche staatliche Unterstützung von Religiosität strikt ablehnen. Die politisch prominente Wahrnehmung der US-amerikanischen Bischöfin Mariann Edgar Budde dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie als Vertreterin der *Episcopal Church* eine Machtminorität vertrete. Die moderate, sozial sensible und einigende religiöse Mitte breche nämlich weg. Es fehlten Stimmen, die ihre Religionsmitglieder ermutigen, ihre Nachbarn zu lieben und die Welt um sich herum gemeinsam ein bisschen besser zu gestalten.⁷

Die für die *Mainline Protestant churches* typische machtpolitisch kultivierende Leistung von Religionsorganisationen, Menschen mit unterschiedlichem ökonomischem Hintergrund oder politischer Überzeugung Seite an Seite sitzen zu lassen und Motor von Sozialkapital, Katalysatoren für Vertrauensbildung und Toleranz zu sein, verschwinde.⁸ Vielmehr werde Religion selbst zu einem Problem, lasse Menschen einsamer, ängstlicher, dümmmer und stärker gespalten zurück.⁹

Die machtheoretisch sensibilisierten Augen muss nun öffnen, dass die politische und religiöse Polarisierung Hand in Hand gehen. Auf der einen Seite amalgamiert sich religiöse Macht mit politischer Macht, die sich beide unkritisch mit einem unmittelbar von Gott herleitenden Machtgestaltungsanspruch legitimieren.

Auf der anderen Seite aber kennt eine agnostisch-atheistische Haltung zum Religiösen und zur Politik keine machtrelativierende unverfügbare Instanz, sondern nur das Elend endlicher machtpolitischer Verfügbarkeiten. Eine Art politisches Partisanentum trete an die Stelle von theologischen Haltungen.¹⁰

Machtpolitische Aufgaben der christlichen Religion in Deutschland

Schon dieser kurze Einblick in die USA gibt zu denken. Eine polarisierende Verflachung des theologischen und zugleich des Machtdiskurses in den Religionsgemeinschaften und der Gesellschaft führt zum Verlust einer substanziellen machtpolitischen Tiefenschärfe in Religion und Politik. Formen kluger souveräner Machtzurücknahme fallen aus. Politische Repräsentationsansprüche werden religiös überhöht und so die Pointe einer entsakralisierten und so vor Gott als Schöpfung satisfaktionsfähigen Welt verspielt. Christliche Religion kann damit nicht mehr einen zentralen integrativen politischen Beitrag für

Gemeinsinn und Zusammenhalt leisten, den zu erbringen ohne jedes Pathos mit der Verkündigung des Reiches Gottes intim verknüpft ist.

Man kann darin geradezu einen Auftrag an die Verantwortungs-trägerinnen und -träger in den Religionsgemeinschaften erkennen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, mit der in der christlichen Schöpfungslehre angelegten kritischen Selbstdistanz für ein niemals theologisch unmittelbar hergeleitetes, aber für eine vor Gott und in der Gesellschaft verantwortete Vielfalt im Lebenshaltungs- und Meinungsspektrum so Sorge zu tragen, dass Bürgerinnen und Bürger unterschiedlicher Glaubens- und Lebenshaltung – sei es in der Kirchenbank, sei es auf der parlamentarischen Bank – ohne Störgefühle nebeneinander sitzen und einander in Menschenfreundlichkeit begegnen können. Sie müssen sich energisch der Frage stellen: Mit welchen Aktivitäten und öffentlichen Aussagen können sie diesem Auftrag gerecht werden? Der Politik aber kommt die Verantwortung zu, für Rahmenbedingungen, die eine derart kultivierte Religionspraxis möglich machen, Sorge zu tragen. Diese Rahmenbedingungen kommen, wie sich an den USA ablesen lässt, am Ende auch einem säkularen selbstkritischen konstruktiven Machtgebrauch produktiv zugute, die nicht in die Falle eines Alles oder Nichts hineintappt.

Nicht per se böse

Zur äußeren und inneren Begrenzung von Macht

Carsten Dutt

Geboren 1965 in Calw, Präsident der Hans-Georg-Gadamer-Gesellschaft für hermeneutische Philosophie, geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift „Archiv für Begriffsgeschichte“ und außerplanmäßiger Professor für Philosophie, Technische Universität Darmstadt.

Im Umgang mit dem heiklen Thema Macht sind normative Perspektiven unverzichtbar.

Konkrete Machtverhältnisse in Staat und Gesellschaft – so oder so entstandene und beschaffene Strukturen, Positionen, Mechanismen und Prozesse – wollen nicht nur beschrieben, analysiert, machttheoretisch eingeordnet und auf diese oder jene Weise erklärt sein. Sie werfen vielmehr auch die Frage nach ihrer Legitimität auf: nach rechtfertigenden Gründen, die gesucht, gefunden und argumentativ entwickelt oder aber vermisst, als nicht tragfähig befunden und mit Gegengründen bestritten werden. Mehr noch: Auch das Phänomen der Macht als solches kann zum Gegenstand normativer Reflexion und Bewertung werden. Hohe Allgemeinheitsansprüche begünstigen dabei Urteile, deren Prägnanz mit dem Preis eklatanter Einseitigkeit erkaufte wird. Jacob Burckhardts unzählige Male zitiertes Wort, demzufolge „Macht an sich böse“ sei, „gleichviel, wer sie ausübe“, zählt zu ihnen.

Wörtlich genommen ist das Diktum unhaltbar: Projektion einer düsteren Essenz, die es nicht gibt. Denn Macht ist kein Subjekt, kein kontextinvariant verwerfliches Agens, sondern eine vielgestaltige soziale Relation, über die machthabende Subjekte – Individuen oder Kollektive, Personen oder Institutionen – unter bestimmten Bedingungen, in bestimmtem Umfang, auf bestimmte Weise und in bestimmter Absicht gegenüber anderen Subjekten – den Machtunterworfenen, bei denen es sich wiederum um Individuen oder Kollektive, Personen oder Institutionen handeln kann – einseitig verfügen. Gute Absichten, legitime Mittel und moralisch zustimmungsfähige Resultate der Machtausübung sind dabei keineswegs ausgeschlossen. Wäre es anders und hätte Burckhardt recht, so müsste uns die Rede von guten Mächten, wie sie auch Nichtchristen durch Dietrich Bonhoeffers gleichnamiges Gedicht aus der Gestapohaft vertraut sein dürfte, als *contradictio in adiecto* erscheinen. Aber das tut sie nicht. Und gewiss verorten wir gute Mächte nicht nur im christlichen Himmel, sondern auch auf Erden: Ohne gute Mächte, ohne zum Guten genutzte Macht, gäbe es weder rechtsstaatliche Ordnungen noch sozial wirksame Emanzipationsbewegungen noch irgendein werterhaltendes oder weltverbesserndes Tun, das sich gegen Widerstände zur Geltung zu bringen vermag und eben darin Macht einsetzt oder allererst entfaltet.

Macht und Gier

In Max Webers Begriffsbestimmung der Macht, auf die ich soeben angespielt habe und die im weiten Feld einschlägiger Definitionsofferten die theoretisch durchdachteste und analytisch griffigste bleibt, ist die unerschöpfliche Vielfalt der Mittel, Zwecke und Willensstellungen festgehalten, unter denen sich Macht als potenziell oder aktuell verhaltenswirksame Asymmetrie sozialer Beziehungen auskristallisiert – hier zum Guten und Richtigen, dort zum Falschen und Bösen, auf das Ganze gesehen also ambivalent: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“ Die erdrückende wirtschaftliche oder militärische Überlegenheit eines großen Landes über kleinere Nachbarstaaten instanziiert entsprechende Machtchancen. Aber selbstverständlich ist das Spektrum der auf diese oder jene Weise erschlossenen und so oder so genutzten Machtquellen viel breiter – „soziologisch amorph“, wie Weber sagt. Man denke dafür etwa an Amtsbefugnisse und Hierarchiestufen, an innerbetriebliche oder auch innerfamiliäre Belohnungs- und Sanktionssysteme, an persönliches Charisma oder systemrelevanten Wissensbesitz, ja selbst an die Glücksressource Sex, deren streikförmige Verweigerung durch Lysistrata und

ihre Mitstreiterinnen bei Aristophanes zum segensreichen, weil friedensstiftenden Machtmittel und dergestalt zur Pointe einer anhaltend lehrreichen Politsatire wird.

Dass Jacob Burckhardts pessimistisch generalisierte Kritik der Macht in der Tat nicht deren Wesen enthüllt, sondern eine Entartungsform der politischen Machthabe beklagt, ist im Kontext seines Basler Vorlesungszyklus *Über das Studium der Geschichte* (1868–1873), dessen nachgelassene Textgrundlage unter dem Herausgebertitel *Weltgeschichtliche Betrachtungen* (1905) wirkungsreich wurde, offensichtlich: „Sie [die Macht]“, so lesen wir im unmittelbaren Anschluss an das zitierte Bosheitsverdikt, „ist kein Beharren, sondern eine Gier und eo ipso unerfüllbar. Daher in sich unglücklich und muss Andere unglücklich machen.“ Was so charakterisiert und im weiteren Kontext durch summarische Verweise auf Louis XIV., Napoleon und „die revolutionären Volksregierungen“ der Zeit nach 1789 veranschaulicht wird, ist ersichtlich nicht Macht schlechthin, sondern ihre Entstellung durch den schwerwiegenden Gerechtigkeitsdefekt der Pleonexie: das lasterhaft eigennützige Mehrhabenwollen, dessen moralphilosophische Analyse in Platons Dialogen und – systematischer – in Aristoteles’ *Nikomachische[r] Ethik* auch im 21. Jahrhundert lesenswert bleibt.

Der begrifflich abwegigen Gleichsetzung von Macht und pleonektisch missbrauchter Macht wohnt gleichwohl ein nicht vorschnell zu relativierender Erfahrungsgehalt inne: die Einsicht, dass bestimmte Grade an politischer Machtfülle nicht nur durch Pleonexie verderblich werden können, sondern ihrerseits – entsprechende Dispositionen vorausgesetzt – Pleonexie, oder wie Burckhardt formuliert, Gier, die Gier nach mehr und immer mehr Macht, hervorzurufen vermögen. In der Tat ist die Geschichte politischer Ordnungen überreich an Beispielen dafür, dass und wie Machtkonzentration unter institutionell und charakterlich ungünstigen Bedingungen in Exzesse des Machtmissbrauchs umschlägt oder allmählich in einen entsprechenden *status corruptionis* abgeleitet.

Macht kontrolliert Macht

Die pleonektische Verfallstendenz politischer Macht zwingt seit jeher zur Frage nach ihrer heilsamen Begrenzung. Traditionell lassen sich dabei zwei Ebenen oder Dimensionen unterscheiden: die äußere und die innere Begrenzung von Macht. Auf der äußeren Ebene stehen einhegkende Institutionen, Verfahren und Gegenmächte. Vollends seit Montesquieus *De l’esprit des lois* (1748) gilt die Gewaltenteilung als paradigmatisches Instrument, Macht durch Macht zu kontrollieren. Entsprechend gebaute Verfassungen, staatlich garantierte Grundrechte, unabhängige Gerichte, die parlamentarische Kontrolle der Exekutive, freie Medien

und eine vitale Zivilgesellschaft bilden – idealiter – ein Geflecht von *checks and balances*, das Machtstreuung gewährleistet und den Ausbruch von Willkür, Eigennutz und Korruption in hohen Positionen erschwert. Die besagten Arrangements sind denn auch keine bloßen Funktionalitäten rationaler Machtökonomie; sie sind der kulturell kostbare Ausdruck eines geschichtlichen Lernprozesses, der das Wissen um die Gefährdungen ungebändigter Macht in die Weisheit institutioneller und prozeduraler Vorkehrungen übersetzt hat.

Delegitimierung altbewährter Verfahren

Die frappante Aggressivität der seit Januar 2025 auf der Großleinwand der US-amerikanischen Politik orchestrierten Vorstöße zur autokratischen Repersonalisierung präsidentieller Macht demonstriert allerdings wie gegenwärtig nichts sonst die Fragilität solcher Vorkehrungen: „Destroy it all.“ Wie man jetzt, im unmittelbaren Vorfeld der 250-Jahr-Feier der Gründung der USA, mit gesteigertem Erschrecken sieht, lassen sich machtbegrenzende Institutionen sehr wohl auf legale oder halblegale Weise aushöhlen; altbewährte Verfahrensordnungen lassen sich aushebeln oder vorläufig umgehen; verfassungsmäßig verankerte Kontrollinstanzen lassen sich zur Selbstabdankung wenn nicht überreden, dann nötigen und allemal diffamatorisch delegitimieren. Der Informations-, Desinformations- und Hysterie-Umsatz digitaler Öffentlichkeiten tut dabei ein Übriges; ebenso quer einschießende oder absichtsvoll erzeugte Krisen geopolitischen Formats, die den operativ anfallenden Entscheidungsdruck erhöhen und ihrerseits Exekutivdominanz begünstigen. In solchen Konstellationen zeigt sich, dass die äußere, die institutionelle und verfahrensförmige Einhegung politischer Macht allein nicht ausreicht. Effektive Einhegung setzt vielmehr Akteure voraus, die aus Einsicht in den guten Sinn von Einhegung handeln.

Hier tritt die innere Begrenzung von Macht ins Spiel. Sie betrifft die Selbstbindung der Machthabenden an Prinzipien und Tugenden. In der politologischen und soziologischen Selbstbeschreibung moderner Gesellschaften bleibt diese Dimension oft unterbelichtet, weil sie vergleichsweise schwer, nämlich nur über den langwierigen Prozess moralischer Erziehung und Selbsterziehung institutionalisierbar und nicht etwa durch Unterschriften und Amtsantritte von Person zu Person übertragbar ist. Gleichwohl ist sie unverzichtbar. Ernst genommene Eide, gelebte Amtsethiken, verinnerlichte Normen politischer Kultur und persönliche Integrität bilden ein Reservoir an Selbstverpflichtungen, ohne das Verfahren und formale Regeln wirkungslos oder wirkungsschwach bleiben. Die philosophische Tugendethik – von Aristoteles bis Philippa Foot – hat dieses Erfordernis in gewiss unterschiedlichen Theorievorschlägen, aber

eindrucksvoll konstanter Begrifflichkeit formuliert: Mäßigung, Gerechtigkeit, Klugheit, Beharrlichkeit und Verantwortungsbewusstsein sind demnach nicht private Zierden, sondern öffentliche Notwendigkeiten im erstpersönlichen Umgang mit Macht.

Die Aktualität dieser Perspektive zeigt sich nicht zuletzt im Bereich der politischen Kommunikation. Wo Diskurs- und Gesprächsformen verkommen, wo sie durch monologische Willensbekundungen und stoßweise Affektentladungen ersetzt werden, verliert Macht eine ihrer wichtigsten inneren Begrenzungen: die Bereitschaft, sich im Medium argumentativer Rede zu artikulieren, zu rechtfertigen und erforderlichenfalls auch korrigieren zu lassen. Wo dieser elementare Wille zum Dialog und die ihn tragenden Fähigkeiten verschwinden, muss Machthabe innerlich und alsdann auch äußerlich entgleisen.

Selbstkontrolle der Mächtigen

Die Unterscheidung von äußerer und innerer Begrenzung darf freilich nicht als Alternative missverstanden werden. Beide Ebenen sind und bleiben interdependent. Institutionen – wir sehen es mit eigenen Augen – erodieren ohne die ethischen und dianoetischen Tugenden derer, die in ihnen agieren und interagieren; Tugenden wiederum bleiben ohne institutionelle Bewährung und Auswirkung steril. Erst durch ihr Zusammenspiel wird Macht beherrschbar und als kontrollierte Herrschaft menschenmöglich gut.

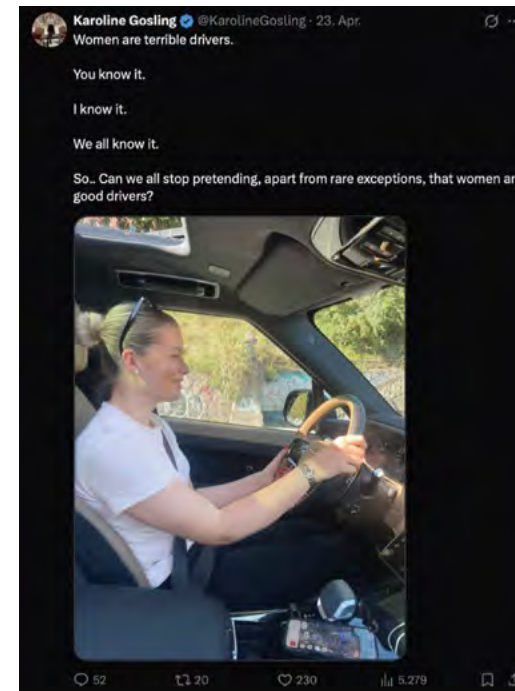
Wichtig bleibt bei all dem begriffliche Klarheit. Wer destruktive Entgrenzungen von Macht verhindern will, muss Macht zunächst als das erkennen und anerkennen, was sie ist: eine unvermeidliche, allemal ambivalente und dauerhaft riskante Dimension sozialer und politischer Asymmetrie. So verstanden erweist sich der Begriff der Macht selbst als ein kognitives Instrument zur Begrenzung der von ihm bezeichneten Sache: Er erlaubt uns, zu sehen, wo Asymmetrien bestehen, wo Entscheidungen unilateral durchgesetzt werden und wo Alternativen fehlen. In einer Zeit, in der politische und soziale Prozesse zunehmend komplex und bisweilen kaum mehr durchschaubar erscheinen, ist diese Sichtbarkeit von besonderer Bedeutung. Die eigentliche Herausforderung besteht allerdings darin, Macht weder zu dämonisieren noch zu verharmlosen. Wer sie dämonisiert, verkennt ihre konstitutive Rolle für Ordnung, Recht und Freiheit. Wer sie verharmlost, verschleiern ihre perniziösen Potenziale. Zwischen diesen Extremen gilt es, eine Haltung zu kultivieren, die man als aufgeklärte Nüchternheit bezeichnen und als den fortgesetzten Versuch empfehlen darf, Macht theoretisch zu verstehen, empirisch zu lokalisieren, normativ zu beurteilen und praktisch sinnvoll zu begrenzen – von außen und allemal auch von innen.

Digitale Machtressourcen

Annekathrin Kohout
Geboren 1989 in Gera,
Kultur- und Medienwis-
senschaftlerin, freie
Autorin zu Popkultur,
Internetphänomenen und
Kunst, Mitherausgeberin
und Redakteurin der
Zeitschrift „POP. Kul-
tur und Kritik“ sowie
der Buchreihe „Digitale
Bildkulturen“.

Das Rohmaterial für die Reaktionskultur

Sie hat ein Gesicht, einen Namen, einen Stil und eine „Nische“, wie es im Social-Media-Sprech so schön heißt: Karoline Gosling inszeniert sich auf ihren Bildern, als sei sie einem Influencer-Moodboard entsprungen – neugierig, aufgeweckt, Kultur und Reisen zugewandt, fast schon kosmopolitisch. Das blond gestrählte, durchgestufte Haar fällt locker über ihre Schultern oder ist zur für Vertreter der Gen Z üblichen *Sleek*-Frisur gebunden. Sie trägt modische, kurze Röcke, Designertaschen und lange rote Fingernägel. Man sieht sie wahlweise vergnügt am Steuer ihres Autos sitzen, mit einem *Iced Latte* durch eine sonnige Innenstadt laufen, als Foodie in unterschiedlichen Lokalen speisen oder ein Spiegelf selfie aus einem schicken Hotelzimmer posten. Eine Bildsprache, die vollständig in den Konventionen der Plattformen aufgeht.



Quelle: @KarolineGosling auf X

Auf den ersten Blick ist Karoline Gosling eine von vielen jungen Frauen, die gekonnt das Netz zu ihrer Bühne gemacht haben. Doch schon ihr Name klingt wie eine seltsam unglaubliche Konstruktion, aus diesem typisch deutschen Vornamen und dem Nachnamen des Schauspielers Ryan Gosling.

Die Bilder jedoch stehen nicht für sich. Sie illustrieren Texte, die in einem kaum größeren Widerspruch zum Bildprogramm stehen könnten: „The more women voted and were encouraged to vote, the worse the world got“ – steht da über einem Selfie. Der Effekt ist stark, weil man eine solche Geste der Selbstausslieferung nur selten sieht: Seht her, ich bin eine Frau und bin gegen meine eigenen Rechte! Zum Bild am Steuer ihres Fahrzeugs schreibt sie: „Women are terrible drivers. You know it. I know it. We all know it. So ... can we all stop pretending, apart from rare exceptions, that women are good drivers?“ Was ist los mit dir, Karoline?, möchte man fragen. Dabei gehören diese Posts

noch zu den harmloseren. „Make Men Misogynistic Again“ oder „I will raise all my children to be sexist against women, just to balance things back to normal“ lesen sich wie Slogans aus einem antifeministischen Fiebertraum.

Ihre ideologische Heimat ist schnell umrissen: Feminismus mache Frauen unglücklich, widerspreche ihrer Natur und ihrer christlichen Bestimmung, zerstöre Familien, destabilisiere Gesellschaften und sei wahlweise eine Lüge, ein Scam oder gleich satanistisch; der Westen gehe zugrunde, weil Frauen zu viel Freiheit erhalten hätten. Antifeminismus, christlicher Traditionalismus, Untergangserzählung und Kulturkampf verschalten sich hier zu einem Repertoire, das auf der Plattform X seit ihrer Übernahme durch Elon Musk auf eine besonders empfängliche Männerszene trifft.

Wer ist Karoline Gosling?

Karoline Gosling ist eine Frau, wie sie sich eine bestimmte Sorte Mann im Netz gern backen würde: jung, blond, attraktiv, westlich, lifestyle-orientiert und bereit, all das zu sagen, wofür diese Männer selbst als rückständig, frauenfeindlich oder autoritär kritisiert würden. „If we took away the female vote, how long before society would be fixed and nice

again?“, fragt sie in einem Tweet ihre rund 50.000 Follower (Stand April 2026). Und sofort geschieht, wofür dieser Account gemacht ist: Männer antworten. Sie belehren, erklären, bestätigen, fantasieren. Eine sexy Frau spricht endlich aus, was sie selbst schon lange denken! Daraus lässt sich in den einschlägigen Communitys schnell ein größeres Narrativ machen: Viele Frauen wollen diesen Feminismus doch gar nicht. Viele Frauen sehnen sich eigentlich nach traditioneller Ordnung. Selbst das Frauenwahlrecht sei ihnen, wenn man nur ehrlich wäre, gleichgültig oder sogar lästig. Karoline Gosling ist keine Meinungsträgerin, sondern eine Projektionsfigur. Sie liefert jenen Männern nicht nur Retweettaugliche Sätze, sondern die Illusion weiblicher Zustimmung.

Eigentlich müsste Karoline Gosling aus Sicht dieser Männer fast zu perfekt sein, um wahr zu sein. Immerhin wird auf *Reddit* Skepsis laut. Ein Nutzer formulierte dort jüngst sinngemäß: Wenn diese Frauen wirklich Tradwives wären, würden sie ihre Social-Media-Accounts löschen und nur mit Menschen sprechen, mit denen es ihr Ehemann erlaubt. Also alles nur Fake?

Vieles spricht dafür, dass Karoline Gosling tatsächlich nicht existiert. Sie hat keine erkennbare Geschichte außerhalb von X, keine Spuren, die über den Account hinausweisen. Dieselben Bilder wiederholen sich seit Monaten in verschiedenen Kombinationen. Manche Motive wirken generisch, andere offensichtlich synthetisch. Bilder, die sie mit Elon Musk oder Donald Trump zeigen sollen, sind erkennbar KI-generiert. Vielleicht ist Karoline Gosling ein Bot? Vielleicht auch nur ein halb-automatisierter Account? Vielleicht wird sie von einem Menschen betrieben, der sich mithilfe generativer KI eine antifeministische Influencerin gebaut hat?

Für die Funktion des Accounts ist all das unerheblich. Ob hinter Karoline Gosling eine Frau, ein Mann, ein Team oder eine Maschine steht – das Profil tut, was es soll. Es ist ein *Baiting*-Account, ein Profil, das nicht (wie sonst für Influencer üblich) authentisch und glaubwürdig sein, sondern reizen und triggern will. Und je größer das Einzugsgebiet, desto besser. So werden Verbündete geködert, weil sie sich bestätigt fühlen, und Gegnerinnen, weil sie widersprechen müssen.

Die Reaktion macht den Inhalt

Karoline Gosling ist keine Randerscheinung, sondern ein typisches Symptom der gegenwärtigen Plattformkultur. Einer Kultur, in der die Reaktionen wichtiger geworden sind als die Inhalte, insofern sie darüber bestimmen, was sichtbar wird und Aufmerksamkeit erhält. Denn nur Reaktionen stimulieren den Algorithmus, der wiederum für den Vertrieb der Inhalte zuständig ist.



Quelle: @KarolineGosling auf X

Ein Satz wie „Feminist did more damage to the world than Misogyny ever did or will do“ bleibt nicht als bloße Behauptung irgendwo im Nirgendwo stehen, obwohl das zweifellos ein angemessenes Schicksal für ihn wäre. Er wird zustimmend beantwortet, empört geteilt, ironisch kommentiert oder in andere Kontexte überführt. Jede dieser Reaktionen, ob bestätigend oder ablehnend, trägt ihn weiter und gibt ihm Gestalt und Bedeutung.

In meinem Buch *Hyperreaktiv*¹ beschreibe ich Likes, Shares, Kommentare, *Quote-Tweets*, *Stitches* oder *Reaction-Videos* als eigenständige Sprechakte. Sie sind nicht nachträgliche Bewertungen einer ursprünglichen Aussage, sondern produzieren ihre Bedeutung mit, schon allein deshalb, weil sie sichtbar sind. Eine Reaktion fügt der Aussage eine Emotion, eine

Interpretation oder einen Kontext hinzu. In großer Zahl entscheidet sie mit darüber, was eine Aussage überhaupt ist, ob sie als Provokation, als Witz, als Bekenntnis oder als Skandal in die Welt geht.

Die Professionalisierung der Reaktionskultur

Die Reaktionskultur professionalisiert sich seit Jahren – und sie wird strategisch instrumentalisiert. Das beginnt in politisch zunächst irrelevant erscheinenden Bereichen. Über den quantitativen Erfolg von K-Pop schrieb der Kolumnist David Tizzard kürzlich: „The YouTube view in K-pop is more a unit of work than cultural influence.“² Die hohen Klickzahlen messen nicht mehr kulturellen Einfluss, sondern den Arbeitsaufwand einer gut organisierten und strategisch agierenden Fangemeinschaft, die klickt und kommentiert, was das Zeug hält – oft auf mehreren Geräten gleichzeitig. Die Reaktionsmenge ist hier künstlich aufgebläht, ohne dass die einzelne Reaktion irgendetwas bedeutete.

Karoline Gosling steht auf der nächsten Stufe dieser Instrumentalisierung. Bei ihr werden nicht die Reaktionen produziert, sondern der Reaktionsanlass. Ein synthetisches Profil, das der Reaktionskultur permanent Rohmaterial bereitstellt. Einer ihrer bekanntesten Abnehmer? Elon Musk. Immer wieder kommentiert er ihre Postings mit „true“ oder einem Herz-Emoji und verschafft ihr so weitere Autorität.

Eine dritte Variante ist die strategische Überforderung der Öffentlichkeit durch die Bereitstellung von zu viel Rohmaterial, etwa durch Datenleaks. Wie sehr die Trump-Regierung die Logik der Reaktionskultur

¹ Annekathrin Kohout: *Hyperreaktiv. Wie in Sozialen Medien um Deutungsmacht gekämpft wird*, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 2025.

² David A. Tizzard: „The K-pop streaming illusion“, in: *The Korea Times*, 11.04.2026, www.koreatimes.co.kr/opinion/blogs/korea-deconstructed/20260411/the-k-pop-streaming-illusion [letzter Zugriff: 04.05.2026].

verinnerlicht hat, zeigte nicht zuletzt die Veröffentlichung der *Epstein Files*. Millionen Dokumente wurden unkommentiert, ohne redaktionelle Einordnung, ohne Priorisierung nach Relevanz und ohne Rücksicht auf die Opfer ins Netz geworfen – wohlwissend, dass dort True-Crime-Creatoren, Promi-Accounts und Aktivisten unterschiedlichster Couleur die Files in eine Eigendynamik überführen würden, in der das Material zur unkenntlichen Masse wird, die jeder nach eigenem Bedarf interpretiert. Genau diese Dynamik habe ich in *Hyperreaktiv* als Hyperinterpretation beschrieben.

Was bildet digitale Öffentlichkeit noch ab?

Im Netz werden Inhalte aller Art zu Rohmaterial. Es ist nicht mehr nötig, aufwendig eine Botschaft zu vermitteln. Es muss ein Reaktionsfeld hergestellt werden, auf dem die Communitys dann ihre eigenen Botschaften produzieren. Das kann handgemacht sein oder mithilfe von KI und Bots geschehen. Doch je synthetischer die Reaktionskultur wird, desto unsicherer wird auch, was digitale Öffentlichkeit überhaupt noch abbildet. Bislang konnte man die Erregung im Netz zumindest als – wenn auch verzerrten – Ausdruck gesellschaftlicher Konflikte lesen. Natürlich waren nicht alle beteiligt, nicht alle gleich laut und sichtbar. Aber irgendwo hinter den Postings, Kommentaren und Empörungswellen standen Menschen mit Interessen, Haltungen, Kränkungen und Weltbildern. Mit strategisch betriebenen *Baiting*-Profilen wie dem von Karoline Gosling erodiert diese Grundlage. Ist Karoline Gosling Ausdruck eines gesellschaftlichen Backlashs, einer Gegenreaktion gegen Feminismus – oder dessen Simulation? Ist sie Symptom einer realen Radikalisierung – oder doch ein Werkzeug, das Radikalisierung erst performativ hervorbringt?

In diesem Punkt ist man fast versucht, sich wieder zu beruhigen. Wenn das alles sowieso nur Fakes sind, ist es ja nicht so schlimm! Doch auch synthetische Bilder können real wirken. Auch eine künstliche Figur kann echte Männer zu echten Sätzen bringen. Die Grenzen des Sag- und Denkbaren verschieben sich nicht erst, wenn eine Mehrheit überzeugt ist. Sie verschieben sich, wenn genug Menschen den Eindruck gewinnen, eine Mehrheit könnte bereits so denken. Vielleicht war die „Dead Internet Theory“, jene halb belächelte Verschwörungserzählung, nach der das Netz längst von Bots bevölkert sei und die verhältnismäßig wenig übrig gebliebenen echten Menschen sich wundern, warum die Diskurse so seltsam geworden sind, ihrer Zeit voraus.

Notwendige Zumutungen

Über Macht und Meinungsfreiheit

Frauke Rostalski
Geboren 1985 in Bad Nauheim, seit 2018 Inhaberin des Lehrstuhls für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtsphilosophie und Rechtsvergleichung, Universität zu Köln, seit 2020 Mitglied des Deutschen Ethikrates.

Die Meinungsfreiheit ist in den letzten Jahren durch verschiedene Rechtsentwicklungen unter Druck geraten. Äußerungsdelikte wurden erweitert, während sich die Strafverfolgungspraxis immer öfter auf Taten erstreckt, die allenfalls ein sehr geringes Verhaltensunrecht aufweisen. Ein bekanntes Beispiel dafür lieferte der frühere Bundeswirtschafts-

minister Robert Habeck mit seinem Strafantrag gegen einen Rentner wegen eines Memes, in dem der ihn als „Schwachkopf“ bezeichnet hatte.¹ Auch europäische Rechtssetzungsakte wie der *Digital Services Act* tragen zur Gefährdung der Meinungsfreiheit bei.² Derweil liegen neue Regulierungsvorschläge mit weitreichenden Folgen für die Meinungsfreiheit bereits auf dem Tisch. Manche sprechen sich für eine Klarnamenpflicht

aus, viele für ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche unter vierzehn Jahren.³ Zudem sieht ein Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) vor, dass Angeklagten im Fall einer Verurteilung wegen Volksverhetzung künftig für eine gewisse Zeit das passive Wahlrecht entzogen werden kann.⁴

Effekte der Selbstzensur

Die Mitglieder der deutschen Bundesregierung stehen in besonderer Weise für Macht – im Sinne von Max Weber verstanden als die Möglichkeit, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.⁵ Seit einigen Jahren lässt sich beobachten, dass Mächtige immer weniger bereit sind, verbale Angriffe auf ihre Person ohne Einsatz des Strafrechts hinzunehmen.⁶ Gewachsene Verletzlichkeit trifft dabei auf eine gesteigerte Bereitschaft von Strafverfolgungsbehörden, selbst solche Äußerungen zum Gegenstand eines Strafverfahrens zu erheben, die noch vor wenigen Jahren als Bagatellen eingestuft worden wären.⁷ Und auch der vielfach geäußerte Wunsch nach mehr Kontrolle im Netz entspricht einem weitverbreiteten politischen Zeitgeist.⁸ Eine Umsetzung hat dieser in der jüngeren Vergangenheit bereits durch verschiedene, auch gesetzliche Maßnahmen erfahren. Im Vordergrund steht dabei der *Digital Services Act*, der insbesondere das Institut der *Trusted Flagger* eingeführt hat – staatlich beliehene Privatorganisationen, die in sozialen Medien auf die Suche nach Hass, Hetze und Fake News gehen und deren Meldungen seitens der Plattformbetreiber bevorzugt berücksichtigt werden müssen.

Die Tätigkeit von *Trusted Flaggern* zieht Effekte der Selbstzensur nach sich.⁹ Menschen verstummen, wenn sie sich nicht sicher sind, ob sie ihre Meinung frei äußern dürfen – sie schweigen selbst dort, wo sie erlaubterweise sprechen dürften. Diese ernst zu nehmende Freiheitsgefährdung liegt auf einer Linie mit aus dem Boden sprießenden staatlich finanzierten Meldebehörden, bei denen diskriminierende Äußerungen, Hass und Hetze gemeldet werden dürfen, unabhängig davon, ob diese von der Meinungsfreiheit gedeckt sind. Zudem kümmert sich der gemeinsam vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) finanzierte „Beratungskompass Verschwörungsdenken“ seit einiger Zeit um die Anliegen jener, die ungewollt mit Verschwörungstheorien in Berührung gekommen sind.¹⁰ Und auch der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Thomas Haldenwang erklärte vor einiger Zeit öffentlichkeitswirksam in einer großen deutschen Tageszeitung, dass selbst Meinungen unterhalb der Schwelle zum Strafbaren für die Sicherheitsbehörde „relevant“ seien.¹¹

1 Max Kolter: „Die Hintergründe der Hausdurchsuchung im ‚Schwachkopf‘-Fall. Volksverhetzung gegen Robert Habeck?“, in: Legal Tribune Online, 15.11.2024.

2 Siehe nur Josef Lindner / Frauke Rostalski / Elisa Hoven: „Freiheitsgefährdungen“, in: JuristenZeitung (JZ), Heft 21, 2025, S. 945 ff. m. w. N.

3 Siehe nur BR24 Redaktion: „‚Wissen, wer sich zu Wort meldet‘: Merz will Klarnamen im Netz“, in: BR24, 19.02.2026.

4 Referentenentwurf BMJV zur Stärkung des strafrechtlichen Schutzes des Gemeinwesens, S. 8.

5 Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Halbband 1, 5. Aufl. 1976, S. 28 [zitiert lt. Original].

6 Speziell zur Häufung der Anzeigen gestützt auf den Tatbestand der Politikerbeleidigung i. S. d. § 188 StGB in den Fällen von Robert Habeck, Annalena Baerbock, Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Alice Weidel bereits Elisa Hoven / Frauke Rostalski, *Goltdammer’s Archiv für Strafrecht* (GA) 2025, 421 ff.

7 Ebd.

8 Kritisch etwa Christoph Gröpl: „Wie viel Meinungsfreiheit verträgt der Rechtsstaat?“, in: *Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht* (NVwZ), Heft 5, 2025, S. 281, S. 284 ff.; Elisa Hoven / Frauke Rostalski: „Moment mal, Herr Günther“, in: *Die Zeit*, 13.01.2026.

9 Siehe Lindner / Rostalski / Hoven, a. a. O., siehe Rn. 2.

10 BMFSFJ / (BMI): *Beratungskompass Verschwörungsdenken*. Ein Angebot im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“.

11 Thomas Haldenwang: „Die Meinungsfreiheit ist kein Freibrief für Verfassungsfeinde“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 01.04.2024.

12 Befragung des IfD Allensbach zur gefühlten Meinungsfreiheit in Deutschland bis 2024.

13 Bundesverfassungsgericht (BVerfGE), Urteil vom 15.01.1958, BVerfGE 7, 198, 208.

14 BVerfGE 93, 266, 293.

15 Vgl. speziell zur Versammlungsfreiheit BVerfGE 69, 315, 346; BVerfG, NJW 2001, 2459, 2460.

Dass die Luft für die Meinungsfreiheit zunehmend dünner wird, spüren viele Menschen. Noch nie war die Meinungsfreiheit gefühlt so schlecht wie in diesen Tagen.¹² Dieses Gefühl ist jedoch mehr als nur ein Gefühl: Wie beschrieben, findet es in verschiedenen bereits umgesetzten oder derzeit geplanten Gesetzesänderungen seinen unmittelbaren Ausdruck. Wer diese Entwicklung unter Hinweis auf den hohen Wert der Meinungsfreiheit kritisiert, stößt verbreitet auf wenig Gegenliebe. Den „Falschen“ schütte man Wasser auf deren Mühlen, womit das Berufen auf die Meinungsfreiheit, ehe man sich versieht, einen rechtsextremistischen Beigeschmack bekommt. Als Juristin reibt man sich da manches Mal die Augen: Wie schnell konnte ein so hoher verfassungsrechtlicher Wert so sehr in Verruf geraten?

Schutzbedürfnis der Machtkritik

Daher aus gebotenem Anlass eine kleine Erinnerung: In den Worten des Bundesverfassungsgerichts ist das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung „als unmittelbarster Ausdruck der menschlichen Persönlichkeit in der Gesellschaft eines der vornehmsten Menschenrechte überhaupt. Für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ist es schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist. Es ist in gewissem Sinn die Grundlage jeder Freiheit überhaupt“.¹³ Der Schutz der Meinungsfreiheit ist „aus dem Schutzbedürfnis der Machtkritik erwachsen [...] und [findet] darin unverändert seine Bedeutung“.¹⁴

Grundrechte sind übrigens immer Minderheitenrechte.¹⁵ Auf sie beruft sich in aller Regel nur derjenige, der sich in seinem Freiheitsrecht bedroht sieht – was in einem Gemeinwesen in allererster Linie jene sind, die gegenwärtig nicht zur Mehrheit oder zumindest nicht zum Kreise der Mächtigen gehören. Natürlich kennt die Meinungsfreiheit Grenzen – das Grundgesetz benennt sie in Artikel 5 Absatz 2: „Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“ Die entscheidende Frage ist jedoch, ob die Schranken der Meinungsfreiheit durch Gesetz immer mehr erweitert werden sollten – ob es also beispielsweise immer weitergehender Strafgesetze et cetera wirklich bedarf. Woran uns die Worte des Bundesverfassungsgerichts erinnern sollten, gefährdet nämlich jede weitere Beschränkung der Meinungsfreiheit, selbst wenn sie den Vorgaben der Verfassung genügt, die Grundlage unseres freiheitlich-demokratischen Miteinanders. Etwas mehr Resilienz gegenüber dem Wort des Andersdenkenden erscheint daher geboten.

Vor diesem Hintergrund sollte auch der Ruf nach einer Aufhebung von Anonymität im Netz nicht unkritisch übernommen werden. Wird er von führenden Politikern erhoben, stellt sich durchaus die Frage, ob an dieser Stelle das notwendige Problembewusstsein im Hinblick darauf verloren gegangen ist, was es für eine liberale Demokratie bedeutet, Meinungsfreiheit mehr und mehr zu beschränken. Die Antwort mag sich ein jeder selbst geben. Mit „Waffengleichheit“ im Netz hat es jedenfalls wenig zu tun, wenn es um Kritik am Regierungshandeln geht. Insbesondere für Regierungsmitglieder ist es ein Leichtes, sich politisch zu äußern – während viele andere Menschen im Land durch ein und dasselbe Verhalten, vor allem dann, wenn es sich gegen Mächtige wendet, einiges zu verlieren haben.

Dabei geht es nicht bloß um die Sorge vor Strafverfolgung. Wir leben heute in einer Gesellschaft, die ihre öffentlichen Debatten immer unerbittlicher führt. Vor einiger Zeit habe ich dieses Phänomen als „Diskursvulnerabilität“ bezeichnet.¹⁶

Ursache von Lagerbildung

Damit ist gemeint, dass Menschen immer häufiger dazu neigen, ihre individuelle Moralvorstellung so sehr aufzuladen, dass sie zu einem Teil ihrer Identität wird. Gegenargumente, auch wenn sich diese auf einer Sachebene bewegen, werden dann als persönlicher Angriff gewertet und auf derselben Ebene beantwortet. Das führt zu Lagerbildung; es führt dazu, Menschen als Person abzuwerten, sie auszuschließen, und zwar nicht bloß aus dem Gespräch, sondern aus dem eigenen sozialen Kreis. Viele Menschen fürchten sich vor dieser Form der sozialen Ächtung und davor, durch ihre Äußerung bei anderen eine solche Reaktion hervorzurufen – bei Freunden, Verwandten, dem Arbeitgeber oder dem Vermieter. Anders als führende Politiker können sie sich als einfache Bürger dabei jedoch nicht darauf zurückziehen, bloß in ihrer „Rolle“ oder „Funktion“ gesprochen zu haben – sie werden persönlich und unmittelbar für das Gesagte in die Pflicht genommen.

Für ein Social-Media-Verbot für Kinder und Jugendliche sprechen gute Gründe, die insbesondere den Gesundheitsschutz betreffen.¹⁷ Dass diese freilich erst dann ins Gesichtsfeld der Mächtigen treten, wenn Parteien wie die Linkspartei oder die AfD auf Social Media große Erfolge feiern,¹⁸ während die Accounts anderer Parteien mitunter allenfalls satirischen Anklang finden, erweist sich allerdings als nicht unproblematisch. Schnell entsteht so der Eindruck, es ginge vornehmlich darum, die Jugend vor dem frühzeitigen Einfluss des politischen Gegners zu bewahren, um keine potenziellen Wähler zu verlieren. Ebenso wenig erweckt es Vertrauen in die Mächtigen und ihre eigene Überzeugung

16 Frauke Rostalski: Die vulnerable Gesellschaft. Die neue Verletzlichkeit als Herausforderung der Freiheit, München 2024, allgemein zum Phänomen einer Diskursvulnerabilität S. 106 ff.

17 Vgl. etwa U. S. Surgeon General, Social Media and Youth Mental Health Advisory, S. 4; Karina Grisse: „Elterliche Sorge und Aufsichtspflichten bei der Nutzung digitaler Medien durch Kinder“, in: Neue Zeitschrift für Familienrecht (NZFam), Heft 22, 2022, S. 189, S. 192; Jan Schlömer / Stefan Kehrberg: „Demokratien unter Druck. Wie Desinformation Wahlen beeinflusst“, in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), Heft 1, 2025, S. 2, S. 4.

18 Bertelsmann Stiftung: „Algorithmen im Wahlkampf“, 03.11.2025; Caroline Drees: „Bundestagswahl 2025: Warum die Linke bei Jungen so durchstartet“, in: ZDFheute, 24.02.2025.

19 Heribert Ostendorf / Milan Kuhli, in: Nomos-Kommentar Strafgesetzbuch (NK-StGB), 6. Aufl. 2023, § 130 Rn. 8a (zur Problematik der „inneren Friedensstörung“).

von der Richtigkeit ihres politischen Handelns, wenn das ohnehin umstrittene Instrument der Entziehung des passiven Wahlrechts weiter ausgedehnt werden soll – zumal auf eine Vorschrift wie Paragraph 130 Strafgesetzbuch (StGB), der seit jeher aufgrund seiner unklaren Konturen in der Kritik steht.¹⁹

Es gehört in einer freiheitlichen Demokratie zur Aufgabenbeschreibung der Mächtigen, Kritik zu ertragen. Davor ist kein Mächtiger geschützt. Machtkritik ist einer der wichtigsten Bausteine eines auf die größtmögliche Freiheit aller angelegten Gemeinwesens. Was allen Beteiligten klar sein sollte: Es geht um die Sache. Nicht um die eigenen Befindlichkeiten, nicht um den persönlichen Wunsch, sich selbst oder anderen Macht zu erhalten. Kritik an den Mächtigen ist immer auch ein möglicher Weg, Dinge besser zu machen als in der Vergangenheit. Sie zu erschweren, heißt, dem freiheitlichen Gemeinwesen selbst Schaden zuzufügen.

Internetlinks zu den Quellenangaben sind in der Onlinefassung des Beitrags enthalten, abrufbar unter <https://kas.de/notwendige-zumutungen> [Anm. d. Redaktion].

Die vierte Gewalt im Umbruch

Julia Ruhs
Geboren 1994 in Ludwigsburg, Altstipendiatin der Journalistischen Nachwuchsförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung (JONA), arbeitet für den Bayerischen Rundfunk (BR), Moderatorin des Reportageformats „Klar“, Buchautorin und Kolumnistin für „BILD“.

Warum Journalismus wehtun muss

Früher entschieden Redaktionen, was öffentlich wird. Heute kann jeder senden. Der Machtverlust klassischer Medien verändert den Journalismus radikaler, als viele es wahrhaben wollen.

Seit einiger Zeit hält sich in manchen Köpfen hartnäckig die Idee, als Journalist müsse man ähnlich sensibel wie den Inhalt auch die Wirkung seiner Berichterstattung durchdenken. Es komme also nicht nur darauf an, was man berichtet, sondern darauf, wie es aufgefasst werden könnte und welche Konsequenzen die Zuschauer eventuell daraus ziehen.

Ich gebe hier mal ein Beispiel, das ich selbst erlebt habe: Für das Format „Klar“ hat der Bayerische Rundfunk einen 30-minütigen Film zum Thema Islamismus gemacht, der auf YouTube und in der

ARD-Mediathek abrufbar ist. Weil die Religionsfreiheit ein hohes Gut ist, haben wir zwischen Islam und Islamismus klar getrennt. Nach der Ausstrahlung der Reportage gab es trotzdem Programmbeschwerden – unter anderem vom Islamrat, dessen größtes Mitglied die Islamische Gemeinschaft *Millî Görüş* ist, die vom Bundesamt für Verfassungsschutz als islamistische Gruppierung eingestuft wird.

Der Vorwurf des Islamrats bezog sich nicht auf sachliche Fehler, sondern auf die angebliche Wirkung des Beitrags: „Die Beschwerde richtet sich nicht gegen die Berichterstattung über Extremismus, sondern gegen die pauschalisierende, antimuslimische Wirkung, die der Beitrag entfaltet“, so die Pressemitteilung. Der Beitrag sei „gesellschaftlich gefährlich“. Als Beleg hierfür wurden auch Kommentare unter dem YouTube-Video angeführt, in denen manche Zuschauer weniger zwischen Religion und Extremismus differenzierten, als wir es im Film taten.

Der *Deutschlandfunk* – ebenfalls Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – griff die Kritik auf und befragte eine Medienwissenschaftlerin. Ihre Einschätzung: Im Internet könnten Beiträge wie unsere Islamismus-Reportage als „Brandbeschleuniger“ wirken. Zuschauer würden Differenzierungen nicht übernehmen. Man sehe hier, dass das Ganze in der Onlinewelt mit ihren eigenen Dynamiken eine andere Dimension bekomme, so die Medienwissenschaftlerin.

Inhalt versus Wirkung

Solche Argumentationsmuster begegnen mir inzwischen häufiger. Immer wieder wird Berichterstattung nicht mehr nur an ihrem Inhalt gemessen, sondern an ihrer vermuteten gesellschaftlichen Wirkung. Kritische Beiträge gelten schnell als problematisch, weil sie angeblich „Ressentiments verstärken“ oder falsche Hal-tungen fördern könnten. Bemerkenswert ist

dabei die Selektivität: Wird Migration positiv dargestellt, gilt das als gern gesehener Beitrag zur Toleranz. Wird sie kritisch beleuchtet, wird rasch von problematischer Wirkung gesprochen. Der implizite Gedanke dahinter lautet: Bestimmte Themen lieber nicht so klar benennen, weil daraus die „falschen“ Schlüsse gezogen werden könnten.

Natürlich gibt es Themen, bei denen die Folgen mitbedacht werden müssen – etwa dann, wenn die Persönlichkeitsrechte einer Person betroffen sind. Problematisch wird es aber, wenn Berichterstattung plötzlich gar nicht mehr wehtun darf, nur weil sie mit den angeblich Falschen ins Gericht geht.

Dabei ist der Auftrag des Journalismus eigentlich: sagen, was ist. Wenn man Dinge verschweigt, umschifft oder kleinredet, stärkt man am Ende genau die Kräfte, die man schwächen will. Davon bin ich überzeugt. Dann springen alternative Medien ein und behaupten, sie würden das „ganze Bild“ liefern. Aus dem hehren Anliegen heraus, Schaden von der Demokratie abzuwenden, macht man alles nur noch schlimmer.

Optimismus oder doch Verzerrung?

Der Begriff „konstruktiver Journalismus“ ist in den vergangenen Jahren zum geflügelten Wort geworden. Der Gedanke dahinter ist zunächst durchaus nachvollziehbar: Nachrichten sind oft von Krisen, Konflikten und Problemen geprägt. Ein etwas optimistischerer Blick auf die Welt kann deshalb sinnvoll sein. Problematisch wird es aber dort, wo „Konstruktivität“ zum Vorwand wird, um kritische Berichterstattung abzuschwächen oder sogar zu diskreditieren. Plötzlich wird unterschieden zwischen legitimer Kritik an Regierungen, Institutionen oder politischen Entscheidungen – und einem angeblich destruktiven „Schlechtreden“, „Niederschreiben“, „Delegitimieren“, das negative

Stimmungen verstärke und dem Vertrauen in Demokratie und Staat insgesamt schade. Insbesondere wenn alternative Plattformen scharfe Kritik äußern, gilt diese plötzlich als Desinformation oder Angriff auf die Demokratie, selbst dann, wenn sie in Teilen berechtigt sein mag.

Ich sehe es nicht als essenzielle journalistische Aufgabe, bei der Berichterstattung gleich Lösungen mitzuliefern oder Stimmungen zu managen. Journalismus muss Missstände ansprechen; Aufgabe der Politik ist es, sie zu lösen. Wenn eine Regierung in der Bevölkerung unbeliebt ist, liegt das nicht an zu kritischer Berichterstattung, sondern zum Beispiel an politischen Konstellationen, die nicht funktionieren. Solche Konstellationen gab es in den vergangenen Jahren nun mal häufiger.

Einige Medien verlieren auch deshalb an Rückhalt, weil viele Menschen den Eindruck haben, es werde dort zu viel gefiltert, geglättet, schöngeredet, weggelassen. Journalismus darf wehtun, er muss es sogar. Und ja: Er darf auch schlechte Laune machen.

Öffentlichkeit für alle

Menschen gehen mit ihrem Medienkonsum längst woandershin, wenn sie bestimmten Medien nicht mehr vertrauen. Niemand ist mehr auf klassische Medien angewiesen. Früher besaßen Medienhäuser eine privilegierte Stellung. Sie waren die „Gatekeeper“, die Instanz, die Realität filterte, ordnete und bewertete. Heute kann jeder senden. Jeder kann potenziell Millionen erreichen. Die Deutungshoheit klassischer Medien ist damit gebrochen. Diesen Machtverlust spüren Journalisten deutlich. Und viele reagieren darauf nicht mit Neugier oder Selbstkritik, sondern mit Abwehr.

Als der YouTuber Ben Berndt mit seinem Format „ungeskriptet“ durch ein Gespräch mit Björn Höcke (AfD) innerhalb kurzer Zeit

Millionen Klicks erreichte, reagierten Teile des klassischen Medienbetriebs reflexhaft empört. Wie könne man so jemandem nur eine Plattform bieten! Statt sich ernsthaft zu fragen, warum solche Formate auf so großes Interesse stoßen, wurde versucht, die neue Konkurrenz abzuwerten. Doch genau hier zeigt sich die neue Medienrealität: Wenn klassische Journalisten ein Interesse nicht bedienen, machen es eben andere – Influencer, Podcaster, YouTuber. Mit dem Ergebnis, dass dort möglicherweise weniger kritisch nachgehakt wird.

Keine Branche hat einen Anspruch auf ewige Relevanz. Die deutsche Autoindustrie spürt gerade schmerzhaft, was passiert, wenn neue Wettbewerber besser, schneller und billiger sind. Auch, weil man sich zu lange auf dem Erreichten ausgeruht hat. Für „etablierte“ Medien und ebenso die Parteienlandschaft gilt im Grunde dasselbe: Die eigene Bindekraft schwindet. Man sollte das als Ansporn für sich selbst sehen: Wettbewerb belebt bekanntlich das Geschäft.

Doch der Macht- und Vertrauensverlust klassischer Medien ist nicht allein hausgemacht. Es gibt noch einen anderen Grund: Durch die zahlreichen medialen Formate im Internet hatten Menschen noch nie zuvor so viele Möglichkeiten, sich zu informieren und Weltbilder zu vergleichen. Es klingt paradox – doch genau das erschüttert auch das Vertrauen in Medien. Denn wenn zu jedem Ereignis mehrere Narrative und Interpretationen der Realität kursieren, stellt sich zwangsläufig die Frage: Wem glaubt man?

Das Vertrauen in den Journalismus ist heute auch deshalb angekratzt, weil wir viel mehr von der Welt mitbekommen. Das früher geordnete Bild der Welt in der Nachrichtensendung oder in der Zeitung ist hinterfragbar geworden. Oder, um es mit den Worten des Autors Uwe Krüger zu sagen: „Wir haben gemerkt: Nachrichten werden von Menschen ausgewählt

und aufbereitet, von Menschen, die Fehler machen, [...] die Vorlieben und Abneigungen haben und die zuweilen auch Absichten verfolgen. Wir haben verstanden: Die mediale Wirklichkeit ist kein simpler Spiegel der Welt, sondern eine Konstruktion. Wir wissen jetzt: Die Nachrichten könnten auch ganz anders sein.“

Vertrauen verschiebt sich

Vertrauen ist deshalb zur wichtigsten Währung geworden. Und das verschiebt sich gerade weg von Institutionen hin zu Personen. Medienmarken verlieren massiv an Bedeutung. Mit einer Marke verbindet man sich nun mal selten emotional. Mit Menschen hingegen schon: Man vertraut Gesichtern und Charakteren. Dadurch ergibt sich eine neue Machtbalance: Nicht mehr die Person braucht immer und unbedingt das

Medium. Das Medium braucht inzwischen mindestens genauso die Person.

Gerade bei jungen Menschen wird das besonders sichtbar. Viele von ihnen haben keinen direkten Kontakt mehr zu klassischen Medien. Sie lesen keine Zeitung mehr, schon gar nicht in gedruckter Form, und besuchen oft nicht einmal online klassische Nachrichten-seiten. Für sie wirken viele traditionelle Medienmarken wie altbackene Relikte ihrer Eltern oder Großeltern. Nachrichten erreichen sie über Plattformen – meist stark selektiv und vermittelt durch einzelne Influencer oder Journalisten.

Deshalb wird eine weitere Grundregel in Zukunft noch wichtiger denn je: Entscheidend ist, was die Menschen tatsächlich interessiert. Das Publikum kommt zuerst – nicht das, was die Medienbranche selbst für relevant hält oder toll findet.

Kontrafakturen der Macht

Michael Braun
Geboren 1964 in Simmerath, Literaturreferent der Konrad-Adenauer-Stiftung, außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik, Universität zu Köln.

Religion und politisches Sprechen in der Serie „House of Cards“

Die Serie *House of Cards* startet mit einem erdrutschartig gewählten amerikanischen Präsidenten und seinem tüchtigsten Mann im Kongress: Frank Underwood, gespielt von Kevin Spacey, wird für den ihm versprochenen Posten als Außenminister übergangen. Im Bunde mit seiner Frau Claire, dargestellt von Robin Wright, schmiedet er daher einen perfiden Plan. Es geht Underwood darum, den Außenminister zu diskreditieren, eine Parteikompizin an dessen Stelle zu rücken, den Vizepräsidenten als Gouverneur in seinen Heimatstaat zurückzuschicken und schließlich den Präsidenten Garrett Walker zu stürzen, um selbst an die Spitze des Staates zu treten. Dazu werden Desinformation und Manipulation eingesetzt, falsche Versprechungen gemacht, Chaos und Terror kreiert. Wird Amerika in den sechs Staffeln und insgesamt 73 Folgen der Serie zum Kartenhaus?

¹ Adrian Daub: „Welcome to Washington“, in: *Die Zeit*, 30.05.2017.

Schräg und verschattet erscheint die politische Weltmacht bereits in den einleitenden *Credits*. Die Sicht auf die Machtsymbole in Washington, D.C. verrutscht – auf *Washington Monument* und *Lincoln Memorial*, auf Kapitol und Weißes Haus. Buchstäblich auf den Kopf gestellt ist das wichtigste Staatssymbol des demokratischen Amerika, die Fahne mit den Stars and Stripes mitten in der Titelzeile im Serienvorspann. Einmal brennt Underwood ein Loch in die Flagge (Folge 29), ein anderes Mal stürzt er eine Statue von Thomas Jefferson vom Sockel (Folge 14).

House of Cards (2013–2018) verhalf dem Streamingdienst Netflix zum internationalen Durchbruch. Mit einem renommierten Schauspielensemble, mit findigen Regisseuren von David Fincher über Joel Schumacher bis zu Agnieszka Holland kam die Serie bei der Kritik, in der Filmwelt und bei den Zuschauern gut an. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama war ein Fan. Bill Clinton bescheinigte der Serie eine große Nähe zur Realität; für die vierte Staffel warb Netflix während einer Fernsehdebatte der Republikaner im US-Wahlkampf 2015. Ob *House of Cards* die „Regierung Trumps antizipiert“ hat, wie Adrian Daub annimmt,¹ ist eine beliebte Feuilletonfrage. Auf jeden Fall war die Serie ein Pionier für die Darstellung aktueller Politik im Film.

Macht-Fragen

Die Faszination am machiavellistischen Polittheater gründet jedoch tiefer. Kevin Spacey, der für die letzte Staffel aus der Serie herausgeschrieben wurde, als Missbrauchsvorwürfe gegen ihn erhoben wurden, hatte bis zum Drehbeginn düstere Shakespeare-Könige gespielt. Die Urbösewichte Macbeth und Richard III. liefern das Handwerkszeug, um die Instanzen demokratischer Macht zu demontieren. Ebenso wie sie ist Underwood gnadenlos pragmatisch und moralisch korrupt. Er schreckt nicht davor zurück, Abweichler einzuschüchtern und unbotmäßige Gegner zu ermorden. Seine politische Agenda als *Majority Whip* – als „Mehrheitspeitscher“, der für die Fraktionsdisziplin verantwortlich ist – handelt er im Abgeordnetenhaus virtuos, das Vokabular der Mächtigen schöpft er für seinen Populismus aus, die Lüge rechtfertigt er als Zwang zum Erfolg.

Underwood ist also mehr als nur ein amerikanischer Machiavelli, der das „Nicht-gut-sein-Dürfen“ des Herrschers zelebriert, wie Peter Sloterdijk in seiner Studie *Der Fürst und seine Erben* (2026) schreibt. Vielmehr ist er wie Shakespeares Jago in der Tragödie *Othello* eine „gottlose Existenz“, so Harold Bloom in seinem Buch *Shakespeare. Die Erfindung des Menschlichen* (2000). Die Underwood-Figur ist ein Oberteufel in Staatsgeschäften, der sogar – wie Napoleon – das Gesetz vermeintlich zum Wohl des Volkes zu beugen wagt.

Wie John Miltons Satan in dessen Versepos *Paradise Lost* quittiert Underwood seine Degradierung durch den Präsidenten, der ihn nicht als Außenminister wollte, mit Bosheit und Verachtung; „malice and disdain“, heißt es bei Milton.

Kontrafakturen der Religion

Wie es um diesen zivilisierten Teufel aber bestellt ist, zeigt sich in *House of Cards* immer dann, wenn er aus dem politischen Raum heraus- und in sakrale Räume eintritt. Viermal geschieht das innerhalb der ersten drei Staffeln, und jedes Mal hat es mit der Invasion der Politik in die Religion eine besondere Bewandtnis.

Die europäische Aufklärung mit ihrem Kernprinzip der Gewaltenteilung ist in dem evangelikal geprägten Süden und mittleren Westen Amerikas nicht angekommen. Hier gingen geistliche und weltliche Machtansprüche ineinander über. „Das fromme und das aufgeklärte Amerika waren sich einig in ihrem historischen Sendungsbewusstsein“, sagt Heinrich August Winkler und folgert: „Voltaire kam [...] nicht bis zum Bible Belt.“² An Underwoods Weg nach oben ist abzulesen, was geschieht, wenn religiöse Codes von Ritualen politischer Gewalt kassiert werden. Und Underwoods Anspruch als gefallener und sich rächender ‚Gott‘ wird eben dann sichtbar, wenn er in die Kirche geht.

Die erste Kirchenszene spielt in der ersten Episode der ersten Staffel. Die neu- oder wiedergewählten Kongressfrauen und -männer hören in der Kirche eine Predigt über Bescheidenheit, ausgehend von dem Matthäuszitat (23,12): „Wer sich selbst erhöht, wird erniedrigt, und wer sich selbst erniedrigt, wird erhöht werden.“ Underwood säkularisiert und simuliert nur den zweiten Teil des Zitats. Vor der Kirche heuchelt er den Parteigenossen, die bedauern, dass er als Ministerkandidat übergangen worden ist, Bescheidenheit vor. Damit dissimuliert er etwas: Er gibt vor, nicht zu haben, was er tatsächlich hat – einen radikalen Machtwillen. Sein wahrer Plan ist es, sich mittels Komplott und Korruption zu erhöhen.

Underwoods zweiten Kirchbesuch sehen wir in der dritten Episode. Dieses Mal ist er in seinem Wahlbezirk in South Carolina. Dort steht der Wasserturm „The Peachoid“, dessen überdimensionale Pfirsichform zweideutige Assoziationen weckt. Die 17-jährige Jessica Masters verunglückt bei einem Autounfall tödlich, weil sie während der Fahrt eine SMS über das obszöne Objekt an ihren Freund schreibt und dabei von der Fahrbahn abkommt. Underwood bittet den Reverend, bei der Trauerfeier der Gemeinde zu sprechen. Dabei simuliert Underwood und täuscht vor, etwas zu haben, das er in Wirklichkeit nicht hat: Hass auf Gott, der unschuldige Leben opfert, Wut angesichts Gottes

² Heinrich August Winkler: „Verrat auf offener Bühne. Zur neuen Lage des Westens“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 53, 04.03.2025, S. 9.



Frank Underwood glaubt an nichts, nur an sich selbst. Der kühle Blick auf das Kruzifix offenbart seine Respektlosigkeit und seinen Glauben an weltliche Macht über alles Spirituelle. „House of Cards“, Filmstill (Staffel 3, Episode 4), Quelle: Netflix/YouTube

vermeintlicher Herzlosigkeit. Zu den Eltern des Unfallopfers gewandt, beklagt er den frühen Tod des eigenen Vaters. Aber dann, mit Blick in die Kamera und somit an das Fernsehpublikum gewandt, erzählt er uns, wie sehr er seinen Vater verachtet hat.

Im Finale von Staffel 1 (Episode 13) sehen wir Frank Underwood zum dritten Mal in der Kirche, dieses Mal allein. Er hat zuvor (Episode 11) seinen ersten Mord begangen und den für ihn durch Alkoholkrankheit unberechenbar und gefährlich gewordenen Abgeordneten Peter Russo mit Autoabgasen vergiftet. Im Altarraum klagt Underwood Gott an und fragt, wozu unser Glaube gut sei, wenn er der härtesten Prüfung nicht standhalte. Vor dem Kreuz stehend, hält er fest: Gott habe ihm nie geantwortet, aber obwohl sich beide verachten würden, könne er ihm sein Schweigen nicht verübeln. Dann wendet er sich nach unten und fragt den Teufel, ob wenigstens er ihn hören könne. Als er ein Geräusch hört, wähnt er den Geist des toten Russo im Raum (es ist, so ist kurz darauf zu sehen, nur der Fensterputzer). Schließlich kniet er nieder und spricht ein nihilistisches Gebet: „Es gibt keinen Trost, weder oben noch unten, nur uns finstere Erdlinge. Wir kämpfen und vernichten uns gegenseitig. Ich bete zu mir selbst für mich selbst.“

Die wichtigste Kirchenszene findet in der vierten Episode der dritten Staffel (Folge 30) statt. Underwood ist, nach dem vorzeitigen Rücktritt Walkers, inzwischen ungewählter Präsident. Auf dem Nationalfriedhof in Arlington nimmt er an der Beisetzung von drei gefallenen

Elitesoldaten der *US Navy SEALs* teil. Der Prediger deutet Abrahams Sohnesopfer als göttliches Gebot von „Hingabe, Opferbereitschaft, Liebe“. Underwood versteht politische Gerechtigkeit anders. Er bestellt den Prediger, der zugleich Bischof ist, in dessen Kirche. Der Bischof erinnert den Präsidenten an seine Pflicht, nicht Macht um ihrer selbst willen selbst auszuüben, sondern Gott zu dienen, und adressiert die Gerechtigkeitsfrage an den Gekreuzigten: Jesus lehre uns, Gott zu lieben und einander. Underwood antwortet mit einem impliziten Mordgeständnis: „Ich kann nicht die Menschen lieben, die ich töte.“ Dann, zum vermeintlichen Gebet allein gelassen, nähert sich Underwood dem Kreuz und verhöhnt die Jesusfigur. Dabei stürzt die Porzellanfigur vom Kreuz und zerschellt am Boden. Das zerscherbte Ohr der Kreuzesfigur vom Boden klaubend, kommentiert Underwood zynisch: „Jetzt muss mir Gott sein Ohr leihen!“

Religionsmissbrauch als Politik ohne Gottesbezug

Underwood als destruktive Figur in der Kirche sorgt für die schlimmstmögliche Wendung der Geschichte: Er dient der Serie als *Unhappy-End-Provider*. In der letzten Staffel von *House of Cards* sind die demokratischen Kontrollinstanzen entmachteter, die amerikanischen Ideale entzaubert, die Kritiker zum Verstummen gebracht. Und an der Stelle des Präsidenten, der an den Folgen eines Attentats gestorben ist, sehen wir seine Frau, Claire Underwood, deren Herrschsucht das Vermächtnis ihres Mannes noch überbietet. In der Kirche hingegen sehen wir diese Präsidentin nicht mehr. Auch die religiösen Rituale – die Vereidigung des Präsidenten auf die Bibel und die Formel „So help me God“ (zunächst in Staffel 2, Episode 1 = Folge 14 bei der Vereidigung Underwoods als Vizepräsident) – haben in der Schlussstaffel von *House of Cards* ausgespielt. Was bleibt, ist das reale Porträt der fiktiven Figur des „46. Präsidenten“ Underwood, gemalt von dem britischen Künstler Jonathan Yeo, das im Februar 2016 für acht Monate im Foyer der *Smithsonian National Portrait Gallery* in Washington, D.C. ausgestellt wurde: das Porträt eines Politikers als gottloser alter Mann.

Auf der Schulbank der Machtpolitik

Andreas Jacobs
Geboren 1969 in Kleve,
Stellv. Leiter der
Hauptabteilung Analyse
und Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Was die Vordenker des Realismus zur neuen Weltlage sagen würden

In seiner Rede auf der 62. Münchner Sicherheitskonferenz beschrieb Bundeskanzler Friedrich Merz am 13. Februar 2026 nichts weniger als eine neue Weltlage, die von Macht und Großmachtpolitik geprägt sei.

Macht verdränge das Recht als zentrales Ordnungsprinzip des internationalen Systems. Deutschland, so der Bundeskanzler an anderer Stelle, müsse „die Sprache der Machtpolitik“ lernen. Lernen wir also – am besten bei denen, die diese Sprache entwickelt und geprägt haben: bei den politischen Realisten.

In den Jahren vor und nach dem Zweiten Weltkrieg hat eine Gruppe von oft deutschstämmigen Wissenschaftlern in den USA internationale Politik vor allem in den Kategorien von Macht und Interessen

beschrieben. Die sich damals als „politischer Realismus“ konstituierende Denktradition in der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen war neu und revolutionär, blickte in ihren Grundannahmen jedoch auf eine lange Ahnenreihe zurück, zu der unter anderen Thomas Hobbes und Niccolò Machiavelli, vor allem aber Thukydides, einer der bedeutendsten Historiker der griechischen Antike, zählen. Was also hätten Thukydides und die zentralen Vertreter des „politischen Realismus“ zur heutigen Weltlage zu sagen?

Thukydides und die Macht des Stärkeren

Der Athener Geschichtsschreiber hat gegen Ende des fünften vorchristlichen Jahrhunderts die Verhandlungen zwischen der athenischen Großmacht und den Bewohnern der Kykladeninsel Milos in seinem „Melierdialog“ festgehalten. Das zentrale Zitat dieses bis heute diskutierten Textes aus dem Werk *Der Peloponnesische Krieg*, in dem es um das grundlegende Verhältnis von Recht und Macht geht, wird wie kein zweites zur Veranschaulichung der gegenwärtigen geopolitischen Lage bemüht: „Die Starken tun, was sie können, und die Schwachen erleiden, was sie müssen.“ Neutralität und Verträge zählen nicht mehr. Nicht Prinzipien und Recht entscheiden über Wohl und Wehe von Völkern, sondern allein die Macht des Stärkeren. Das ist die oft bemühte und nacherzählte Geschichte. Aber es ist nicht die ganze Geschichte.

Thukydides skizziert nicht nur die Funktionsweise von Machtpolitik, sondern deutet zugleich deren Gefahren und Grenzen an. Ihn interessieren vor allem die menschliche Natur und die Ursachen von Krieg und Konflikt. Sein moralisches und analytisches Urteil bleibt dennoch erkennbar – vor allem in den ausführlich geschilderten Argumenten der Melier. Diese halten den Athenern (Völker-)Recht, gegenseitigen Nutzen und Moral entgegen. Die Machtideologie Athens erscheint damit letztlich als Hybris und Selbstüberschätzung. Wer Thukydides als reinen Apologeten der Machtpolitik liest, verwechselt deshalb Beobachtung und Bewertung. Seine Bewertung fällt tatsächlich eindeutig aus: Das rücksichtslose Streben nach Herrschaft provoziert den eigenen Untergang. Macht benötigt Maß.

Reinhold Niebuhr und „America First“

Der US-amerikanische Theologe Reinhold Niebuhr (1892–1971) ist weit weniger bekannt als der antike Geschichtsschreiber. Zu Unrecht – denn viele politische Persönlichkeiten, von Martin Luther King über Samuel Huntington bis Barack Obama, nennen den deutschstämmigen Protestant als wichtige Referenz. Niebuhr hat in seinem 1932 erschienenen

Klassiker *Moral Man and Immoral Society* den bemerkenswerten Zusammenhang zwischen individueller Ethik und politischem Handeln herausgearbeitet. Mit Thukydides teilt er ein „realistisches Menschenbild“, das er allerdings aus dem philosophischen Dualismus des Augustinus und aus der protestantischen Ethik herleitet. Gut und Böse, Altruismus und Aggression liegen hier nahe beieinander. Niebuhrs zentraler Befund lautet, dass moralisches Handeln innerhalb der eigenen Gruppe zu unmoralischen Konsequenzen gegenüber anderen führen kann.

Wer die Interessen der eigenen Gruppe überhöht und über alles andere stellt, handelt daher nicht nur unchristlich, sondern fördert auch Krieg und Gewalt. Die Aktualität dieser Überlegung liegt auf der Hand. „America First“ heißt eben, dass alle anderen „second“ sind oder gar nicht erst vorkommen. Niebuhrs Blick auf die mit christlichen Etiketten imprägnierte MAGA-Bewegung wäre vermutlich mehr als ablehnend. Der Blick in sein fast hundert Jahre altes Werk schärft also auch heute noch das Verständnis für die Grenzen staatlicher Macht- und Interessenpolitik sowie für die Relevanz des christlichen Menschenbildes.

Hans J. Morgenthau und die Moral des Realismus

Zu den Rezipienten Niebuhrs gehört auch der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler und Jurist Hans J. Morgenthau (1904–1980), der eigentliche Begründer der Realistischen Schule der Internationalen Beziehungen. In seinem bis heute grundlegenden Buch *Politics among Nations* aus dem Jahr 1949 entwirft er eine umfassende Interpretation von Außenpolitik und zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Grundlage von Macht und Interessen. Internationale Politik ist nach Morgenthau wie jedwede Politik ein Kampf um die Macht. Staatliches Handeln zielt primär darauf, Macht zu erhalten, zu vermehren und zu demonstrieren. Ideologien, Institutionen und das Völkerrecht spielen in der Beschreibung Morgenthaus eine nachgeordnete Rolle.

Dennoch liefert er alles andere als eine theoretische Apologie moralfreier Machtethik. Als deutscher Jude, der 1937 in die USA emigrierte, war Morgenthau mit einem politischen Milieu vertraut, das in Kategorien von Macht und Interessen dachte. Und er war sich der Exzesse und Destruktivität dieses Milieus sehr bewusst. Für Morgenthau ist die Einsicht in die wirklichen, also machtpolitischen Funktionsgesetze der Politik die wichtigste Voraussetzung zur Erhaltung von Frieden und Stabilität. Einer idealistischen Gesinnungsethik setzt er das Konzept von *Statesmanship* – übersetzt als kluge und verantwortungsbewusste Diplomatie – entgegen. Frieden zwischen den Staaten ist aus dieser Perspektive das Resultat von Macht und Moral gleichermaßen. Gewährleistet und

gesichert wird ein solcher Frieden von erfahrenen und ethisch handelnden Politikern. Was könnte angesichts der heutigen globalen Konflikte aktueller sein?

Die Neorealisten und die Pole der Macht

Morgenthau hatte sich bereits während seines Studiums in Deutschland mit Gegenmachtbildungen und Machtgleichgewichten beschäftigt. Die Frage nach der „Polarität“ beziehungsweise nach der Machtverteilung im internationalen System sowie deren jeweiliger Auswirkung auf die Stabilität desselben rückten später die sogenannten Neorealisten ins Zentrum ihres Denkens. Vor allem der US-amerikanische Politikwissenschaftler Kenneth Waltz (1924–2013) arbeitete in seinem 1979 erschienenen Standardwerk *Theory of International Politics* heraus, dass in der internationalen Politik nicht das Machtstreben von Staaten entscheidend ist, sondern vielmehr die Machtrelationen zwischen diesen. Diese Machtrelationen prägen die spezifische „Struktur“ des internationalen Systems. Uni- oder bipolare Strukturen sind danach stabiler als multipolare. In Ersteren sorgt ein Hegemon für Stabilität, wenn die von ihm ausgeübte Führung auf Akzeptanz der Geführten und auf gegenseitigem Nutzen beruhen. Hegemonie erleichtert also Kooperation und stabilisiert Beziehungen.

Für Neorealisten stellt sich die aktuelle Weltlage so dar: Im transatlantischen Verhältnis fordern die USA zwar weiterhin Gefolgschaft, verringern aber gleichzeitig die sicherheitspolitische Gegenleistung. Die Hegemonie der USA gegenüber Europa schwindet also – und damit die europäische Akzeptanz amerikanischer Führung, und hiermit schwinden wiederum die Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Die Struktur des internationalen Systems wird durch das Erstarken und Agieren von China, Russland und anderen Mächten multipolarer. Europa ist zum machtpolitischen Nachsitzen gezwungen und muss sicherheitspolitisch souveräner werden.

Der kanadische Premierminister Mark Carney hat dies in seiner bemerkenswerten Rede im Januar 2026 in Davos prägnant formuliert: In einer Welt schwindender US-Hegemonie, zunehmender Multipolarität und erodierender Regeln und Werte müssen sich die demokratischen Mittelmächte zusammentun und – so würden es die Neorealisten formulieren – Gegenmacht gegen unberechenbare Großmächte bilden.

Was können Deutschland und Europa also von den Klassikern des machtpolitischen Denkens lernen? Vielleicht Folgendes: Das Beschreiben und Verstehen politischer Realitäten darf nicht mit ihrer ethischen Begründung verwechselt werden. Wer den gegenwärtigen

Aufschwung von Autokraten und Populisten als einen Siegeszug des politischen Realismus erachtet, hat diese Denkschule nicht verstanden. Die Vordenker der Machtpolitik wollen autokratisches und imperiales Handeln nicht rechtfertigen, sondern es verstehen und erklären. Für sie braucht Macht immer Moral und Maß. Nationaler Egoismus ist aus realistischer Sicht ebenso schädlich wie naiver Altruismus. Der kluge Politiker ist weder machtbesessen noch machtvorgessen – er ist vielmehr machtbewusst.

Aus einer solchen machtbewussten Perspektive ist offensichtlich, dass sich Beziehungen zwischen Staaten immer ändern, sobald sich die Machtverhältnisse zwischen ihnen verschieben. Wenn im Staatenverhältnis Führung schwindet und Dominanz hervortritt, ist Gegenmachtbildung die Folge. Europa ist gezwungen, militärisch eigenständiger zu werden, und wird dadurch weniger auf Kooperation mit den USA angewiesen sein. Transatlantiker mögen dies bedauern. Realisten stellen sich darauf ein. Nicht das Klagen über den Verlust transatlantischer Gewissheiten oder über das Schwinden der regelbasierten Ordnung ist also die Lehre eines „wertebasierten Realismus“ (Alexander Stubb), sondern die Arbeit an einem eigenständigen Machtzentrum der europäischen Demokratien in einer multipolaren Welt.

Kein sanfter Demokrat

Eine Zwischenbilanz „150 Jahre Konrad Adenauer“

Dominik Geppert
Geboren 1970 in
Freiburg im Breisgau,
Professor für Geschich-
te des 19./20. Jahr-
hunderts, Universität
Potsdam, stellvertre-
tender Vorsitzender
des Beirats der Stif-
tung Bundeskanzler-
Adenauer-Haus.

Konrad Adenauer ist in diesen Monaten wieder erstaunlich präsent. Anlässlich seines 150. Geburtstages wird er allorten als Gründungskanzler der Bundesrepublik gewürdigt – nicht nur bei den großen Festakten im Rheinland, sondern bundesweit in zahlreichen Vorträgen, Ausstellungen und Zeitungsartikeln, sogar in Konzerten, Fernsehfilmen und Theaterstücken. Drei neue Biographien von Friedrich Kießling, Holger

Löttel und Norbert Frei beleuchten bekannte und bisher unbekannte Seiten seines langen Lebens, das sich über fast hundert Jahre vom Kaiserreich bis zum Ende der 1960er-Jahre erstreckte. Dabei werden Schattenseiten nicht verschwiegen. Insgesamt fällt das Urteil zur Halbzeit des Jubiläumsjahres jedoch positiv aus.

Das war nicht immer so. Adenauers Ansehen in der Öffentlichkeit unterlag erheblichen Schwankungen. Bei seinem Rücktritt 1963 überwog die Kritik am autoritären Regierungsstil des ersten Bundeskanzlers. Seine Wiedervereinigungspolitik galt als gescheitert. Gustav Heinemann – zunächst Innenminister unter Adenauer, später sozialdemokratischer Justizminister und dann Bundespräsident – sprach von einer „Politik der eingebildeten Stärke“. Der Publizist Sebastian Haffner behauptete damals, Adenauers Politik könne man nur erfolgreich nennen, wenn man ihm den Vorsatz unterstelle, Deutschlands Einheit zu zerstören. „Sonst war sie der Inbegriff des Misserfolgs, denn niemals in tausend Jahren war Deutschland so tief und heillos gespalten wie jetzt.“

Dreizehn Jahre später anlässlich von Adenauers 100. Geburtstag sah Haffner die Sache anders. Nun bescheinigte er Adenauers Politik „innere Logik und Schlüssigkeit“ und fügte hinzu, sie habe „die geschichtliche Erfahrung der letzten hundert Jahre auf ihrer Seite“. Auch ein Teil der politischen Linken machte seinen Frieden mit dem Rheinländer. Nach dem Umbruch der Jahre 1989/90 wollten Kritiker der Wiedervereinigung in ihm den Verfechter einer dezidiert antinationalen Politik erblicken, die der Westbindung und der europäischen Integration Vorrang vor der deutschen Einheit eingeräumt habe.

Andere waren hingegen der Meinung, der Zusammenbruch des Ostblocks und die bedingungslose Angliederung der DDR an die Bundesrepublik habe genau jener Politik der Stärke entsprochen, auf die Adenauers Deutschlandpolitik vertraut hatte. Zugleich konnte es nach dem Ende des SED-Regimes eine Zeitlang so scheinen, als relativiere sich die Bedeutung des ersten Bundeskanzlers, weil die bipolare Welt und das geteilte Deutschland in immer weitere Ferne rückten, weil die Bundesrepublik nun auch im Osten westliche Nach-



Konrad Adenauer am 23. Juni 1952. Foto: © Bundesarchiv, B 145 Bild-F078072-0004 / Katherine Young (New York) / CC BY-SA 3.0 DE

barn hatte, weil die Europäische Union nicht mehr viel mit dem karolingischen Westeuropa zu tun hatte, das Adenauer vorschwebte – und auch deshalb, weil der harte Antikommunismus des „Alten von Rhöndorf“ nicht mehr in eine Gesellschaft zu passen schien, die sich nach dem Ende des Kalten Krieges mehr und mehr als postideologisch begriff.

Architekt einer gelungenen Institutionenordnung

Wenn es im Jubiläumsjahr 2026 eine neue Facette im Adenauer-Bild gibt, dann ist es die geschärfte Sensibilität für die Fragilität von Demokratie – damals wie heute. Der erste Bundeskanzler erscheint als Architekt einer gelungenen Institutionenordnung und als strategisch denkender Regierungschef, der die zweite deutsche Republik im Innern und nach außen stabilisiert hat. Das Bedürfnis nach historischer

Selbstvergewisserung in einer unsicher gewordenen Gegenwart schwingt mit, wenn Holger Löttel Adenauers Anteil an der geglückten „Konsolidierung der Bundesrepublik“ betont, wenn Friedrich Kießling den „Beitrag der Adenauer-Jahre zur Demokratisierung Deutschlands“ lobt, und wenn Norbert Frei bei heutigen Politikern die „Führungsstärke“ vermisst, die Adenauer an den Tag gelegt habe.

Dabei war Adenauer alles andere als ein sanfter Demokrat. Er war ein machtbewusster Praktiker der Exekutive, geprägt von der Kommunalpolitik im Kaiserreich und der Weimarer Republik, der aus seinen Erfahrungen ein robustes Verständnis von Ordnung, Gemeinwohl und politischer Führung destillierte. Der Nationalsozialismus hatte sein Vertrauen in politische Kontinuität zerstört und sein skeptisches Menschenbild geprägt. Seine Landsleute hielt er seither für emotional labil und politisch verführbar. Die Erfahrung von Verfolgung, Haft und dem moralischen Kollaps großer Teile der deutschen Gesellschaft ließ ihn „das Böse“ durchaus in religiösen Kategorien als reale Macht begreifen.

Nach den Erfahrungen des „Dritten Reiches“ misstraute Adenauer revolutionären oder plebiszitären Losungen. Er präferierte schrittweise Reformen, stabile Institutionen und einen von erfahrenen Funktionseliten getragenen Staat. Was für ihn beim personellen Neuaufbau zählte, waren die Herkunft aus dem katholischen Milieu, eine konservative Gesinnung, bürgerliche Sozialisation, eine solide juristische Ausbildung und Erfahrungen im Verwaltungsdienst. Ob jemand NSDAP-Mitglied gewesen war, erschien demgegenüber nachrangig.

Adenauer blieb ein Mann der Exekutive. Aber er wusste, dass zur Demokratie auch die Meinungsbildung im Parlament und eine unabhängige Justiz gehören. Was der Bundestag beschloss und wie das Bundesverfassungsgericht entschied, war nicht immer in seinem

Sinne. Oft versuchte er, es nach Kräften zu hintertreiben. Dennoch akzeptierte der Kanzler die Sphären und Kompetenzen von Legislative und Jurisdiktion. Er hatte erlebt, wie rasch eine Rechtsordnung in ein Instrument des Terrors umschlagen konnte und wie begrenzt die Schutzfunktion von Justiz und Verwaltung in einer Diktatur war. Nach 1945 zählten die Wiedererrichtung eines starken Rechtsstaats und die Durchsetzung einer parlamentarischen Regierungsweise zu seinen zentralen Anliegen.

Konflikt als demokratische Normalform

Der erste Bundeskanzler scheute sich nicht, die SPD mit äußerster Schärfe zu bekämpfen, in Wahlkämpfen zu polarisieren, den politischen Gegner ebenso wie den Koalitionspartner heimdienstlich ausspähen zu lassen und das Kanzleramt zu einer wirksamen Schaltzentrale der Macht auszubauen. Er formte die junge Republik mit einem Machtwillen, der manchmal an Zynismus grenzte. In seinem Verständnis von Demokratie waren harte Gegensätze ausdrücklich vorgesehen, solange sie innerhalb eines gemeinsam anerkannten institutionellen Rahmens ausgetragen wurden.

Gegen innerparteiliche Strömungen, die im Anschluss an Weimar 1949 für eine Große Koalition mit der SPD plädiert hatten, setzte Adenauer eine kleine bürgerliche Koalition mit der FDP und der konservativen Deutschen Partei (DP) durch – mit der Sozialdemokratie als scharf bekämpfter Opposition, die in zentralen wirtschafts- und außenpolitischen Fragen fundamentale Kritik übte, ohne den verfassungsmäßigen Rahmen infrage zu stellen. Den Konflikt mit der SPD führte Adenauer skrupellos. Er trug auf diese Weise dazu bei, dass sich in der frühen Bundesrepublik zwei politische Lager etablierten, die sich zwar heftig befehdeten, allerdings beide republiktreu waren. Dies war

ein entscheidender Unterschied zur Weimarer Republik, als möglichst breite Regierungskoalitionen gegen die Feinde der Republik gebildet wurden – eine Konstellation, die aktuell auf die politische Bühne zurückkehrt.

In der Außenpolitik setzte Adenauers Politik der Stärke darauf, dass die Sowjetunion auf lange Sicht einlenken würde – sei es durch ökonomische Krisen oder Erschöpfung im globalen Wettrüsten. Adenauers Strategie zielte auf Einigkeit im Bündnis, um potenziellen Aggressionen durch effektive Abschreckung zu begegnen. Bei aller Entschlossenheit besaß sie zugleich eine hinreichende Elastizität, um auf künftige Entspannungstendenzen reagieren zu können. Die wehrhafte Demokratie, für die er sich stark machte, richtete sich gegen militärische Bedrohungen von außen ebenso wie gegen die Gefährdungen durch linke und rechte Extremisten im Innern.

Ferner Spiegel der Gegenwart und Zukunft

Dass die Zwischenbilanz des Jubiläumsjahres vergleichsweise günstig ausfällt, hat weniger mit grundlegend neuen Erkenntnissen zu tun als mit einer veränderten Gegenwart. Wenn sich heute Koalitionen nur noch mühsam zusammenfinden, die politische Mitte Stimmen verliert und die Kräfte an den Rändern an Zulauf gewinnen, wirken Adenauers lange Kanzlerschaft und die festgefügtten Bündnisse, auf denen sie beruhte, als attraktive Kontrastfolie. In der Außen- und Sicherheitspolitik liegen die Dinge umgekehrt. Die Bedrohung aus dem Osten, die Frage nach der Verlässlichkeit amerikanischer Sicherheitspolitik, die Diskussion über europäische Autonomie und atomare Bewaffnung – all das lässt die Politik der 1950er-Jahre nicht so sehr als versunkene Vergangenheit er-

scheinen, sondern als fernen Spiegel, in dem wir unsere Gegenwart und Zukunft zu erkennen glauben. Adenauers Sorgen wirken nicht mehr wie unverständliche Obsessionen einer vergangenen Epoche, sondern wie ein Repertoire von Antworten auf Probleme, die in veränderter Form wiederkehren.

Eine Pointe der Würdigungen zum 150. Geburtstag liegt darin, dass Adenauer heute nicht so sehr *trotz*, sondern eher *wegen* seiner machtbewussten, zielgerichteten Politik positiv bewertet wird. Die Skrupellosigkeit im Umgang mit der SPD, das kalkulierte Schweigen zur NS-Vergangenheit und die Integration belasteter Eliten werden in den neuen Darstellungen nicht beschönigt, sondern als Preis benannt, den Adenauer zu zahlen bereit war. Zugleich kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass dieser Preis nicht nur auf der Soll-, sondern auch auf der Habenseite der Geschichte zu verbuchen ist: als Bedingung dafür, dass die Bundesrepublik zu einem stabilen, im Westen verankerten Gemeinwesen wurde. Adenauer hat seine Landsleute mit der Vorstellung versöhnt, dass Demokratie und politische Führung keine Gegensätze sein müssen. Je brüchiger unsere Gegenwart wirkt, desto attraktiver erscheint ein Kanzler, der seine Macht nutzte, um eine politische Ordnung zu etablieren, die ihn überdauerte.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung widmet dem Jubiläum eine Website mit Publikationen, Veranstaltungen und Medienbeiträgen, abrufbar unter www.kas.de/de/150-jahre-konrad-adenauer.

Literaturhinweis

Frei, Norbert: Konrad Adenauer. Kanzler nach der Katastrophe, C.H. Beck Verlag, München 2025.

Kießling, Friedrich: Adenauer. Dreieinhalb Leben, München 2025.

Löttel, Holger: Konrad Adenauer. Leben in Zeiten des Umbruchs, Berlin 2025.

„Alle brennenden Fragen der Zeit anpacken“

70 Jahre

Nachdenken
über Freiheit

Die erste Ausgabe dieser Zeitschrift erschien im Juni 1956, begleitet von einem Verlagsbrief, der den Leserinnen und Lesern die Vorzüge des neuen Periodikums in wohlgesetzten Worten nahebrachte.

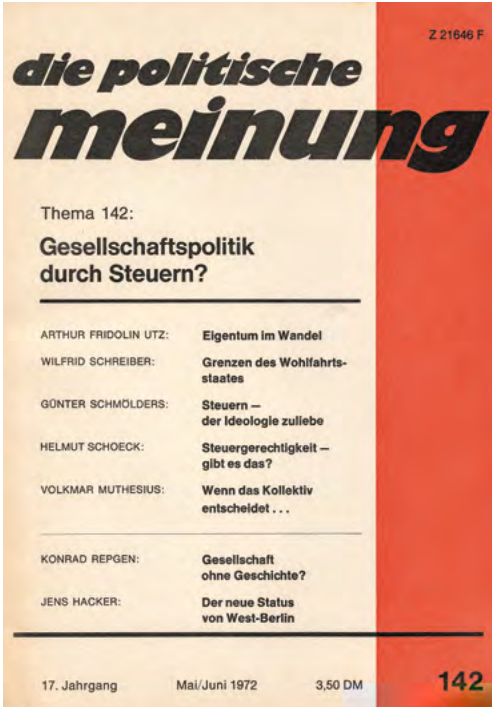
Man zeigte sich erfreut, „[...] allen, die politisch tätig oder interessiert sind, [...] endlich die Tribüne für alle Fragen unserer Zeit zur Verfügung stellen zu können“. Es war ein ambitioniertes Versprechen, angenehm frei von falscher Bescheidenheit.

Seither sind siebenzig Jahre und 595 Ausgaben vergangen. In dieser Zeit hat sich das Erscheinungsbild mehrfach gewandelt, doch der publizistische Anspruch ist unverändert hoch geblieben: Die Metapher der „Tribüne“ ist längst durch Begriffe wie „Forum“ oder „Werkstatt“ ersetzt worden, neuerdings sind „Labore“ oder gar „Labs“ modern. Unabhängig von solchen sprachlichen Hüllen versteht sich diese Zeitschrift weiterhin als Ideen-, Reflexions- und Resonanzraum für christlich-demokratisches Denken.





ab 1960



ab 1967



ab 1978



ab 1982



ab 1991



1990



ab 2001



ab 2013



seit 2024

Publikation In **Italien** markierte das gescheiterte Justizreferendum eine erste tiefgreifende politische Niederlage für Giorgia Meloni. Auch wenn eine ernste Regierungskrise ausblieb, stellt sich die Frage, was von ihrer institutionellen Großagenda bleibt. Der Länderbericht *Giorgia Melonis Reformagenda im politischen Labor Italiens. Justizreform, Wahlrecht, Premierato* analysiert die Reformagenda Melonis im Lichte von dreißig Jahren strukturell bedingter politischer Instabilität sowie der Reformprojekte Silvio Berlusconi und Matteo Renzi.

Publikation Die **Globale Gesundheitsfinanzierung** steht in vielen Staaten zunehmend unter Rechtfertigungsdruck. Der Monitor *Der Wert von Globaler Gesundheit* gibt eine Vorschau auf eine Studie, die den Mehrwert von Investitionen in Globale Gesundheit belegt – weit über rein humanitäre Effekte hinaus. Diese tragen zur Krisenprävention, wirtschaftlichen Stabilität, Innovationskraft und zur Stärkung internationaler Partnerschaften bei. Deutschlands Engagement stärkt nicht nur globale Gesundheitssysteme, sondern erzeugt zugleich messbare wirtschaftliche und strategische Vorteile für Deutschland selbst.

Publikation Mit der klassischen Parteibindung wird die Bindung an eine einzige Partei gemessen. Die Welt ist jedoch komplexer. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat daher mit der **Parteiaffinität** eine

neue Messung eingeführt, die auch Mehrfachsympathien erfasst. Die Studie *Parteiaffinität im Vergleich* untersucht anhand von Daten zur Bundestagswahl 2025, in welchem Verhältnis die neue Messung mehrfacher Parteiaffinitäten zur klassischen Parteibindung und zur Wahlabsicht steht.

Publikation Die **regelbasierte globale Ordnung** durchläuft derzeit ihren größten Stresstest seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Der Sammelband *Global Economic Governance in einer fragmentierten Welt. Wie Geopolitik die internationale Zusammenarbeit und ihre Institutionen verändert* leistet einen Beitrag zur aktuellen Debatte über die Zukunft der globalen Ordnungspolitik im Bereich der Wirtschafts- und Handelspolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei die Institutionen, die globale Ordnungspolitik ausüben.

Personalie Jan-Ole Voß hat im Juni 2026 die Leitung des Regionalprogramms Sicherheitspolitischer Dialog Ostafrika mit Sitz in Kampala (Uganda) übernommen.

Personalie Marian Wendt leitet ab August 2026 das Länderprojekt Palästinensische Gebiete mit Sitz in Ramallah.

Personalie Anna Reismann übernimmt im August 2026 die Leitung des Länderprojekts Äthiopien mit Sitz in Addis Abeba.

Die nächste Ausgabe erscheint im Oktober 2026 zum Thema:

Geld Geht es immer um das eine?

Mit Beiträgen unter anderen von Veronika Grimm, Nicole Hoffmeister-Kraut, Fritzi Köhler-Geib, Werner Plumpe und Gunther Schnabl.

Impressum

PoM 26/III, Nr. 596, 71. Jahrgang,
ISSN 0032-3446

Die Politische Meinung



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von
Annegret Kramp-Karrenbauer,
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (02241) 2462592
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

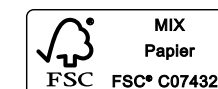
Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück
Telefonnummer: (0541) 310-333
kas@frommrasch.de

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema, Berlin
www.stanhema.com

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezugspreis für fünf Hefte beträgt 50,00€ zzgl. Porto. Einzelheft 12,00€. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.



Fornix oder arcus?

US-Präsident Donald Trump hat den Bau eines 76 Meter hohen „Independence Arch“ in Washington, D.C. initiiert, jener einst am Reißbrett entworfenen amerikanischen Hauptstadt, die die Idee einer damals revolutionären Ordnung symbolisieren sollte: die Macht der Republik, nicht die eines Monarchen.

Den Bautyp des Bogenmonuments gab es bereits in der römischen Republik. Als *fornix* bezeichnet, wird es im 2. Jahrhundert v. Chr. erstmals erwähnt. Mit Beginn der Kaiserzeit änderten sich sowohl die Benennung als auch seine Funktion. Ursprünglich als Siegesdenkmal und Weihgeschenk an die Götter gedacht, diente der *arcus* nun zunehmend der Ehrung von Imperatoren, ohne dass zwingend ein Triumph vorausging.

Architektonisch erscheint Trumps Triumphbogen einerseits unzeitgemäß. Andererseits ließe sich in ihm auch ein bemerkenswert zeitgemäßer Ausdruck eines veränderten Verständnisses von Macht erkennen.

Foto: © U.S. Commission on Fine Arts / via Reuters





Foto: @ picture alliance / Captital Pictures | RS/MPI